Nr. 237. 25. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 9. Oktober 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Wachsende Kriegsgefahr.

Die Nachrichten vom Balkan lauten von Stunde zu Stunde ernster und in der „erschreckenden Aufeinanderfolge von Umwälzungen", von denen der englische Ministerpräsident gestern sprach, ist noch lange kein Ende abzusehen. Immer geringer wird die Hoffnung, daß der Friede im Orient aufrecht erhalten wird. Die Interessengegensätze der kapitalistischen Staaten lassen die europäische Diplomatie weder zu einem einmütigen, noch zu einem schnellen Handeln gelangen. Wie so oft versagt sie in ernster Stunde vollkommen. Vom ersten Moment an hat die Diplomatie in die Hände der Jungtürken abgedankt, von deren Besonnenheit und Stärke die Aufrechterhaltung des Friedens allein abhängig war. Aber die Widerstandskraft der türkischen Regierung ist dem Ansturm der neuen Unglücksbotschaften kaum mehr gewachsen. Die Nachricht von der Unabhängigkeitserklärung Kretas hat in Konstantinopel außerordentliche Aufregung hervorgerufen. Die Demonstrationen dauern an und werden von den Anhängern des alten Regimes aufs kräftigste gefördert. Die Beteiligung an den feindseligen Kundgebungen gegen Bulgarien, Oesterreich und Deutschland, an den Manifestationen der Sympathie und Dankbarkeit für England und Frankreich nimmt ständig zu und ergreift immer mehr alle Schichten der Bevölkerung. Immer erbitterter wirft man der Regierung ihre Machtlosigkeit vor. Die einflußreiche Geistlichkeit unterstützt die nationalistische Bewegung. Auch die Presse hat ihre Haltung geändert und schreibt in immer schärferer Weise gegen Bulgarien und Oesterreich. Die Handelskreise haben sich der Bewegung angeschlossen und den Boykott über alle österreichischen Waren verhängt. Trotz aller Dementis rüstet die Türkei unausgesetzt und schiebt ihre Truppen gegen die Grenze vor. Ebenso haben die Bulgaren ihre Vorposten weit vorgeschoben, und hartnäckig erhalten sich Gerüchte von Zusammenstößen an der bulgarisch-türkischen Grenze.

Diese Situation muß aber noch eine weitere Verschärfung erfahren durch die Meldung, daß auch die Insel Samos, auf der die Türken erst im Frühjahr einen Aufstand unterdrückt haben, das Beispiel Kretas nachahmen und sich unabhängig erklären will. Die türkischen Kriegsschiffe sind bereits nach Samos gesandt worden. Am schwersten aber muß die Türkei die Nachricht treffen, daß auch Albanien sich empört und seine Unabhängigkeit proklamiert hat. Denn hier handelt es sich um unbestritten türkisches Herrschaftsgebiet. Und die Unabhängigkeit Albaniens, das im Westen an das Adriatische Meer grenzt, kann für die Türkei um so gefährlicher geworden, da Italien seit langem dieses Gebiet seiner Einflußsphäre zu unterwerfen sucht. So muß man denn fürchten, daß der neue Zündstoff in Konstantinopel eine verheerende Wirkung anrichten wird.

Doch von anderer Seite droht dem Frieden noch größere unmittelbare Gefahr. Die Nachrichten aus Serbien lauten immer bedenklicher. Das bisherige Ministerium hat demissioniert und dem König geraten, ein neues Ministerium aus Vertretern aller Parteien zu ernennen, das offen als Ministerium des Krieges bezeichnet wird. Die serbische Regierung hat ebenso wie die Montenegros an die Mächte eine Note gerichtet, worin sie in der heftigsten Weise gegen die Annexion Bosniens protestiert. In Belgrad finden unaufhörlich Demonstrationen gegen Oesterreich statt, die ganz offen von der Regierung gefördert werden. Da die Demonstranten mit einem bloßen Protest gegen die Annexion Bosniens nicht zufrieden waren, zogen sie vor das Ministerium des Aeußern und suchten unter dem Ruf „Krieg mit Oesterreich" ins Ministerium einzudringen. Erst als Militär erschien, zerstreute sich die Menge. Ebenso hetzt die ganze serbische Presse in wildester Weise zum Kriege. Allein es ist nicht nur bei diesen Demonstrationen geblieben. Bereits haben sich Freiwilligenkorps gegen Oesterreich gebildet. Serbische Banden wollen versuchen in Bosnien einzudringen und das Land zu insurgieren. Der Bandenkrieg soll durch Bombenattentate unterstützt werden. Die serbische Regierung hat diesem Treiben wahnwitziger Hetzer ihre Unterstützung gewährt und selbst das erste und zweite Aufgebot der Reserve einberufen. Serbien hat also gegen Oesterreich mobilisiert! Was aber unter normalen Umständen nur verbrecherischer Wahnwitz wäre, ist in dieser kritischen Zeit ernsteste Gefahr. Die österreichische Regierung hat bereits ihre Truppen gegen die ungarisch-serbische Grenze vorgeschoben und österreichische Infanterie hat die Brücke von Neusatz und Peterwardein besetzt und abgesperrt. Es ist fast ausgeschlossen, daß die verhetzten Serben zur Vernunft kommen, und so erscheint hier ein bewaffneter Zusammenstoß fast unvermeidlich.

Unterdessen ratschlagt die europäische Diplomatie, ob und wann und wo ein europäischer Kongreß zusammentreten soll, der alle Fragen befriedigend lösen wird. Es ist, als ob in einer brennenden Stadt der Magistrat zusammenträte, um zu beraten, bei welcher Firma und in welchem Zeitpunkt die Dampfspritze bestellt werden solle, um den Brand zu löschen. Die deutsche Diplomatie hat eine schwere, nicht mehr gutzumachende Schuld auf sich geladen, indem sie das unverantwortliche Vorgehen Oesterreichs nicht rechtzeitig verhindert hat. Fehlte es ihr an Einsicht, die die Folgen nicht sah, oder an Kraft, das Nötige ohne Rücksicht auf sentimentale dynastische Gefühle mit Entschiedenheit durchzusetzen? In dem Duell zwischen Oesterreich und der Türkei hat der ungeschickte Sekundant einen Streifschuß erhalten, weil er den Kämpfenden zu nahe kam. Aber das deutsche Volk darf für die Unfähigkeit seiner Diplomatie nicht büßen. Allzu großen Schaden hat Deutschlands Stellung bereits erlitten. In der Türkei, im ganzen Orient sind wir als Mitschuldige Oesterreichs verhaßt geworden; die Aufrichtigkeit unserer Politik ist in Zweifel gezogen und unsere Diplomatie erscheint als der Düpe der österreichischen. Gestern isoliert, erscheinen wir heute als der Gefangene Oesterreichs. Aber die begangenen Fehler dürfen nicht in das Verbrechen münden, den Frieden des deutschen Volkes wegen der Tölpelhaftigkeit der österreichischen Balkanpolitik aufs Spiel zu setzen. Mit aller Entschiedenheit muß gefordert werden, daß unserem „Bundesgenossen" bedeutet wird, daß er die Suppe, die er sich eingebrockt hat, auch allein wird auslöffeln müssen. Wir haben auf dem Balkan keine gemeinsamen Interessen mit Oesterreich, wir haben aber dasselbe Interesse wie England und Frankreich, daß der europäische Friede nicht erschüttert wird. Wir fordern eine Verständigung mit den Westmächten, um gemeinsam mit ihnen die freiheitliche Entwickelung in der Türkei zu sichern, den Brand auf dem Balkan zu lokalisieren und zu verhüten, daß Rußland alte, nie aus den Augen verlorene Pläne auf dem Balkan wieder aufnehme oder Italien seinen alten Ehrgeiz in Albanien oder Tripolis jetzt zu befriedigen suche. Das deutsche Volk hat auf dem Balkan keine Interessen, die nicht durch einen Krieg schwer leiden würden. Um so leichter kann die deutsche Politik ihren Einfluß für die unbedingte Aufrechterhaltung des europäischen Friedens einsetzen. Es wäre ein Verbrechen, wenn dies nicht mit aller Entschiedenheit geschähe.

* * *

Die Kriegshetze in Serbien.

Belgrad, 8. Oktober. Das Kabinett Welimirowitsch hat dem nachmittags vom Manöverfelde hier eingetroffenen König seine Demission überreicht und ihm angeraten, ein Kabinett aus allen Parteien zu bilden. Die kriegerische Stimmung in Serbien steigert sich zusehends. Es melden sich zahlreiche Freiwillige zum Militär, auch haben sich Freiwilligenkorps gebildet. Das Organ der Regierung „Samouprava" hetzt zum Kriege.

Belgrad, 8. Oktober. Die Stimmung wird immer kriegerischer. Eine Anzahl Studenten, die sich freiwillig zum Krieg meldeten, erhielten von dem türkischen Gesandten Arzarian Bey eine türkische Fahne. Bandenführer aus Mazedonien und Serbien kommen mit ihren Mannschaften, um am Kriege teilzunehmen. Die ganze Presse predigt Krieg gegen Oesterreich.

Kriegsvorbereitungen.

Budapest, 8. Oktober. Der „Magyar Hirlap" veröffentlicht folgende Mitteilung: Heute mittag erhielt der Kommandant der Donauflottille in Budapest den Befehl, die hiesige Flotte zu mobilisieren. Infolgedessen fuhren die hier stationierten vier Moniteure um 3 Uhr 30 Minuten in der Richtung nach Belgrad ab. — Weiter meldet man demselben Blatt aus Agram, daß sämtliche Brücken der Save und Donau militärisch besetzt wurden. Bei jeder Brücke stehen je ein Leutnant und 30 Mann. In Agram erhielten die Reserveoffiziere Befehl, die Stadt nicht zu verlassen. Offiziös werden diese Nachrichten bestritten.

Eingreifen Englands.

London, 8. Oktober. Wie das „Reutersche Bureau" erfährt, hat die englische Regierung der serbischen Regierung angeraten, Mäßigung zu üben und eine korrekte Haltung zu beobachten.

Die türkischen Demonstrationen.

Konstantinopel, 8. Oktober. Die Teilnehmer von den vorgestern begonnenen Demonstrationen vor den diplomatischen Vertretungen behaupten, daß die Demonstrationen von dem jungtürkischen Komitee veranlaßt wurden. In türkischen Kreisen laufen Gerüchte um, daß die Strömungen für Bosnien und gegen Oesterreich-Ungarn von englischer und russischer Seite inszeniert seien.

Divisionsgeneral Ewer Pascha wurde zum Divisionskommandanten an der bulgarischen Grenze ernannt. Er ist dorthin abgereist. Der Großwesir hat an alle Wilajets telegraphiert, daß die Pforte alle nötigen Maßregeln gegen die ungesetzmäßige Proklamierung Bulgariens zum Königreich ergriffen habe. Die Bevölkerung brauche sich nicht zu beunruhigen, die Behörden möchten eine Erregung verhindern.

Die Stellung Deutschlands.

Frankfurt a. M., 8. Oktober. Der „Frkf. Ztg." meldet man aus Konstantinopel: Man hat in einer der schwierigsten äußeren und inneren Situation in der Türkei vielfach irgend ein erlösendes Wort aus Berlin erwartet, und zwar nimmt man in allen Kreisen der türkischen Bevölkerung diese Erwartung wahr. Die seit mehreren Dezennien währende intime Freundschaft, die bedeutsamen Interessen Deutschlands in der Türkei sowie die beständigen Versicherungen, daß an dem status quo des ottomanischen Reiches nicht gerüttelt werden dürfe, berechtigten die Türkei zu einer solchen Erwartung. Dieses Wort ist bedauerlicherweise ausgeblieben und hat schon im Juli-Umschwung uns zu einem guten Teil um unseren Einfluß in der Türkei gebracht. Es unterliegt nun keinem Zweifel, daß die Ereignisse der letzten Tage diesen Einfluß vollends geschwächt und zur Untergrabung unseres Ansehens in der Türkei geführt haben. Wir haben England allein sprechen und seine Freundschaft für die Türkei ins hellste Licht setzen lassen. Die führenden türkischen Blätter geben diesem scharfen Umschwunge unverhohlen und in für Deutschland wenig schmeichelhaften Worten Ausdruck.

Die Einberufung des Kongresses.

Je ernster die Situation wird, desto weniger Bedeutung kommt den Nachrichten über die Einberufung des Kongresses zu. Morgen oder übermorgen soll den letzten Nachrichten zufolge Rußland die Einberufung verlangen. Jetzt ist es aber die englische Diplomatie, die, wie es scheint, Bedenken äußert. Denn in Rußland wie auch in Italien wird immer eifriger die Frage der Kompensationen erörtert. Rußland verlangt die von England immer bekämpfte freie Durchfahrt durch die Dardanellen. Italiens Forderungen sind weniger klar. Offiziös werden die Ansprüche auf Albanien und Tripolis geleugnet und erklärt, es handle sich für Italien um die Aufhebung des Artikels 29 des Berliner Vertrages, der Oesterreich seepolizeiliche Befugnisse an der Küste Montenegros gewährt, Montenegro verbietet, Kriegsschiffe zu führen und den Hafen von Antivari und alle zu Montenegro gehörenden Gewässer den Kriegsschiffen aller Nationen sperrt. Praktisch bedeutet dieser Artikel die Herrschaft Oesterreichs über diesen Teil des adriatischen Meeres, was den Italienern schon lange unerwünscht ist. Man hat aber den Eindruck, daß Oesterreich seine Zustimmung zur Aufhebung dieses Artikels Italien zugesagt hat, um einen italienischen Einspruch gegen die Annexion Bosniens zu vermeiden. Es läßt sich nicht verkennen, daß die Einberufung des Kongresses zunächst weniger eine Lösung als vielmehr die Aufrollung aller Balkanfragen bedeuten und deshalb für die Türkei keine geringe Gefahr bilden würde. Ob England unter diesen Umständen noch mit besonderem Eifer für diesen Kongreß eintreten wird, erscheint sehr fraglich.

Die österreichischen Delegationen.

In Pest sind heute die Delegationen zusammengetreten, jene Abordnungen des österreichischen und ungarischen Parlaments, die über die gemeinsamen Angelegenheiten, also über die auswärtige Politik, das Heer und die Finanzen zu beschließen haben. Sie wurden mit einer Thronrede des Kaisers eröffnet, worin die Annexion mit den bekannten Argumenten zu verteidigen versucht wird. Die Räumung des Sandschak Novibazar wird als Beweis angeführt, daß die österreichische Politik keine Landerwerbungen über den jetzigen Besitz hinaus erstrebt. Den Schluß bildet ein Appell an die Opferfreudigkeit bei der Bewilligung der Heeres- und Marineforderungen. Das erste Resultat der Balkanpolitik ist also die Erhöhung der Rüstungen.

Nicht viel inhaltsreicher war die Rede Aehrenthals in dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten. In der jetzigen Situation müssen die Beteuerungen des Wohlwollens für die Türkei, von denen der Minister überfloß, nur als Heuchelei erscheinen. Interessanter ist die Behauptung des Ministers, daß Oesterreich im Einvernehmen mit Rußland gehandelt hat. Der Minister gab natürlich die üblichen Friedensversicherungen und erklärte seine Zuversicht, daß die jetzt aufgerollten politischen Fragen durch Europa zur Lösung gebracht würden. Oesterreich-Ungarn sei stets bereit, diese Methode zu befolgen, doch sei es notwendig, daß es bei Wahrung seiner Interessen auch Entgegenkommen finde. Er hoffe, daß er dann nicht gezwungen sein werde, sich bloß auf den österreichisch-ungarischen Standpunkt zurückzuziehen. Mit anderen Worten heißt das, Oesterreich-Ungarn will nur dann an einer Konferenz teilnehmen, wenn es von vornherein weiß, daß sein Vorgehen in Bosnien und der Herzegowina gebilligt wird.

Eine Rede Asquiths.

London, 8. Oktober. In der Rede, welche Premierminister Asquith gestern in Leven hielt, führte er aus: Wir begegnen an diesem Abende einer großen über die ganze Welt verbreiteten Besorgnis, und die Gedanken aller englischen und aller fremden Politiker richten sich auf die erschreckende Aufeinanderfolge von Umwälzungen, deren Schauplatz das östliche Europa ist. Wenige Ereignisse unserer Zeit erregten eine herzlichere und allgemeinere Sympathie im britischen Volke, als die unblutige Revolution, welche die Türkei in eine freie, sich selbst regierende Nation umwandelte. Diese Situation, die zu so hoffnungsvollen Erwartungen berechtigte, wurde plötzlich gewaltsam unterbrochen durch die Proklamation der bulgarischen Unabhängigkeit und, fast gleichzeitig, durch die Annexion Bosniens durch Oesterreich-Ungarn. Beide Ereignisse, die von einander zu trennen kaum möglich ist, bilden gemeinsam einen schweren Schlag gegen das neue Regime. Sie sind in der Türkei mit nicht unbegreiflichem Unmut, aber mit bewundernswerter Ruhe aufgenommen worden. Im weiteren Verlaufe seiner Rede kam Premierminister Asquith auf das Januar-Protokoll vom Jahre 1871 zu sprechen, das dem Vertrage von London angefügt ist und in welchem auch von Oesterreich-Ungarn ausdrücklich dem zugestimmt werde, daß keine Macht die in diesem Vertrage eingegangenen Verpflichtungen anders als mit Zustimmung der anderen vertragschließenden Parteien lösen könne.

Auch der Fürst von Bulgarien könne ohne Zustimmung der anderen Mächte — einschließlich der Zustimmung der Türkei — keine Aenderung vornehmen. Deshalb, so fuhr Asquith fort, ist es unsere Pflicht, die Parteien, die für den Bruch

des Vertrages verantwortlich sind, darauf hinzuweisen, daß wir die letzten Ereignisse nicht als irgendwie rechtsverbindlich anerkennen können, solange sie nicht durch die Zustimmung der Mächte geregelt sind. Es ist ferner klar, daß diese Geschehnisse, die mit solcher Ueberstürzung vor sich gingen, unweigerlich zu anderen Fragen führen müssen, die von anderen im nahen Osten sehr interessierten Mächten erhoben werden können. Wir werden nicht zögern, der Türkei unsere Versicherung zu geben, daß wir alles in unserer Macht befindliche tun werden, um ihre Interessen und ihren Status geachtet und aufrechterhalten zu sehen. Und es ist unser ernstester Wunsch, der Bevölkerung jenes Landes unsere Sympathie mit ihrer neuen Regierung zu erzeigen, sowie unsere Sympathie mit dem Fortschritt und der Entwickelung der freiheitlichen Institutionen des türkischen Kaiserreiches. Indem wir diese Haltung einnehmen, liegt kein Grund zu der Annahme vor, daß wir damit unter den Großmächten allein ständen und wir geben uns der Hoffnung hin, daß eine sowohl gerechte wie friedliche Lösung die Kräfte der europäischen Diplomatie nicht überschreiten wird

Schutzzöllner gegen Schutzzöllner.

In welcher Weise der Schutzzoll in der Eisenindustrie zu einem Bereicherungszoll auf der einen und zu einem Bedrückungszoll auf der anderen Seite entartet ist, zeigt eine vom Verein der Roheisen- und Halbzeugverbraucher an den Reichstag eingereichte Denkschrift. Bekanntlich erhebt Deutschland einen Einfuhrzoll von 10 Mark auf die Tonne Roheisen, während die Einfuhr von Eisenerz völlig zollfrei erfolgt. Daraus ergibt sich nun, daß die „gemischten Werke", welche Eisenerz einführen, dasselbe verhütten und dann weiter zu Halbfabrikat verarbeiten, keinen Schutzzoll für ihr Produkt zu zahlen haben, dem das Eisenerz ist zollfrei. Auf eingeführtes Roheisen und Fertigeisen ruht hingegen ein hoher Einfuhrzoll, der die Konkurrenz ausländischer Werke im Inlande so gut wie ausschließt.

Durch die Syndizierung der Werke, namentlich durch die Gründung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller ist seinerzeit der Inlandpreis noch weiter gesteigert worden, so daß dieser um den Zollbetrag und um die Frachtdifferenz aus dem Auslande höher ist als der Weltmarktpreis. Daraus ergibt sich nun, daß die Roheisen kaufenden und dasselbe weiter verarbeitenden Werke, z. B. die reinen Martinwerke, Puddelwerke und Eisengießereien gegenüber den gemischten Werken, welche statt Roheisen Erz einführen und dasselbe selber verhütten, im Nachteil sind. Aehnlich liegen die Verhältnisse bei den reinen Walzwerken. Der Rohstoff dieser Werke wird ihnen durch den Stahlwerksverband gleichfalls um den Zollbetrag, und zwar mindestens um 15 Mark die Tonne verteuert. Das ist von vornherein eine schwere Belastung ihrer Produktion zugunsten ihrer Konkurrenz, der im Stahlwerksverbande organisierten großen gemischten Werke, deren Material von Grund auf zollfrei hergestellt wird. Die Denkschrift untersucht nun, wie dieser unhaltbare Zustand beseitigt werden kann und wirft dabei die Frage auf, ob die Einführung eines Zolles auf Erz zu empfehlen sei. Diese Frage wird verneint mit der Begründung, daß die straff organisierten gemischten Werke den Zoll leicht auf die von ihnen abhängigen „reinen Betriebe" abwälzen würden und diese ganze Maßnahme nur die Erz kaufenden, nicht aber die im Inlande Erzbergwerke besitzenden Werke treffen würde. Da in der Denkschrift eine Unternehmerorganisation gegen eine andere ihre Interessen verteidigt, so liegt es nahe, daß sie auch den Gedanken erwägt, ob nicht eine Syndizierung aller Eisenfabrikate möglich sei. Auf diesem Wege würden, so heißt es wörtlich, „die deutschen Einfuhrzölle als Preisbereicherungszölle aufgefaßt und benutzt werden." Da das gerade das Ideal aller schutzzöllnerischen Unternehmer ist, so würde man diesen Versuch unbedenklich machen, wenn nicht eine Menge sehr gewichtiger Gründe die Ausführung dieses sauberen Planes hinderten. Der Stahlwerksverband als der stärkere will eben die Syndizierung nicht. Er will, so klagt die Denkschrift weiter, den „reinen Werken" ihr Rohmaterial um den Zollbetrag verteuern, lehnt es aber ab, ihnen die Ausnutzung des Schutzzolles auch auf ihr Fabrikat zu ermöglichen."

Der Stahlwerksverband will als der stärkere die „reinen Werke" konkurrenzunfähig machen, sie aufsaugen. Die angegriffenen „reinen Werke" sagen hierüber:

„Da es nun aber doch nicht angängig ist, daß der Stahlwerksverband die „reinen Werke" dadurch zu Grunde richtet, daß er ganz systematisch den Schutzzoll da, wo er sie schädigt, ausnutzt, während Mitglieder des Stahlwerksverbandes da, wo er den „reinen Werken" helfen würde, die Ausnutzung unmöglich machen, so bleibt nichts anderes, als den Mißbrauch der Zölle zu Bedrückungsmaßnahmen durch ihre Aufhebung einen Riegel vorzuschieben."

Was diese Denkschrift besonders interessant macht, sind nicht allein die Tatsachen, welche für den Mißbrauch des Zolles zu einem sogenannten „Bereicherungszoll" angeführt werden, sondern das ist vor allem der Umstand, daß diese Argumente gegen den Zoll von prinzipiellen Befürwortern der Schutzzölle ins Feld geführt werden. Auch bei den Eisenzöllen zeigt sich derselbe Mißstand, wie wir ihn bei anderen Hochschutzzöllen und Ausfuhrprämien beobachten können: Die Syndikate verkaufen nach dem Auslande billiger, manchmal sogar unter dem Selbstkostenpreis, um den Inlandspreis hochzuhalten. Damit wird die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Fertigfabrikate außerordentlich beeinträchtigt und aufgehoben. Der Schutzzoll wird zu einem Mittel, die Kleinen zu verschlingen. Wie rapid die Fabriken der Fertigfabrikate in ihrer Produktion zurückgehen, erhellt aus folgenden Zahlen: Der Stahlwerksverband lieferte im Jahre 1905 noch 1 910 634 Tonnen Halbzeug, im Jahre 1906 noch 1 861 924 Tonnen, während die Lieferung im Jahre 1907 auf 1 557 873 Tonnen zurückgegangen ist und nach den Berechnungen der ersten 5 Monate für das Jahr 1908 sogar auf 1 300 000 Tonnen sinken dürfte.

Wir befinden uns in einem gewaltigen Umwälzungsprozeß der Eisen- und Stahlindustrie, die kleinen Betriebe werden durch die großen absorbiert. Heute sind es in der Eisenindustrie namentlich die reinen Walzwerke, die Siemens-Martinwerke, die Drahtwerke, die Eisengießereien, die unter der Konkurrenz des Stahlwerksverbandes zu leiden haben. Andere werden folgen, denn immer neue Zweige der Fabrikation nehmen die syndizierten Großbetriebe auf: Brückenbau, Maschinen aller Art, Träger und Eisenbahnschienen und anderes mehr, werden in denselben Betrieben hergestellt und die Monopolherrschaft weniger Großindustrieller wird immer ausgedehnter und fester begründet. Unsere Eisenzölle tragen dazu wesentlich bei.

Antimilitarismus und Hochverrat.

Gegen Urteile, die das Reichsgericht als erste Instanz gesprochen hat, stehen dem Verurteilten keinerlei Rechtsmittel, weder Berufung noch Revision zu. Das in erster Instanz gesprochene Urteil ist rechtskräftig, und seien die tatsächlichen Voraussetzungen des Urteils oder die rechtliche Würdigung der Tat noch so irrig. Leipzig hat gesprochen. Dagegen gibt es für den Verurteilten keinen Appell. Diese Ungeheuerlichkeit wirkt in politischen, in Tendenzprozessen am krassesten. Einen beredten Beweis hierfür liefert das am 12. Oktober 1907 gegen unseren Genossen Liebknecht wegen angeblichen Hochverrats gefällte Urteil. Dies Urteil wird mit seinem Wortlaut, mit einigen Anmerkungen versehen, wörtlich in einer Broschüre abgedruckt, die dieser Tage in der Buchhandlung Vorwärts unter dem Titel: „Antimilitarismus und Hochverrat" erscheinen. Da uns die Fahnenabzüge zur Verfügung gestellt sind, können wir bereits jetzt auf die Broschüre eingehen.

Die schriftliche Urteilsbegründung wird oft als Entschuldigungsbegründung des fehlsamen, mündlich verkündeten Urteils bezeichnet. Das trifft auf das Urteil gegen Liebknecht in vollstem Maße zu. Unzweifelhaft würden unseres Erachtens selbst dieselben Richter, die das Urteil am 12. Oktober 1907 gefällt haben, es umwerfen, wenn sie in einer Berufungsinstanz nunmehr zu entscheiden hätten. Denn das Urteil wimmelt von nachweisbar tatsächlichen Irrtümern und von Verstößen gegen die Logik. Es ist ein wahrer Rattenschwanz von Irrtümern. Einige Anführungen aus dem Urteil mögen das bestätigen. Wir lassen uns dabei nicht auf die bereits früher von uns hervorgehobenen irrigen Rechtskonstruktionen ein, sondern wollen nur einige tatsächlichen „Feststellungen" niedriger hängen. Die einzelnen Tatbestandsmerkmale fixiert das Urteil dahin: Angriffsziel des Angeklagten sei die Verfassungseinrichtung, insbesondere die Kommandogewalt des Kaisers, sein letztes Vorhaben sei: gewaltsame Beseitigung des stehenden Heeres, als Handlungen, durch welche dies Vorhaben unmittelbar zur Ausführung gebracht werden soll und in denen das „hochverräterische Unternehmen" liege, sind bald bezeichnet „Militärstreik oder Insurrektion", bald „Militärstreik in Verbindung mit Insurrektion", bald „Militärstreik und Revolutionierung der Truppen".

Bei der Konstruktion des Angriffsziels zitiert das Urteil einige Stellen der Broschüre (Seite 104, 109, 112, 118), die darin gipfeln „das letzte Ziel des Antimilitarismus ist Beseitigung des Militarismus, Beseitigung des Heeres in jeder Form". Dann führt es ohne jedes Zwischenglied fort: „Indem der Angeklagte, wie festgestellt, die Beseitigung des stehenden Heeres als letztes Ziel seiner antimilitaristischen Propaganda im Auge hat" usw. So identifiziert das Urteil erstaunlicherweise Militarismus und stehendes Heer! Die zur Anklage gestellte Broschüre beschäftigt sich eingehend mit allen Formen der Heeresverfassung und des Militarismus und setzt deren Beseitigung als letztes Ziel. Dieses Ziel ist, so betont die Broschüre an Dutzenden Stellen, nur zu erreichen gleichzeitig mit der Beseitigung des Kapitalismus, da der Militarismus eine wesentliche Lebensäußerung des Kapitalismus ist. Kein Wort davon steht im Urteile. Mit der Erwähnung dieses die ganze Broschüre durchziehenden Gedankens wäre freilich die Hochverrats-Seifenblase sofort geplatzt. Das Reichsgericht behauptet: mit Beseitigung des stehenden Heeres würden die in der Verfassung aufgezählten Rechte des Kaisers hinfällig. Aber weiß denn das Reichsgericht nicht, daß auch das Milizsystem — wie die Schweiz, Amerika, England, Holland usw. — ganz ähnliche Rechte kennt. Mit keinem Wort ist in der Verhandlung, die von einer erstaunlichen Unklarheit darüber beherrscht war, wessen eigentlich der Angeklagte geziehen werden sollte — bekanntlich sind die verschiedenen vom Oberreichsanwalt versuchten Konstruktionen vom Angeklagten und seinen Verteidigern gründlich zerzaust und vom Reichsgericht verworfen worden — auf die Möglichkeit solch' irriger Annahme hingewiesen. Sonst wäre das Reichsgericht durch die Verteidigung vor den schweren Irrtümern bewahrt, denen es schon bei diesem Punkte verfiel.

Noch eigenartiger ist die Konstruktion der Gewalt im Urteil. Die Entscheidung sagt: Es kommt lediglich darauf an, „ob der Angeklagte sich diese Beseitigung des stehenden Heeres als ohne Gewalt möglich vorgestellt hat". Zu einer Verneinung dieser Frage gelangt das Urteil durch eine Fülle mit den Tatsachen in schroffstem Widerspruch stehender Annahmen. Der Grundgedanke in der Broschüre Liebknechts weist auf die Notwendigkeit hin, zu verhindern, daß die Armee zur Unterdrückung des Proletariats mißbraucht werde. Dessen tut das Urteil keine Erwähnung, sondern konstruiert ein „Versagen der Armee" als von Liebknecht gewünscht. Das solle durch Streik, Desertion, Insurrektion erreicht werden. Aber gerade dagegen polemisierte Liebknecht „als phantastische Taktik der anarchistischen Antimilitaristen" auf Seite 114 der Broschüre!

Ein krasses Beispiel für den Widerspruch der „Feststellungen" des Reichsgerichts mit der Wahrheit bietet die Auslegung einer Aufforderung v. Vollmars auf dem Stuttgarter Kongreß 1907. Dort hatte v. Vollmar in bezug auf Liebknecht lediglich geäußert: „Was Liebknecht betrifft, scheidet alles aus der Debatte aus, was er gesagt und getan hat in bezug auf den Antimilitarismus, nachdem das Hauptverfahren gegen ihn eröffnet ist." Darauf wendet sich v. Vollmar gegen die Vaillantsche Resolution. Nach dem Protokoll sagte er: „Aber indem wir uns gegen die in der Resolution Vaillant aufgeführten Mittel (Militärstreik und Insurrektion) erklären, tun wir dies nicht etwa nur aus Klugheitsgründen. Wir sehen darin vielmehr zugleich eine prinzipielle Verkehrtheit". Das Reichsgericht benutzt statt des Protokolls einen kurzen „Vorwärts"bericht, in dem die Worte „gegen die in der Vaillantschen Resolution aufgeführten Mittel" als selbstverständlich und aus dem Zusammenhange hervorgehend fortgelassen sind und deduziert: weil v. Vollmar seinen Satz mit „aber" anfängt, hat er gemeint, Liebknecht verfechte Militärstreik und Insurrektion! Das ist denn doch ein so schwerer Irrtum, daß unzweifelhaft dieselben Richter, die Liebknecht verurteilten, von ihm geheilt wären, wenn sie die ganze Rede v. Vollmars im „Vorwärts" oder im Protokoll gelesen oder Vollmar gehört hätten.

Nachdem das Reichsgericht im Gegensatz zu dem klaren Wortlaut der Broschüre „festgestellt" hat, daß Liebknecht auf militärischen Streik, Desertion oder Insurrektion plane, kommt es mit folgender köstlichen Feststellung auch zum Tatbestand der Gewalt: „Weder das eine (Militärstreik, Desertion) noch das andere kann anders als im Wege gewaltsamer Entwickelung geschehen. Darüber konnte der Angeklagte sich so wenig im Irrtum befinden, wie irgendein mit den politischen Verhältnissen Deutschlands nur einigermaßen Vertrauter." Bum! Und was schrieb Liebknecht tatsächlich in der Broschüre: „Die Agitation wird nirgends direkt oder indirekt zu militärischem Ungehorsam auffordern dürfen, sondern ihren Zweck vollständig erfüllen, wenn sie Klarheit in das Wesen des Militarismus und seiner Rolle im Klassenkampf schafft." An einer Reihe von Stellen betont er, „daß die gesetzlichen Grenzen innegehalten werden sollen". Aber tut nichts. Das Reichsgericht erwähnt davon nichts. Es setzt an Stelle „Beseitigung des stehenden Heeres": Streik, Desertion, Insurrektion. Sodann: das kann nicht anders als gewaltsam erfolgen. Fertig ist die Laube.

Was führt das Urteil als Beweis dafür an, daß Liebknecht die Beseitigung des stehenden Heeres — das ist ja der Inhalt der Anklage — gewaltsam angestrebt habe? Nichts, nichts und wiederum nichts — nicht ein Wort!

Am Sonnabend findet die Verhandlung gegen Genossen Liebknecht vor dem Ehrengerichtshof in Leipzig statt. Vielleicht gelingt es, diesen Gerichtshof zu einem Ausspruch dahin zu bewegen, daß das Schuldig gegen Liebknecht auf einem Chimborasso von Irrtümern beruht, die allein durch die politische Gegnerschaft der Richter gegen den Angeklagten erklärlich sind.

Die sächsische Wahlrechtsreform

ist jetzt zu einem Zank um die Wahlkreiseinteilung herabgesunken, der von konservativen und nationalliberalen Sonderinteressen bestimmt wird. Es ist glücklich soweit gekommen, daß sich niemand mehr in dem Gewirr von Wahlrechtskompromiß und Wahlkreisentwürfen auskennt.

Da man sich bei dem Kompromiß, dessen Jämmerlichkeit schon früher gekennzeichnet worden ist, für 96 Wahlkreise entschieden hatte, war eine Wahlkreisneueinteilung nicht mehr zu umgehen. Die Regierung weigerte sich, sie auf unfertige Andeutungen hin auszuarbeiten. Der Geheimrat Heink übernahm diese fragwürdige Aufgabe als Privatarbeit; seine Lösung ist dem Kompromißwechselbalge durchaus ebenbürtig und seiner würdig. Den Wünschen der Agrarier, nicht nur die Wählerzahl, sondern auch die Fläche und die historische Entwickelung zu berücksichtigen, ist er sehr weit entgegengekommen. Es weisen daher die ländlichen Wahlkreise eine kleine Einwohnerzahl auf, während bei großstädtischen Kreisen das Gegenteil zu beobachten ist. So hat, um diese Tatsache nur durch ein Beispiel zu illustrieren, der bäuerliche Wahlkreis Nossen-Land nur 20 833 Einwohner, ein Wahlkreis der Stadt Dresden aber über 80 000 Einwohner. Es haben nach dieser Neueinteilung die Bauern des Nossener Kreises beinahe viermal mehr Recht als die Wähler der Großstadt.

Mit schmatzendem Behagen haben die Konservativen diesen Wahlkreisentwurf akzeptiert. Denn mehr konnten sie nicht verlangen. Anderer Meinung waren aber die Nationalliberalen; sie fühlten sich benachteiligt und forderten besonders für die Großstädte mehr Abgeordnete. Während nach dem Heinkschen Gesetzentwurfe Dresden und Leipzig nur je sieben Vertreter bekommen sollten, forderten die Nationalliberalen in der Wahlrechtsdeputation namentlich für Dresden zehn, gingen aber dann auf neun Vertreter für die Landeshauptstadt zurück. Darob kam es zu einem hitzigen Kampfe in der Dreiundzwanziger-Deputation zwischen den Nationalliberalen und Konservativen. Dabei konstatierte der Regierungsvertreter Geheimrat Heink, daß man von einer Verständigung und Entscheidung in der Wahlrechtsfrage jetzt weiter entfernt sei als in den Sommermonaten. Schließlich wurde der nationalliberale Antrag, Dresden neun Vertreter zu geben, abgelehnt. Ein weiterer Antrag auf acht Vertreter wurde auf später vertagt. Die Konservativen erklärten aber, mehr wie sieben auf keinen Fall bewilligen zu wollen. Darauf antworteten die Liberalen mit einer Entrüstungskundgebung und Langhammer erklärte: „Wenn das Ihr Standpunkt ist, dann ist es überhaupt aus mit dem Kompromiß!" Schließlich gaben die Konservativen die Möglichkeit zu, noch einen mehr bewilligen zu wollen, wenn sie für das Land noch genügend Vertreter bekämen. Darauf beruhigte man sich vorläufig etwas.

Daraus ist aber zu ersehen, daß die Situation eine sehr gespannte ist. Es kann jeden Tag zum Platzen kommen. Man wird allerdings alles aufbieten, die Sache wieder einzurenken und das Kompromiß zu retten, aber darüber würde soviel Zeit vertrödelt werden, daß nicht daran zu denken wäre, in dieser Nachsession des Landtages noch etwas zustande zu bringen. Das Volk hat von diesem Wahlrechtsschacher nichts zu erwarten. Es wird den Herrschenden aber zeigen, daß es mit Nachdruck sein Recht fordert.

Der Strafvollzugs-Skandal in Elberfeld.

Die Weigerung des Regierungspräsidenten zu Düsseldorf, dem Genossen Redakteur Hoffmann von der Elberfelder „Freien Presse" während seiner zweimonatlichen Gefängnisstrafe die Selbstbeschäftigung zu gewähren, dauert an. Der Herr Regierungspräsident pfeift offenbar darauf, daß nicht nur sozialdemokratische, sondern auch die bürgerlichen Blätter, soweit sie nicht zum Kaliber der „Post", „Kreuz-Zeitung", „Deutsche Tageszeitung" usw. gehören, gegen die Behandlung Hoffmanns protestiert haben. Dem Herrn Minister des Innern, bei dem Genosse Hoffmann sofort Beschwerde eingelegt hat, ist es auch nicht eilig. Unser Elberfelder Parteiorgan meint: „... Ein Bescheid ist ihm bis jetzt noch nicht zugegangen. Bei der bekannten Pomadigkeit der preußischen Bureaukratie ist es ja auch gar nicht ausgeschlossen, daß die Strafe des Genossen Hoffmann abgelaufen ist, wenn der Bescheid eintrifft."

Angesichts dieser Sachlage ist es denn doch nötig, energisch gegen die Fortdauer dieses Strafvollzugs-Skandals zu protestieren. Wir erlauben uns, den Herrn Minister des Innern, v. Moltke, auf folgende Punkte aufmerksam zu machen:

Der Regierungspräsident zu Düsseldorf ist der seltsamen Ansicht, daß Genosse Hoffmann der Selbstbeschäftigung unwürdig sei, weil er viele Vorstrafen habe. Der Regierungspräsident hat dabei übersehen, daß Genosse Hoffmann seine sämtlichen Strafen in seinem Beruf und im Dienste der Arbeiterbewegung erhielt, daß ihn bei allen seinen Straftaten — wir nehmen einmal an, daß die Richter allemal, wenn sie ihn verurteilten, Recht gehabt haben, geben es aber nicht zu — ehrenhafte Motive, das Bestreben, die Interessen der Arbeiterklasse zu verfechten, geleitet haben, daß ihm das Gericht niemals den guten Glauben absprechen konnte! Strafen, die für solche Handlungen verhängt werden, haben nichts Entehrendes an sich, und geben niemanden, auch einem Regierungspräsidenten nicht, das Recht, dem Bestraften die Ehre abzusprechen und ihm das Recht, im Gefängnis seinen Neigungen und Fähigkeiten entsprechend beschäftigt zu werden, abzusprechen.

Dem Herrn Minister sei ein Blick in das Strafgesetzbuch empfohlen. Es macht einen Unterschied zwischen Gefängnis- und Zuchthausstrafe. Von der Zuchthausstrafe sagt es in § 15:

„Die zu Zuchthausstrafen Verurteilten sind in der Strafanstalt zu den eingeführten Arbeiten einzuhalten."

Von der Gefängnisstrafe aber in § 16:

„Die zu Gefängnisstrafe Verurteilten können in einer Gefangenenanstalt auf eine ihren Fähigkeiten und Verhältnissen angemessene Weise beschäftigt werden; auf ihr Verlangen sind sie in dieser Weise zu beschäftigen."

Ist der Herr Minister des Innern der Meinung, daß das Anfertigen von Kleiderhaken eine angemessene Beschäftigung für einen Redakteur, für einen geistigen Arbeiter ist?

Ist der Herr Minister damit einverstanden, daß am Redakteur Hoffmann zu Elberfeld ungesetzlicherweise Zuchthausstrafe vollstreckt wird?

Ist der Herr Minister des Innern v. Moltke endlich gewillt, daß der Redakteur Hoffmann, der wegen Preßvergehens

Verurteilte, im Gefängnis schlechter behandelt wird als der Major Graf Lynar, der wegen Mißbrauchs Untergebener zu unsittlichen Zwecken Verurteilte? Dem Grafen Lynar sind, wie dem Herrn Minister und der Oeffentlichkeit bekannt ist, im Gefängnis alle Vergünstigungen gewährt worden, die zulässig sind!

Der wegen Mißbrauchs Untergebener zu unsittlichen Zwecken Verurteilte ist gewesener Gardeoffizier, ist Graf, der wegen Preßvergehens, wegen politischen Vergehens Verurteilte ist Proletarier!

Der Graf und Gardeoffizier a. D. ist der Selbstbeschäftigung würdig befunden, obgleich er Untergebene geschlechtlich mißbraucht hat — der Proletarier und Redakteur, der wegen eines in gutem Glauben, aus ehrenhaften Motiven verübten politischen Delikts verurteilt wurde, ist nach dem Regierungspräsidenten von Düsseldorf der Selbstbeschäftigung unwürdig!

Will der Minister des Innern v. Moltke zulassen, daß dieser Vergleich noch einige Wochen lang von der Oeffentlichkeit angestellt werden kann?

Will der Herr Minister des Innern v. Moltke den Strafvollzugsskandal von Elberfeld fortdauern lassen?

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Oktober 1908.

Die „Opferfreudigen".

Die konservative Parteileitung kündet offiziell an, sie glaube ihre Opferpflichten gegen das „teure Vaterland" dadurch zur Genüge betätigt zu haben, daß sie in den letzten Jahren unentwegt der Regierung die Ausgabeforderungen für Militär-, Marine- und Kolonialzwecke bewilligt habe. Weiter zu gehen und ihren agrarischen Anhängern zuzumuten, auch in erheblichem Maße zu den durch diese Ausgaben nötig gewordenen neuen Steuern beizutragen, fühle sie sich nicht veranlaßt. Wohl seien die Agrarier bereit, das Aeußerste für das Vaterland zu wagen; aber dieses Aeußerste erstrecke sich selbstverständlich nur auf das Bewilligen neuer Ausgaben, nicht aber auch auf das Aufbringen der dadurch nötigen Mittel. Das Bezahlen überließen sie gern anderen, oder, wie die „Deutsche Tagesztg." so schön sagt, die Steueropfer dürften nur denen auferlegt werden, „die sie zu tragen vermögen" und zu diesen gehören natürlich die Agrarier nicht, auch die nicht, die über 1000 Hektar und Rennställe und mehrere Equipagen besitzen.

Die „Konservative Korrespondenz", das Organ der konservativen Parteileitung, kündigt nämlich an der Spitze ihrer letzten Nummer in gesperrter Schrift an:

„Die Aeußerungen der Presse der verschiedenen Parteien zu der bekannten Abhandlung des Staatssekretärs Sydow über die Reichsfinanzreform dürften im wesentlichen abgeschlossen sein. Es wäre indessen voreilig, aus diesen mehr oder minder parteioffiziösen Erklärungen schon jetzt Schlüsse auf die endgültige Stellung der Fraktionen des Reichstages zu ziehen, da die Vorbedingungen hierfür erst gegeben sein werden, wenn die Vorlage der verbündeten Regierungen da sein wird. Erst dann wird man die Einzelheiten des geplanten Reformwerks und seine volle Tragweite übersehen können.

Die konservative Partei hat daher keine Veranlassung, ihre bisherige abwartende Stellung aufzugeben. Die Partei wird bereit sein, an dem für das Vaterland notwendigen Reformwerke in alter Opferfreudigkeit mitzuarbeiten, aber sie wird festhalten an ihrem entschiedenen, prinzipiellen Widerspruche gegen die Ausdehnung der Erbschafts- oder Nachlaßsteuer auf Ehegatten und Deszendenten, wie dies schon des öfteren von der Parteileitung und auch von dem Abgeordneten Freiherrn von Richthofen-Damsdorf in der letzten Session des Reichstages namens der konservativen Fraktion bestimmt erklärt worden ist."

Also die konservative Partei wird in „alter bekannter Opferfreudigkeit" an der Finanzreform mitarbeiten, aber für die Ausdehnung der Erbschaftssteuer oder die Einführung einer allgemeinen Nachlaßsteuer werden die konservativen Reichstagsabgeordneten nicht stimmen. Das heißt aus dem agrarischen politischen Jargon in gewöhnliches Deutsch übersetzt, die „opferfreudigen" konservativen Abgeordneten werden nur für solche Steuern stimmen, die ihre Anhängerschaft entweder gar nicht oder doch nur in ganz geringem Maße treffen. So weit, Steuern zu bewilligen, die ihr Portemonnaie angreifen, reicht ihr vaterländischer Opfersinn nicht; denn „was hilft," so begründet die „Deutsche Tagesztg." die konservative Uneigennützigkeit, „die beste Finanzreform, wenn dadurch die festesten Säulen, auf denen Reich, Staat und Volkstum ruhen, gelockert und brüchig werden?" Höher als das Reich steht das Portemonnaie der „Edelsten und Besten", besteht doch der wirkliche Zweck des Staates lediglich darin, den Agrariern möglichst hohe Profite zu sichern.

Der Papst und die Berliner katholischen Arbeiter.

Die katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) haben eine Abordnung an Papst Pius X. gesandt mit einer Huldigungsadresse und einem Peterspfennig im Betrage von 25 000 Lire. Der Papst dankte für die Glückwünsche und die Geldspende, vor allem aber deshalb,

„weil Ihr in Eurem Verband gemäß den kirchlichen Prinzipien arbeitet unter kirchlicher Autorität und dadurch Euch den Frieden des Gewissens und die irdische Wohlfahrt verbürgt. So bleibt Ihr einig und seid sicher, den rechten Weg zu gehen und Ihr habt an der kirchlichen Autorität einen zielbewußten Führer und Verteidiger Eurer mit Gerechtigkeit und Liebe in Einklang stehenden Grundsätze. Ich freue mich, daß Ihr mir Gelegenheit gebt, Euren Gehorsam gegen die kirchliche Autorität anzuerkennen und zu loben. Haltet fest die große Wahrheit, daß die Kirche verteidigt, beschützt und fördert Handwerk und Gewerbe und denkt daran, daß wo der Herr nicht das Haus bauet, die Arbeiter umsonst bauen".

Die Arbeitervereine der Berliner Richtung sind bekanntlich Gegner der interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften; als einzig richtige wirtschaftliche Vertretung der Arbeiter gilt ihnen die Fachabteilung innerhalb der katholischen Vereine, so daß also auch die gewerkschaftlichen Bestrebungen der geistlichen Leitung und der bischöflichen Kontrolle unterstehen. Der Eifer, mit dem der Papst diese ihre Anschauungen und Bestrebungen lobt, wird den München-Gladbachern nicht gerade angenehm in den Ohren klingen. Welcher Art übrigens die Stellung des Papstes zur Arbeiterfrage ist, ergibt sich aus den Schlußworten seiner Ansprache:

„Ich danke Euch nochmals und wünsche, daß Ihr mit dem bisherigen Mut auch fernerhin dem Vaterlande und den Familien dient. Jeder Arbeiter, der zufrieden ist mit seinem Lohne, findet die Ruhe und den Frieden des Gewissens. Sagt allen Mitgliedern, wenn Ihr nach Hause kommt, daß der Papst Euch wohl will."

Da sieht man wenigstens, weshalb der Papst Wert darauf legt, daß die katholischen Arbeiter sich der kirchlichen Autorität fügen. Mit solchen Grundsätzen kann die Kirche sicher sein, daß ihr die Gunst der staatlichen und kapitalistischen Machthaber in alle Zeit erhalten bleibt. Denn was kann sich die bürgerliche Gesellschaft für einen besseren Helfer zur Unterdrückung der Arbeiterklasse wünschen, als eine Kirche, deren Oberhaupt die Ruhe des Gewissens davon abhängig macht, daß der Arbeiter unter allen Umständen zufrieden mit seinem Lohne ist.

Was aber soll man von Arbeitern denken, die solche Worte wie eine Offenbarung aufnehmen, die sich willig fügen unter eine solche „Autorität" und damit Verzicht leisten auf jedes Streben nach höherer Entwickelung ihrer Persönlichkeit und ihrer Klasse! —

Wird Eulenburg kommen?

Fürst Eulenburg, der Schwerkranke und des Meineids Angeklagte, geht zur Erholung ins Ausland. Das ist bekannt.

Was wird Fürst Eulenburg tun, wenn er nun im Prozeß Moltke wider Harden demnächst als Zeuge geladen wird?

Das Urteil wider Harden wurde bekanntlich vom Reichsgericht aufgehoben, die Sache zu erneuter Verhandlung an das Landgericht Berlin I zurückverwiesen.

Am 23. November soll nun diese neue Verhandlung in Moabit stattfinden.

Wird Eulenburg dazu erscheinen? Als Zeuge wurde er das erste Mal vernommen. Herr Oberstaatsanwalt Isenbiel und andere behaupten, daß Eulenburg damals einen Meineid geleistet habe. Wird er jetzt wieder als Zeuge geladen werden?

Und wenns geschieht, wird er kommen? Oder wird er wegen Transportunfähigkeit nicht erscheinen können?

Ein profitables Geschäft.

Die Ostafrika-Linie des Reeders Woermann wird vom Deutschen Reiche mit anderthalb Millionen Mark jährlich subventioniert. Dafür, daß Herr Woermann die Güte hat, seine Schiffe ostafrikanische Häfen anlaufen zu lassen, erhält er zunächst aus den Taschen der deutschen Steuerzahler diese anderthalb Millionen Mark. Er versteht es aber auch außerdem, durch hohe Transporttarife recht profitabel zu wirtschaften. Wenn diese hohen Preise in den Spesen begründet wären, die die Unterhaltung der Ostafrika-Linie verursacht, so ließe sich schlechterdings nicht viel dagegen sagen. Herr Woermann nimmt aber die hohen Preise bloß für Transporte nach Deutsch-Ostafrika. Güter, die nach anderen, nichtdeutschen Häfen gehen, werden zu erheblich billigeren Preisen befördert. Auf diesen Unfug macht wiederholt die „Usambara-Post" in ihrer Nummer vom 12. September aufmerksam und zwar schreibt das Blatt:

„Weil die Ostafrika-Linie gar keine Konkurrenz hat, kann sie den Verkehr zwischen dem europäischen Kontinent und unserer Kolonie völlig monopolisieren. So war es ihr möglich, Frachtsätze aufzustellen, die wohl die höchsten der Welt sind, z. B. kosten Güter erster Klasse von Hamburg nach Jokohama mit dem Norddeutschen Lloyd oder der Hamburg-Amerika-Linie 87,50 M. pro Tonne, mit der deutschen Ostafrika-Linie nach Dar es Salam aber ist der Frachtsatz 50 M. pro Tonne, also genau ein Drittel mehr bei ungefähr Zweidrittel der Entfernung. Ein weiteres Kuriosum ist das folgende: Während die Tonne Güter erster Klasse nach den kleineren Plätzen in Deutsch-Ostafrika 60 M. bezahlt, kann man nach dem etwa 600 Seemeilen weiteren portugiesischen Hafen Beira für nur 52,50 M. verfrachten. Dasselbe Verhältnis ist bei den Frachten der zweiten und dritten Güterklasse; nach den kleineren deutschen Häfen 50 bezw. 45 M. pro Tonne, nach Beira 40 bezw. 35 M. pro Tonne. So zu lesen in den offiziellen Berichten der Ostafrika-Linie.

Die Benachteiligung des deutschen Handels nach unserer Kolonie geht hieraus so offenkundig hervor, daß es dem Fernstehenden unfaßlich erscheinen muß, warum nicht die an diesen Verhältnissen am meisten beteiligten Kaufmannskreise in irgend einer Weise Stellung dazu nehmen. Aber gerade das ist des Pudels Kern, daß die meistbeteiligten Exportfirmen sich hüten werden, Stellung dagegen zu nehmen, denn diese denken gar nicht daran, die hohen Frachtsätze zu zahlen, da ihnen unter der Hand ganz andere, viel niedrigere als die tarifmäßigen Frachtraten gemacht werden und sie außerdem Rückvergütungen und hohe Umsatzprämien erhalten.

Die hohen offiziellen Frachtsätze kommen also für den Großkaufmann nicht in Betracht, sondern bilden im Gegenteil gerade für ihn eine Schutzfracht gegen die kleinere Konkurrenz, da der kleinere Kaufmann natürlich an den Tarif gebunden bleibt. Darin liegt die Schädlichkeit des Systems, das Großhandels-Monopole schafft, und es dem kleineren Kaufmann unmöglich macht, zu konkurrieren.

Welch' schädliche Wirkungen auf die Entwickelung unserer schönsten und größten Kolonie ein solches System hat, braucht kaum noch erwähnt zu werden.

Daß die Deutschen aber nicht nur bei der Beförderung von Gütern, sondern auch als Passagiere benachteiligt werden, soll hier durch eine Tatsache erwiesen werden, die der Schreiber dieser Zeilen auf der Reise nach Ostafrika zu seiner Ueberraschung festzustellen Gelegenheit hatte. Ich bemerkte, daß einem portugiesischen Ehepaare täglich ein portugiesischer Wein serviert wurde, der nicht in der Weinkarte angeführt war, und als ich den Portugiesen darüber befragte, klärte er mich dahin auf, daß jener Wein auch nur für seine Landsleute mitgeführt werde, bei den Portugiesen mit zur Beköstigung an Bord gehöre und im Fahrpreise einbegriffen sei, also nicht extra bezahlt zu werden brauchte. Deshalb bezahlten die Portugiesen durchaus denselben Fahrpreis wie die Deutschen, die dieselbe Strecke mit dem Dampfer fuhren, ohne daß die letzteren auch Wein gratis erhielten.

Woher diese Privilegien der Portugiesen an Bord von deutschen, vom Deutschen Reiche subventionierten Dampfern rühren, ist unerfindlich."

Da wohl anzunehmen ist, daß das Reich für seine Frachten dieselben hohen Sätze bezahlen muß, ohne, wie die Großkaufleute, eine Rückvergütung oder Umsatzprämie zu erhalten, so ist es dringend notwendig, daß das Reichskolonialamt sich so bald als möglich über diesen Zustand äußert. Jedenfalls ist es ein starkes Stück, daß portugiesische Reisende für dasselbe Passagegeld besser verpflegt werden als wie die Reisenden aus dem Lande, das den Besitzern der Ostafrika-Linie jährlich anderthalb Millionen Mark aus den Taschen der Steuerzahler spendiert. —

Komische Sparwut.

Es ist höchst sonderbar um den Gemütsstand unserer Minister bestellt. Einer nach dem anderen wird plötzlich von der Sparsamkeits-Epidemie befallen, selbst der große Staatsmann, der als Reichskanzler jetzt Deutschlands Geschicke leitet. Ueberall soll plötzlich gespart werden. Viel herauskommen wird bei dieser Sparmanie freilich kaum, denn wenn gespart werden sollte, müßte es bei den Etats der Heeres- und Marineverwaltung geschehen, in denen am wüstesten darauflosgewirtschaftet wird. Doch diese Ressorts gelten als Heiligtümer, die unter keiner Bedingung angefochten werden dürfen. Schon bei den Pensionen der Armee und Marine ließ sich ein schönes Sümmchen sparen, denn der Pensionsfonds beider Ressorts beträgt über 107 Millionen Mark. Selbst die „Kreuzzeitung" meinte dieser Tage schüchtern:

„Trotz der zunehmenden Verlängerung der Reichstagstagungen hat doch die Prüfung des Haushaltsetats an Gründlichkeit nicht gewonnen. Die Budgetkommission hätte sonst an manchen Positionen Anstoß nehmen und Richtlinien für ihre planmäßige Ermäßigung aufstellen müssen. Auch hierfür ein paar Beispiele. Der Pensionsfonds weist für 1908 die ungeheuerliche Summe von 110 382 550 M. auf. Hiervon entfallen auf die Zivilverwaltung nur 2 886 775 M., alles andere auf Armee und Marine. Nun soll die Notwendigkeit, die Führer unserer Streitkräfte zu Lande und zu Wasser körperlich und geistig leistungsfähig zu erhalten, nicht im entferntesten bestritten werden. Aber der Reichstag hätte es längst erkennen und aussprechen müssen, daß es doch nicht nötig sei, ein so großes Kapital von anerzogenem Pflichtgefühl, Lebenserfahrung, Menschenkenntnis und Wissen, wie es in dem verabschiedeten Teile des deutschen Offizierkorps aufgespeichert ist, brach liegen zu lassen."

Vor allem trifft natürlich dieser Vorwurf die eigene Partei der „Kreuzztg.", die Konservativen. Sie haben stets am liederlichsten und frivolsten mit dem Gelde der Steuerzahler gewirtschaftet. —

Die Wertzuwachssteuer in Hamburg.

Die Hamburgische Bürgerschaft beschloß Mittwoch abend über eine Senatsvorlage betreffend Einführung einer Wertzuwachssteuer. Eine solche Steuer besteht zwar in Hamburg schon in der Form einer allgemeinen Besteuerung der Konjunkturgewinne in der Einkommensteuer. Da aber das Einkommen des einen Jahres erst im nächsten versteuert wird, so haben in zahlreichen Fällen Steuerpflichtige, die große Veräußerungsgewinne erzielt hatten, sich der Steuerpflicht entzogen, indem sie vorübergehend Hamburg verließen oder die Staatsangehörigkeit wechselten, wenn sie auch in Preußen einen Wohnsitz hatten. Um dem für die Zukunft vorzubeugen, hebt das neue Gesetz die Veräußerungsgewinne für Grundstücke aus der allgemeinen Einkommensteuer heraus und belegt sie mit einer Wertzuwachssteuer als Realsteuer für den einzelnen Fall. Dadurch können auch solche Veräußerungsgewinne mit von der Steuerpflicht erfaßt werden, die von nicht in Hamburg wohnenden Veräußerern Hamburger Grundstücke gemacht worden. Die Steuersätze sind progressiv nach der absoluten und nach der proportionellen Höhe des Gewinnes, sowie nach der Dauer des Besitzes abgestuft, und zwar von 3/4 Proz. bis 12 1/2 Proz. Die Hausagrarier haben zahlreiche Abmilderungsanträge gestellt. Die Vorlage wurde jedoch nach sechsstündiger Beratung mit geringen, ganz unwesentlichen Aenderungen vorläufig angenommen mit einer Geltungsdauer bis zum 31. Dezember 1911. Bis dahin soll auf Grund der gemachten Erfahrungen eine Revision des Gesetzes erfolgen. —

Aus unserer wertvollsten Kolonie

Die vor einigen Monaten gemeldete Eingeborenenbewegung in den zentral-ostafrikanischen Landschaften Turu und Iraku ist, wie Wolffs Telegraphenbureau meldet, nach soeben an amtlicher Stelle eingetroffenen Nachrichten ohne weitere Störungen zum Abschluß gelangt. Die Ruhe ist überall wieder hergestellt. Der Demonstrationszug des Hauptmanns Charisius durch Turu ist bis auf wenige Schüsse einer Patrouille vollständig friedlich verlaufen. Die Anstifter der Bewegung sind sämtlich verhaftet, der Akide Mausa zum Tode verurteilt. Der genannte Truppenführer ist nach Aruscha zurückgekehrt, wo die Expedition aufgelöst wurde. Eine Abteilung Askari unter Oberleutnant von Trotha wird noch kurze Zeit in den beruhigten Landschaften verbleiben. Es ist dann beabsichtigt, daselbst einen ständigen Militärposten einzurichten.

Der Zensor als politischer Richter.

Die preußische Zensur hat wieder einmal eine Leistung vollbracht, die angenagelt zu werden verdient.

Dieser Tage hat das preußische Oberverwaltungsgericht ein Zensurverbot bestätigt, das die politische Tendenz des fraglichen Stückes als anstößig bezeichnete.

Für einen deutsch-hannoverschen Festkommers beim Gastwirt Blohm in Grünbeich war die Aufführung des Theaterstückes „Die Fahne des Herrn Kommerzienrats" geplant. Die Aufführung des Stückes, das im Sinne der deutsch-hannöverschen (welfischen) Bestrebungen gehalten ist, wurde vom Landrat in York verboten. Der Regierungspräsident in Stade verwarf die hiergegen gerichtete Beschwerde des Festkomitees (Hofbesitzer Semmelhack und 6 Genossen) und der Oberpräsident der Provinz Hannover wies die weitere Beschwerde ebenfalls ab. Darauf klagten die Veranstalter gegen den Oberpräsidenten. Das Oberverwaltungsgericht wies die Klage ab und führte u. a. aus: Es handele sich um ein ausgesprochenes Tendenzstück, das sich zwar zunächst auf Braunschweigische Verhältnisse beziehe, aber nach seiner ganzen Absicht als vom hannoverschen Standpunkt ausgehend angesehen werden müsse. Es enthalte eine Verherrlichung des Welfenhauses und eine Verunglimpfung der Hohenzollern. Als treu würden die Anhänger des alten Zustandes bezeichnet und die anderen würden als solche Menschen hingestellt, die ihren Fürsten (den Welfen) verrieten und verkauften. Die Bestrebungen der Welfenpartei würden empfohlen. Die neuen Verhältnisse sollen nach dem Stück auf Lüge und Verrat beruhen. Gegen Bismarck werde die Anklage erhoben, er habe Deutschland zerrissen und 12 Millionen Deutsche den Slaven überliefert. Im Zusammenhang mit dem Ort und Zweck der Aufführung würde diese nur als grobe Beleidigung des vaterländischen Gefühls angesehen werden können. Derartige Aufführungen zu verbieten, sei das Recht und die Pflicht der Polizei.

Ist nicht die in der Institution der Zensur selbst liegende Unfreiheit eine „gröbliche Beleidigung des vaterländischen Gefühls"? —

„Charakterlose Menschen".

Auf der Generalversammlung des Evangelischen Bundes, der gegenwärtig in Braunschweig tagt, hat der Bundesdirektor, Abgeordneter Everling, eine heftige Rede gegen den Ultramontanismus und das Zentrum gehalten. Er sagte u. a.: „Nun versucht man es auch mit einer Spaltung des evangelischen Volksteils nach dem Rezept: Hinaus aus dem Turm des Zentrums und hinein mit den Zentrumsgedanken in die protestantische Wählerschaft! Man rechnet, leider nicht mit Unrecht, auf charakterlose protestantische Gesellen, die es nicht verschmähen, als Schleppenträger des Ultramontanismus in die Parlamente einzuziehen."

Man darf begierig sein, was der Abgeordnete Behrens zu diesen Ausführungen sagt. Er ist als christlichsozialer Abgeordneter von Wetzlar-Altenkirchen mit Hilfe des Zentrums gewählt worden und versteht sich in seiner Tätigkeit als christlicher Gewerkschaftsführer vortrefflich dazu, dem Zentrum die Schleppe zu tragen. Er wird um so weniger unterlassen können, Herrn Everling zur Rechenschaft zu ziehen, als der Evangelische Bund durch ein Mitglied im Ausschuß des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine vertreten ist und Herr Behrens auch in dieser Organisation eine große Rolle spielt. —

Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben!

Die Volksschulkommission der Zweiten württembergischen Kammer ist gestern nachmittag zur Beratung der Volksschulnovelle zusammengetreten. Der sozialdemokratische Antrag auf Streichung des Religionsunterrichts in der Volksschule wurde mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Ebenso wurde der Antrag der Volkspartei, die Erteilung des Religionsunterrichts

auf die Geistlichkeit zu beschränken und die Lehrer davon zu befreien, gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Der Bundesrat hat sich mit der Ueberweisung der Entwürfe eines Gesetzes betreffend Aenderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, einer Strafprozeßordnung und eines zu beiden Gesetzen gehörenden Einführungsgesetzes an die zuständigen Ausschüsse einverstanden erklärt.

Ungarn.

Der Wahlrechtskampf.

Budapest, 8. Oktober. Es verlautet, daß entgegen einigen Blättermeldungen die Vorsanktion zur Wahlreform noch nicht erteilt ist.

Die Polizei verbot die für heute abend einberufenen 20 Arbeiterversammlungen gegen die Wahlvorlage der Regierung. Die sozialdemokratische Partei kündigt jedoch an, daß sie die Versammlungen trotzdem unter allen Umständen abhalten werde.

England.

Die Arbeitslosen.

London, 8. Oktober. (Eig. Ber.) Die Vertreter der Arbeiterpartei, Sozialdemokratischen Partei und Unabhängigen Arbeiterpartei erlassen folgendes Manifest: „Die Arbeitslosigkeit ist noch im Wachsen begriffen. Keine Arbeiterkategorie ist von ihr ausgenommen. Die amtliche Statistik zeigt, daß im September beinahe 9 Proz. der qualifizierten Arbeiter des Landes ohne Beschäftigung waren. Obgleich diese Zahlen den Ernst der Lage zeigen so enthüllen sie doch nicht alle Tatsachen, da sie die größere Masse der leidenden Männer und Frauen — der unorganisierten und unqualifizierten Arbeiter — nicht einschließen. Weder Staat noch Gemeinden ergreifen irgendwelche wirkungsvolle Maßregeln, die der verzweifelten Sachlage abhelfen könnten. Ihre Politik ist die des Abwartens. Unter diesen Umständen, fährt das Manifest fort, sei es nötig, daß die Arbeiter zusammen vorgehen und von ihren Abgeordneten verlangen, daß sie bei der Eröffnung der parlamentarischen Herbsttagung den Antrag stellen, das Arbeitslosengesetz vom Jahre 1905 zu verbessern und dem Staate die Pflicht auferlegen, den Arbeitswilligen Beschäftigung zu geben. Die Arbeiter sollen sich stets vor Augen halten, daß die Regierung nur denjenigen hilft, die sich selbst helfen wollen. Das Stillschweigen der Arbeitslosen ist gleichbedeutend mit der Vernachlässigung ihrer Bedürfnisse.

Ein zweites Manifest an die Gewerkschaftskartelle und Arbeiterorganisationen fordert diese auf, keine Minute zu verlieren und sofort in eine Arbeitslosenagitation einzutreten. Am 11. Oktober, am Vorabend des Zusammentritts des Parlaments, sollen große Arbeitslosen-Demonstrationen veranstaltet werden. Die Demonstrationen sollen vor den Kirchen und anderen Bethäusern stattfinden.

Die Manifeste machen noch darauf aufmerksam, daß die Lokalregierungsbehörde (John Burns) nicht das geringste Hilfsmittel bieten oder versprechen könne, sondern einfach erkläre, alles sei in bester Ordnung. —

Etwa 500 Familienväter aus dem Arbeiterstande begaben sich gestern zu dem Richter Plowden in Marylebow (West-London) und klagten ihm ihre Not, sie seien arbeitslos und können trotz aller Anstrengungen keine Beschäftigung finden. Sie seien deshalb nicht imstande, die Wohnungsmiete zu zahlen und befinden sich in der Gefahr, exmittiert zu werden. Sie ersuchten den Richter, der in ganz London wegen seiner Humanität bekannt sei, bei den Verhandlungen über etwaige Exmissionsbefehle die unverschuldete Arbeitslosigkeit der Mieter in Rücksicht zu nehmen.

Plowden versprach alles zu tun, was in seiner Macht stehe, die Schärfe des Gesetzes zu mildern. —

Schweden.

Ein Jahr Zuchthaus für Leo Tolstoi.

Leo Tolstoi kann von Glück sagen, daß er nicht unter der schwedischen Justiz lebt, denn sonst könnte er jetzt ins Zuchthaus wandern und seine bürgerliche Ehre wäre ihm auch aberkannt. Nun sitzt der „Verbrecher" aber unangetastet in Rußland, unerreichbar für die schwedischen Richter, und ein anderer, ein „freier" Schwede, der eigentlich nur sein Mitschuldiger ist, muß für ihn büßen. Der schwedische Jungsozialist Birger Swahn ist am Dienstag von Stockholms Rathausgericht, weil er als verantwortlicher Herausgeber ein Flugblatt: „Erst denken — dann handeln" gezeichnet hatte, zu einem Jahre Strafarbeit verurteilt worden und damit auch für ein weiteres Jahr zum Verlust seiner bürgerlichen Ehrenrechte. Die „Preßfreiheitsjury" hatte die Schrift für verbrecherisch erklärt auf Grund des Strafgesetzparagraphen, der von Landesverrat, gewaltsamem Umsturz der Verfassung usw. handelt und nebenbei auch den mit Strafarbeit bis zu sechs Jahren bedroht, der „Kriegsleute verleitet, zum Feinde überzugehen, oder zu Aufruhr oder anderer Treulosigkeit". Das Rathausgericht, das hiernach die Strafe zu bemessen hatte, hielt das „Verbrechen" für so schlimm, daß es das angeführte fürchterliche Urteil fällte.

Die „verbrecherische" Schrift aber ist verfaßt von Leo Tolstoi, und der schwedischen Uebersetzung sind einzig und allein die Worte angefügt: „Kamerad, gedenke deiner Pflicht gegen deine kämpfenden Klassengenossen!" Die Schrift erschien in französischer Uebersetzung im Jahre 1902 in „L'Aurore", der Zeitung des jetzigen französischen Ministerpräsidenten Clemenceau, und aus diesem Blatte übernahm sie „Brand", das Organ des sozialistischen Jugendverbandes in Schweden, und druckte sie in schwedischer Uebersetzung ab. Dies geschah noch im selben Jahre, also 1902, und damals fand die schwedische Justiz keinerlei Grund, dagegen einzuschreiten. Es blieb also sechs Jahre später dem Ministerium Lindmann und seinem Justizminister Petersson vorbehalten, dafür zu sorgen, daß Tolstoi in Schweden, dem „Stammsitz der Freiheit im Nord", wie es in einem schönen Vaterlandsliede genannt wird, zum Verbrecher gestempelt wurde. Uebrigens war Birger Swahn auch zu § 75 Kronen Geldbuße verurteilt, weil er im Juni dieses Jahres das Königsgeleite ausgepfiffen haben soll. Da er die Buße nicht zahlte, hat ihn das Gericht gleichzeitig zu der Zusatzstrafe von fünf Tagen Strafarbeit verurteilt. —

Rußland.

Der Universitätsstreik.

Petersburg, 8. Oktober. Auf Grund eines Beschlusses einer gestern abgehaltenen Versammlung des aus Vertretern aller politischen Fraktionen und Landsmannschaften zusammengesetzten Studentenkomitees stellten heute die Studenten der Moskauer Universität den Besuch der Vorlesungen ein. Einen gleichen Beschluß faßten die Studenten der Moskauer technischen Hochschule, des Kiewschen Polytechnikums und der Jurejewschen Universität. —

Die Beschlüsse der Regierung.

Petersburg, 8. Oktober. Im „Regierungsanzeiger" erschien eine Bekanntmachung aus Anlaß der Streikerklärungen an den Hochschulen, welche die Umstände des Streiks ausführlich schildert und folgende Beschlüsse des Ministerrats aufführt: 1. die Professoren der streikenden Hochschulen aufzufordern, die Vorlesungen fortzusetzen, 2. falls letzteres physisch verhindert werden sollte, die Universitätsräte der betreffenden Hochschulen aufzufordern, alle eigenen Maßnahmen zur Wiederaufnahme der Vorlesungen anzuwenden, 3. im Falle die eigenen Maßnahmen erfolglos bleiben sollten, die Universitätsräte aufzufordern, sich an die Zivilbehörden zu wenden, 4. den Stadthauptmann von Petersburg und alle höchsten Obrigkeiten der Universitätsstädte aufzufordern, keine polizeilichen Maßnahmen gegen die streikenden Studenten zu ergreifen, so lange die Streiks nicht in Gewalttaten ausarten, im Falle von Willkür aber sofort gesetzliche Gegenmittel anzuwenden. —

Türkei.

Der Bandenkrieg in Mazedonien.

Frankfurt a. M., 8. Oktober. Wie die „Frankfurter Zeitung" aus Saloniki meldet, wurden in den Weinbergen bei Karlekoij im Bezirk Serres arbeitende Bulgaren von einer angeblich griechischen Bande überfallen. Drei Männer und ein Mädchen wurden getötet, ein Mann und zwei Frauen verwundet. —

Soziales.

Tatsächlicher Arbeitgeber.

Der Arbeiter K. beanspruchte durch Klage beim Gewerbegericht 48 M. Lohn von Herrn Bachwald, den er als seinen Arbeitgeber ansah. Bachwald bestritt seine Verpflichtung und meinte, K. solle die Firma Elisabeth Telschow verklagen, denn diese sei die Inhaberin des Automatenvariétés, bei dem Kläger beschäftigt war. In der Verhandlung vor der Kammer 6 wurde nun festgestellt, daß Bachwald insofern an dem Betriebe interessiert war, als er 3000 M. für ein großes Unionspiel gegeben hatte, das dort aufgestellt war. Er ging auch hin, um zu sehen, wie das Geschäft gehe. Seine Frau sagte aus, sie hätten noch Geld zu verlangen gehabt. Seitdem aber der Kläger das Geschäft versah — vorher tat das ihr Sohn —, sei immer weniger eingekommen, so daß sie zu dem jungen Mann gesagt habe, wenn er kein Geschäft mache, sollte er doch lieber die Schlüssel bei Telschow abgeben. Auch der Beklagte hat sich in die Betriebsangelegenheiten gemischt. Zum Beispiel hat er sich über das Aussehen des Klägers aufgehalten und verlangt, daß er sich doch wenigstens die Stiefel putzen solle. Der Kassierer bekundete, daß von den Einnahmen des Geschäfts der Lohn abgezogen und dann der Rest in zwei Teile geteilt worden war, wovon einen Telschow, den anderen Bachwald erhielt. Solange der Sohn des Beklagten im Geschäft war, habe er sowohl Telschow als auch seinen Vater vertreten.

Das Gericht, unter Vorsitz des Magistratsassessors Liebrecht, verurteilte den Beklagten zur Zahlung des Lohnes an K. Auf Grund der obigen Bekundigungen sei das Gericht zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Beklagte ebenso wie Frau Telschow Arbeitgeber des Klägers gewesen sei. Offensichtlich habe er sich auch dem Kläger gegenüber als Mitinhaber geriert. Auf die Firmierung E. Telschow — führte das Urteil mit Recht aus — komme es nicht an, sondern auf den tatsächlichen Zustand. Somit hafte auch der Beklagte für den Lohn.

Vom Bureaukratismus einer sächsischen Krankenhausverwaltung.

Das siebenjährige Söhnchen eines Zuschneiders in Lößnitz im sächsischen Erzgebirge war schwer an Diphtheritis erkrankt. Der zu Rate gezogene Lößnitzer Arzt erklärte, daß nur der Luftröhrenschnitt Rettung bringen könne, und gab den Rat, das Kind in eine Heilanstalt in Aue im Erzgebirge zu bringen, wo die Operation erfolgen sollte. Die Privatheilanstalt nahm das Kind wegen der Ansteckungsgefahr nicht auf und verwies die Eltern nach dem städtischen Krankenhause von Aue unter der ausdrücklichen Versicherung, daß die Privatanstalt für die Aufnahme des Kindes sorgen werde. Die Eltern wandten sich an das städtische Krankenhaus, dessen Verwalter nicht anwesend war. Von einem Mädchen wurde die Aufnahme des todkranken Kindes mit der Motivierung, daß erst ein Aufnahmeschein beigebracht werden müsse, abgelehnt. Der einige Zeit darauf zurückkehrende Verwalter tat dasselbe und fügte hinzu, daß die Aufnahme erst erfolgen könne, wenn eine Bescheinigung über die Zahlungsfähigkeit der Eltern beigebracht würde. Ein hinzukommender Herr erbot sich, 20 Mark Vorschuß zu hinterlegen. Das nutzte aber nichts, der städtische Krankenhausverwalter blieb bei seinem Verlangen. Darauf wurde ein anderer Arzt aufgesucht, der auch sofort versprach, für Aufnahme des Kindes ins Krankenhaus sorgen zu wollen. Es war aber zu spät, denn das Kind war im Hausflur, wo es mittlerweile untergebracht worden war, gestorben. Das Kind hätte vielleicht gerettet werden können, wenn nicht der Bureaukratismus die armen Eltern zwang, stundenlang umherzulaufen. Wird die bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit der Stadt Aue dem engherzigen Walten des Bureaukratismus im städtischen Krankenhaus ein Ende bereiten? Und wird die Staatsanwaltschaft gegen die an dem frühzeitigen Tode des Kindes Schuldigen Anklage erheben? Ein energisches Vorgehen wäre am Platze, zumal solche Mißstände keineswegs allein in Aue herrschen.

Gewerkschaftliches.

Sicherung des Koalitionsrechtes.

Die Beisitzer des Kaufmannsgerichts München haben den Antrag gestellt, beim Reichstag und beim Bundesrat folgende Ergänzung zur Gewerbeordnung zu beantragen:

„Den Kaufleuten ist untersagt, Angestellte durch Verabredungen, schwarze Listen oder Einrichtungen anderer Art wegen ihrer Zugehörigkeit zu Vereinigungen um ihre Stellung zu bringen, oder sie aus diesen Gründen an der Erlangung einer neuen Stellung zu hindern."

Ein ähnlicher Antrag wurde schon im Jahre 1907 vom Kaufmannsgericht Berlin an das Reichsamt des Innern gerichtet. Die Antragsteller hoffen damit zu erreichen, daß die durch korporative Vereinbarungen hervorgerufenen Entlassungen von Handlungsgehilfen, die einen Berufsverein angehören, unmöglich gemacht werden. Durch den jüngsten Beschluß des Verbandes der Bayerischen Metallindustriellen sei diese Gesetzesergänzung ein dringendes Bedürfnis geworden, wenn nicht der § 152 der Reichsgewerbeordnung rechtsunwirksam werden soll.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Fensterputzer bei der Firma Arnheim ist mit einem vollen Erfolg für die Arbeiter beendet.

Achtung, Buchbinder und Kontobucharbeiter!

Der Werkführer Mertens, Skalitzer Straße 5 v. III, sucht in der „Volkszeitung" unter E. Y. 2904, Annoncenexpedition Rudolf Mosse: „Junge Leute" aus der Buchbinderbranche nach Stockholm. — In Stockholm stehen die Buchbinder in einer Lohnbewegung und beabsichtigen die dortigen Unternehmer eine Generalaussperrung über ganz Schweden. Herr Mertens — vor einem halben Jahre noch Werkführer in einer Albumfabrik in Berlin — sucht vornehmlich ältere verheiratete Buchbinder mit einem Wochenlohn von 20 bis 22 Kronen zu engagieren, in der Absicht, während der Aussperrung willige gefügsame Streikbrecher zu erhalten. Die Uebersiedelung mit Familie soll sofort erfolgen.

Falle niemand den kämpfenden schwedischen Kollegen in den Rücken!

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Buchbinderverbandes.

Achtung, Schneider und Schneiderinnen!

Wegen Nichtbewilligung einer geforderten Lohnerhöhung haben die Damenschneider bei dem Zwischenmeister Grünbaum, im Hause H. Gerson, Oberwallstr. 14—16, die Arbeit niedergelegt. Wir verhängen infolgedessen über genannte Firma die Sperre.

Verband der Schneider und Schneiderinnen, Filiale Berlin I.
Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Die Gelben haben kein Glück.

Nicht einmal in der Residenz ihres fürstlichen Wohltäters Pleß. In der Stadtbrauerei zu Waldenburg lief am 1. Juli ein zwischen der Firma und dem Brauereiarbeiterverbande vereinbarter Lohntarif ab. Das Personal legte einen neuen Entwurf vor, der einige Verbesserungen enthielt. Die Betriebsleitung wollte aber von Verhandlungen mit der Organisation nichts wissen und rief den reichstreuen Sekretär Ermert zu Hilfe. Der kam auch bereitwilligst, um dem roten Brauerverbande den Kragen umzudrehen und seine gelben Brüder in der Brauerei zu placieren. Die Verhändler wurden ausgesperrt, worauf Partei und Gewerkschaftskartell den Boykott über die Stadtbrauerei verhängten. Derselbe wirkte derart, daß die Firma ihre gelben Helfer wieder abschüttelte und am 1. Oktober mit ihren Arbeitern Frieden schloß. Der neue Tarif enthält die ausdrückliche Anerkennung der Organisation und die Erhöhung des Wochenlohnes um 2 Mark. Nach dieser Probe dürfte es die Brauherren nach reichstreuer Hilfe nicht bald wieder gelüsten.

Zur Lohnbewegung der Buchbindergehilfen in Karlsruhe.

Eine öffentliche Versammlung der Gehilfen nahm Stellung zu der Haltung der Innung gegenüber dem eingereichten neuen Lohntarif. Es gelangte nach erregter Aussprache folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem ablehnenden Verhalten des größten Teils der hiesigen Prinzipale gegenüber unserer Tarifvorlage. Die Versammlung beschließt, daß überall da, wo bis Sonnabend, den 10. Oktober, der Tarif nicht anerkannt ist, die Kündigung einzureichen und mit allen den Gehilfen zu Gebote stehenden Mitteln für die Durchführung der bereits von einer Anzahl Prinzipalen anerkannten Forderungen einzutreten."

Der Streik in der Damen-Maßschneiderei zu München ist durch namhafte Zugeständnisse der Arbeitgeber beendet.

Ausland.

Die gewerkschaftliche Organisation in der Schweiz.

Der Gewerkschaftsbund hat mit Hilfe des schweizerischen Arbeitersekretariats eine vollständige Statistik über die Organisationen aufgestellt, in denen nur die christlichen Gewerkschaften, die keine genügenden Angaben publizierten nicht mitgerechnet sind. U. a. hat er auf Grund der Zahlen der Betriebszählung von 1905 und der Daten der Organisationen selber vom 31. Dezember 1907 eine Berechnung darüber angestellt, wie sich das Verhältnis der Organisationsfähigen in den einzelnen Gewerbsgruppen zu den tatsächlich Organisierten verhält. Es kamen demnach auf je 1000 organisationsfähige Arbeiter wirklich Organisierte:

Metallarbeiter	236	Hutmacher	284
Uhren- und Schmuckarbeiter	306	Lederarbeiter	76
Holzarbeiter	359	Coiffeure	109
Zimmerleute	163	Lebensmittelarbeiter	88
Steinarbeiter	240	Graphische Arbeiter	319
Maurer und Handlanger	88	Post- und Zollpersonal	573
Maler und Gipser	432	Straßenbahner	588
Textilarbeiter	58	Transportarbeiter	133
Schneider	90	Staats- und Gemeindearb.	351

Am besten organisiert sind demnach die Post- und Zollangestellten, sodann die Straßenbahner, die Maler und Gipser und die Staats- und Gemeindearbeiter, am schlechtesten die Schneider, die Lederarbeiter und die Textilarbeiter. Insgesamt sind von den 607 412 gewerblich tätigen und in den Angaben aufgenommenen Arbeitern der Schweiz nur 121 754 organisiert, also rund ein Fünftel. Unter den aufgeführten Arbeitern befinden sich 403 853 Männer und 203 559 Frauen; von ersteren sind 115 507, von letzteren 6184 organisiert. Ungenaue und ungenügende Daten ergaben die Nachfragen bei Telephon- und Telegraphenarbeitern, bei Heizern und Maschinisten. Ferner fehlen in der Tabelle noch die Handelsarbeiter, das Wirtschafts- und Hotelpersonal und einige Gruppen der Verkehrsarbeiter. Faßt man alle diese von der Gewerkschaftsbewegung bis jetzt noch nicht ergriffenen Elemente in die Zahl der Organisationsfähigen mit hinein, so erhält man 690 291 Organisationsfähige gegen 121 754 Organisierte — immer die christlichen Gewerkschaften ausgeschlossen — also noch weniger als ein Fünftel; nur 180 auf 1000.

Versammlungen.

Der Transportarbeiterverband hielt am Mittwoch eine öffentliche Versammlung für Hausdiener, Packer, Fahrstuhlführer usw. ab, die ebenso wie zwei frühere Versammlungen derselben Arbeiter sehr stark besucht war. Neben Mitgliedern des Transportarbeiterverbandes beteiligten sich an der Diskussion auch Anhänger gegnerischer Organisationen. Die letzte Versammlung endete mit der Annahme dieser Resolution:

„In Erwägung, daß die überaus traurige Lage der Handelshilfsarbeiter nur durch das geschlossene Zusammenhalten der Kollegen gebessert werden kann, erklärt sich die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Versammelten geloben, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß das Heer der Indifferenten immer kleiner werde, damit es ermöglicht werden kann, daß auch für die Unterdrückten im Handelsgewerbe menschenwürdige Verhältnisse geschaffen werden können. Die Versammelten verpflichten sich, entsprechend der Konzentration des Kapitals und des Zusammenschlusses der Unternehmer im Handelsgewerbe für eine ebenso große und starke Einheitsorganisation der Arbeiter im Handelsgewerbe zu wirken."

Zur Frage des Achtuhrladenschlusses nahm die Versammlung einstimmig und ohne Debatte folgende Resolution an:

„Die Versammlung protestiert mit aller Energie gegen die Beschlüsse der Gewerbedeputation und des Magistrats von Berlin, durch welche die offenen Verkaufsstellen der Tabak-, Konfitüren- und Blumengeschäfte von der Einführung des Achtuhrladenschlusses ausgeschlossen sein sollen. Da bei der Abstimmung sich alle Branchen für den Achtuhrladenschluß ausgesprochen haben, ersuchen die Versammelten die Stadtverordnetenversammlung, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß der Achtuhrladenschluß für alle Branchen zur Einführung gelangt."

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Feuersbrunst.

Straßburg i. E., 8. Oktober. (W. H.) In Hausen bei Colmar zerstörte gestern abend ein Großfeuer eine Anzahl Wohnhäuser, Scheunen und Stallungen, so daß über 15 Familien schwer geschädigt, zum Teil um ihre ganze Habe gebracht sind. Der Gesamtschaden beläuft sich auf etwa 150 000 M. Das Feuer soll auf Brandstiftung zurückzuführen sein.

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Der Nürnberger Parteitag in den Organisationen.

Am Mittwochabend erstatteten in einer Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Nürnberg-Altdorf die Delegierten ihren Bericht über den Parteitag. Die Versammlung war von etwa 300 bis 400 Personen besucht. Genosse Bohl gab einen Ueberblick über den Verlauf des Parteitages und verweilte hauptsächlich bei der Budgetfrage. Er verteidigte die Haltung der Süddeutschen und die Erklärung der 66. Die Budgetbewilligung sei kein Verstoß gegen Parteigrundsätze, sie sei diesmal notwendig gewesen im Hinblick auf die große Masse der Indifferenten, die wir noch gewinnen wollen und die eine Ablehnung des Etats nicht verstanden hätten.

Der zweite Referent, Genosse Eisner, ergänzte den Bericht und sprach hauptsächlich zu den Parteidiskussionen und den gegen ihn erhobenen Angriffen. Die vergiftende Polemik, die seit 1902 eingerissen sei, müsse verschwinden. Die Bewegung würde versteinern, mumifizieren, wenn nicht verschiedene Meinungen in ihr zur Geltung kommen könnten. Alle Diskussionen würden aber dadurch vergiftet, daß man nicht gegen Gründe kämpft, die ein anderer vorträgt, sondern gegen Gründe, von denen man wünscht, daß der andere sie habe. Ein weiterer vergiftender Zusatz sei der, daß man gegen Parteigenossen, mit denen man sich in einer sachlichen Meinungsverschiedenheit befindet, als erstes Wort in der Polemik erklärt: du gehörst nicht mehr zu uns, du bist kein Parteigenosse mehr, du lieferst uns an die bürgerliche Gesellschaft aus. Er betrachte es als einen der schwersten Verluste, daß die große Masse der Parteigenossen, die an solchen gehässigen Kämpfen Ekel empfindet, auch nicht mehr die Neigung hat, sachliche Diskussionen anzuhören. Ich habe in einer Versammlung die flüchtige Bemerkung gemacht, ob es nicht viel richtiger wäre, die Mittel, die für die Parteischule ausgegeben werden, zu einer Organisation der Bildungsbestrebungen zu verwenden, die sich unmittelbar an die große Masse wendet. Darauf hat man erwidert, ich hätte die Parteischule bekämpft, weil ich sie nicht will, weil ich den Marxismus nicht will. Davon, was mir am Herzen lag, hat man auf dem Parteitag nicht geredet, man hat lediglich ein Duell Eisner-Luxemburg, Eisner-Schulz oder Eisner-Grunwald daraus gemacht. So ist auch die Bildungsfrage unfruchtbar geblieben, höchstens, daß das Material durch das Auftreten einiger Parteischüler wertvoll bereichert wurde. Wir werben keine Mitglieder, wenn junge Leute, die eben von der Parteischule kommen, von alten verdienten Genossen, wie Robert Schmidt, mit Verachtung sprechen. Als Redner auf seinen angenommenen Antrag bezüglich der Agrarkommission zu sprechen kommt und dazu bemerkt, **wenn seine Berliner Freunde besser aufgepaßt hätten, wäre er wohl nicht dugenommen worden, er habe sich nun einmal deren Haß zugezogen,** wird aus der Versammlung der Zuruf gemacht: „Erzählen Sie doch etwas von Ihrem Ministeressen!“ — Er erwidert darauf, der Zwischenrufer scheine die „Tagespost“ nicht zu lesen, denn in ihr habe er, Redner, sein „Ministeressen“ selbst beschrieben und die Leser hätten ihre Freude daran gehabt. Als Redakteur ergreife er gerne jede Gelegenheit, Leute, gegen die er täglich polemisieren soll, persönlich kennen zu lernen. Er habe keinen Sinn dafür, daß man einen Minister für etwas Besonderes hält. Dieser sei nichts weiter als ein Beamter, ein Beauftragter des Parlaments. Man möge ihm eine Zeile nachweisen, die darauf hindeute, daß durch ein Ministeressen seine Auffassung beeinflußt worden sei. — Die Ursachen unserer Parteidiskussionen sucht Redner in den preußischen politischen Verhältnissen, die der mächtigen, opferfähigen preußischen Sozialdemokratie noch nicht den kleinsten Erfolg gegönnt haben; die gebändigte Kraft, die sich nicht nach außen entfalten könne, suche sich nun nach innen zu entfalten und gegen die eigenen Genossen Erfolge zu erzielen. Es sei nicht daran zu denken, daß Preußen auf friedlichem Wege in den Zukunftsstaat hineinwächst, deshalb ist jede Politik mit allen Mitteln in Preußen recht. Das nenne ich Radikalismus, aber die große preußische Partei hat diese Politik nicht zu treiben vermocht. Ich bestreite, daß der Süden revisionistisch und der Norden radikal ist. Es herrscht in Preußen eine tiefe Kluft zwischen der Politik der Tat und des Wortes. Ich mache den preußischen Genossen daraus keinen Vorwurf, daß jeder Versuch, Ernst zu machen, in den Massen nicht den erforderlichen Widerhall findet, und deshalb begreife ich auch, daß ihre Politik sich in Worten erschöpft. Wir müssen entschlossen sein, je nach den Umständen auch das äußerste zu wagen, wenn wir uns aber zu schwach fühlen, dürfen wir nichts anderes tun, als arbeiten, arbeiten und immer wieder arbeiten, und in dieser Arbeit wollen wir nicht durch überflüssige Parteidiskussionen gestört und beeinträchtigt werden.

In der Diskussion wiederholt Genosse Löwenstein seine schon früher kundgegebene Meinung, daß für die Zustimmung zum Budget nicht der geringste Grund vorlag. Es sei nicht wahr, daß durch die Ablehnung die Partei in ihrer Agitation behindert worden wäre. Gerade in der Zeit, wo regelmäßig das Budget verweigert wurde, habe die Partei die größten Erfolge erzielt. Wenn man annehme, daß die Fraktion im guten Glauben gehandelt, so müßten die Budgetbewilligungsfreunde doch, nachdem der Parteitag mit überwiegender Mehrheit eine andere Ansicht kundgegeben, jetzt diesen Parteibeschluß respektieren. Durch ihre Erklärung hätten sich die 66 in Widerspruch mit ihrem ganzen Verhalten vor dem Parteitage gesetzt, wo sie die Lübecker Resolution für sich reklamierten. Jetzt könnten sie sich nicht mehr dahinter verstecken, daß sie der Meinung waren, die Budgetabstimmung unterliege dem Urteil der Landesorganisation. Es wäre korrekt gewesen, wenn sie dies vorher erklärt hätten, dann wäre aber die Abstimmung noch ganz anders ausgefallen. War die Erklärung der 66 schon bedauerlich, so war die Erklärung des bayerischen Landesvorstandes geradezu verwerflich, da hierdurch die Fraktion in ihrem Widerstand gegen die Beschlüsse der Gesamtpartei noch mehr bestärkt worden sei. Das war um so verwerflicher, als der Landesvorstand wußte, daß die Fraktion bei der Budgetzustimmung keineswegs einig war. Abgesehen davon, daß zwei Mitglieder der Fraktion dem Finanzgesetz nicht zustimmten, scheinen auch sonstige Bedenken gegen die Zustimmung geherrscht zu haben, sonst hätte Vollmar **doch unmöglich mit der Niederlegung seiner Aemter drohen können.**

Genosse Müller bedauert den Zwist und erhebt den Vorwurf, man habe gewußt daß sich ein großer Skandal entwickeln werde, aber trotzdem für das Budget gestimmt. Eine Ablehnung hätte uns nicht den Schaden zufügen können, als es durch den durch die Zustimmung hervorgerufenen Zwist geschieht. Als er auf dem Parteitage Bebels Ausführungen gehört, habe er geglaubt, daß es noch zu einer Einigung kommen werde, aber bald habe er das Gefühl bekommen, daß führende Genossen auf dem Parteitage den Krakeel noch geschürt haben. Seit Eisner in der „Tagespost“ sei, sei der Krakeel zwischen Nord und Süd. Er unterschreibe nicht, was die „Leipziger Volksztg.“ und der „Vorwärts“ geschrieben haben, aber er müsse sagen, daß auch bei der „Tagespost“ große Fehler gemacht worden seien. Auch der Angriff auf den Genossen Süßheim scheine persönlicher Gehässigkeit zu entspringen.

Genosse Asberger spricht ebenfalls gegen die Budgetbewilligung und erklärt, auch bei der Ablehnung hätte man genau so erfolgreich agitieren können, wie vorher. Aber durch den Gegensatz, der jetzt zwischen Nord und Süd konstruiert werde, würden den Gewerkschaften, deren Sitze zumeist in Norddeutschland seien, Schwierigkeiten bereitet.

Nachdem auch noch ein weiterer Redner den Fall Süßheim angeschnitten, wird beschlossen, die Debatte hierüber zuzulassen. Süßheim ist in einer Notiz der „Tagespost“ angegriffen worden, weil er als Vertreter im Gerichtssaale die Vorstrafen eines Zeugen verlesen hat. Die „Tagespost“ hatte bemerkt, wenn er nicht so viel sozialpolitisches Verständnis besitze, daß dies ungehörig sei, so sollte er doch wenigstens die Ministerialentschließung kennen, die die Verlesung der Vorstrafen eingeschränkt wissen will. Mit diesem Fall hat sich die Preßkommission beschäftigt, wobei festgestellt wurde, daß die politischen Redakteure Eisner und Dr. Weill von dem Angriff keine Kenntnis hatten und daß die Notiz durch den Genossen Schlegel in die Zeitung gebracht wurde, auf dessen Veranlassung jene Ministerialentschließung erlassen wurde. Im dritten Wahlkreise, den Süßheim vertritt, hat sich auch eine Vertrauensmännersitzung mit dem Fall befaßt und eine Tadelsresolution gegen die Redaktion angenommen. Die Redaktion beschwert sich, daß sie zu dieser Sitzung nicht eingeladen worden sei. Die weitere Diskussion erstreckt sich lediglich auf diesen Fall. Nachdem Eisner, Süßheim und andere das Wort ergriffen und es inzwischen ½1 Uhr geworden ist, wird die Versammlung abgebrochen. Sie wird am nächsten Freitag fortgesetzt. Auf der Rednerliste stehen 22 Redner.

* * *

Die Frankfurter Parteigenossen setzten am Dienstagabend die Diskussion fort.

Genosse Diehl, Zentralvorsitzender des Dachdeckerverbandes, sagte u. a.: In der Budgetfrage habe auf dem Parteitag die Majorität sachlich, die Minorität unsachlich debattiert. Die Süddeutschen hätten nach der Lübecker Resolution handeln, also gegen das Budget stimmen und dann an den Parteitag bezüglich einer Abänderung des Lübecker Beschlusses herantreten müssen. Die Resolution Frohme bedeute eine Verschleierung, eine Verkleisterung, es sei deshalb das beste, daß die Resolution des Parteivorstandes angenommen wurde. Die Beschlüsse des Parteitags müßten auch von den Parlamentariern eingehalten werden. Es sei unbegreiflich, daß einzelne Gewerkschaftsführer in dieser Frage eine andere Meinung einnehmen. Die Auslegung der Erklärung der 66 durch die Süddeutschen sei ein Unding, diese Erklärung sei doch kein Beschluß.

Gegen die Vorstandsresolution und für die Erklärung der 66 sprachen die Genossen Gewerkschaftsbeamter Plette und Arbeitersekretär Heiden, gegen die Budgetbewilligung in scharfer Weise Genosse Redakteur Wendel. Genosse Diener erklärte, auf beiden Seiten sei über das Ziel hinausgeschossen worden. Den Beschlüssen des Parteitages müßten sich alle Genossen fügen, andernfalls müßte mit denen, die gegen die Beschlüsse handeln, tabula rasa gemacht werden. Genosse Reinhard sprach gegen Budgetbewilligung, aber auch gegen Parlamentarismus. Im Schlußwort sagte Genosse Quarck, daß die Diskussion volle Einigkeit in einer Beziehung gegeben habe: in der Regel haben wir dem Klassenstaat das Budget zu verweigern. Die Gesamtpartei habe sich zur Erkenntnis entwickelt, daß sich revolutionäre Klassenbewegung und Reformpolitik gegenseitig nicht ausschließen, sondern sich ergänzen.

Dann wird gegen wenige Stimmen die Resolution Dittmann, wonach sich die Parteiversammlung mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden erklärt, angenommen.

* * *

Der Parteiverein für Hamburg II hat in zwei zahlreich besuchten Versammlungen verhandelt. Gegen acht Stimmen wurde die schon mitgeteilte Resolution angenommen, die sich mit den Beschlüssen, insbesondere mit der Resolution in der Budgetfrage einverstanden erklärt und die Erwartung ausspricht, daß alle Parteigenossen der obersten Instanz Rechnung tragen werden.

* * *

Im dritten Hamburger Wahlkreise haben in den letzten Tagen abermals mehrere Distriktsversammlungen stattgefunden, die — abgesehen von einem Landorte, wo nur eine Aussprache erfolgte — ihr Einverständnis mit den Parteitagsbeschlüssen ausdrückende Resolutionen annahmen.

* * *

In Dresden-Neustadt wurde am Mittwoch die am Sonnabend vertagte Parteiversammlung fortgesetzt. In der Diskussion traten abermals zwei Redner auf, die gegen die Vorstandsresolution sprachen. Es zeigte sich jedoch, daß sie und ihre Vorgänger in der ersten Versammlung nicht die Meinung der großen Mehrheit der Genossen des Kreises zum Ausdruck brachten. Denn schließlich wurde gegen sechs Stimmen folgende Resolution angenommen:

„Die Parteiversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den vierten sächsischen Reichstagswahlkreis erklärt sich mit allen Beschlüssen des Nürnberger Parteitages einverstanden und erwartet von den Parteigenossen so viel demokratisches Gefühl, daß die gefaßten Beschlüsse strikte befolgt werden.“

* * *

Zwei starkbesuchte Parteiversammlungen in Gotha beschäftigten sich eingehend mit den Beschlüssen des Parteitages. In beiden Versammlungen fand die nachstehende Resolution des Genossen Bock einstimmige Annahme:

„Die heutige starkbesuchte Parteiversammlung stimmt den Parteitagsbeschlüssen in Nürnberg rückhaltlos zu. Dieselbe erblickt in dem Parteitag die höchste Instanz der Partei, welche nicht nur das Programm, sondern auch die Richtlinien der Taktik festzulegen hat. Jeder Genosse hat sich der freiwillig gewählten

Kleines Feuilleton.

Die Zukunft des Berliner Opernhauses. Wilhelm II. will ein neues Opernhaus. Fühler werden ausgestreckt, Versuchsballons aufgelassen. Kecke Vorschläge wagen sich an die Oeffentlichkeit, die die Rechte und Pflichten des Staates kaiserlichen Privatwünschen unterordnen. Die Stadt Berlin wird dabei als die untertänigste Residenzstadt behandelt, die noch von Gnade sprechen darf, wenn sie zur Ausführung dieser Pläne Geld, Fügsamkeit und Maulhalten beizusteuern hat. Daß die Stadt, die nach nicht dementierten Nachrichten sieben von den erforderlichen 15 Millionen für den Neubau der Oper am Königsplatz tragen soll, dafür irgend welche Rechte der Mitbestimmung bekäme — daran denkt von den Stimmungsmachern des Absolutismus natürlich niemand. Die gute Stadt Berlin — so rechnen sie — wird sich schon fügen. Wie die Dinge sich ungefähr gestalten können, davon gibt Paul Schlesinger in der „Schaubühne“ eine bei aller notgedrungenen Satire durchaus wahrscheinliche Darstellung. Der Verfasser stellt sich die Zukunft des Berliner Opernhauses so vor:

„Ihne oder Genzmer macht einen Plan, der lediglich dem königlichen Bauherrn zur Korrektur vorliegt. Stadt und Staat bekommen die Erlaubnis, zu bewilligen. Berlin stellte man als Gegenwert das alte Opernhaus und — Konzessionen in der Straßenbahnangelegenheit in Aussicht. Möglich, daß wir Berliner ein neues städtisches Repräsentationshaus brauchen: in anderen Städten erwarten bürgerliche Behörden ihre fürstlichen Gäste im Rathaus. Die finanzielle Lage Berlins ist sehr prekär, und Herr Steiniger, der sparsame Stadtkämmerer, wird sich kaum darum reißen, die sieben Millionen für repräsentative Zwecke bereit zu stellen. Schlimmer noch ist es mit den „Konzessionen“ in der Straßenbahnangelegenheit. Die Leser werden fragen, was denn das Berliner Verkehrswesen mit dem Opernhaus zu tun habe. Nun das frage ich mich auch. Ginge bei uns alles mit rechten Dingen zu, so stünde dem Herzen der Regierung die Stadt Berlin näher als eine private Gesellschaft. Sind ihr diese beiden Faktoren gleich lieb, so mag das Recht entscheiden. Aber kleine Geschenke erhalten die Freundschaft. Als es Mode war, den Tiergarten durch Bildwerke zu ruinieren, stiftete die Straßenbahn die Jagdgruppen am Großen Stern, und die Regierung zögerte nicht, diese gute Gesinnung zu honorieren, als es sich um die Verlängerung der Konzession handelte. Die Straßenbahn würde sicher auch heute jedes Opfer bringen und keinen Augenblick zögern, das alte Opernhaus in einen Straßenbahnhof oder ein Fundbureau umzugestalten. Aber diesmal hat Berlin die Vorhand. Politische Rücksichten werden es sein, die Berlin veranlassen, zum erstenmal etwas für ein Theater zu tun. Dieselben politischen Rücksichten werden Berlin verhindern, an das Geschenk irgendwelche Bedingungen zu knüpfen. Und es ist zweifelhaft, ob die Herren vom Magistrat den Mut finden werden, wenigstens eine anständige Behandlung des Publikums seitens der Generalintendantur herauszudrücken.“

Wie die Untertanen, die das kgl. Opernhaus als gut zahlende Besucher belästigen, behandelt werden, davon gibt Schlesinger, der offenbar durch nichtpreußische Beispiele zu ganz vorschriftswidrigen Auffassungen gelangt ist, eine sehr hübsche Schilderung:

„In unserer Zeit, — schreibt er — da jedes geschäftliche Unternehmen bemüht ist, seinen Kunden den Einkauf nach Möglichkeit zu erleichtern, steht die höfische Behörde noch immer auf dem Standpunkt, daß die Erlaubnis zum Eintritt in das Opernhaus eine Art Gnadenbezeugung sei, die der erlangt, der die kräftigsten Beine — oder das meiste Geld hat. Schriftliche Vorausbestellungen, wie sie früher möglich waren, hat Herr von Hülsen abgeschafft. Also ist man gezwungen, in Wind und Wetter stundenlang vor der Opernhaustür zu warten. Natürlich unter so starker polizeilicher Bedeckung, daß durchreisende Westeuropäer glauben können, in Rußland zu sein und einem Transport von Sträflingen zu begegnen. Endlich öffnen sich die Pforten. Die Hoheit und Würde der Beamten läßt den Wunsch nach einem Billett mit Zittern über die Lippen kommen. Dabei kann selbst der, der als erster an den Schalter tritt, nicht sicher sein, den Platz zu bekommen, den er haben will. Rätselhafte „Verfügungen“ walten da, unkontrollierbar, unanfechtbar.

Gerade jetzt wieder sind die Opernhauspreise plötzlich, ohne jede Ankündigung, um fünfundzwanzig Prozent erhöht worden. Mit dem Preis von zehn Mark für den Parkettplatz, für drei und eine halbe Mark für den Galeriesitz ist die letzte Volkstümlichkeit abgestreift worden. Daß die musikalische Erziehung der Jugend einfach unmöglich wird, ist den Herren offenbar völlig gleichgültig. Es wird ein Rutsch nach oben stattfinden, basta. Vielleicht wird durch diese Erhöhung wirklich erreicht, daß der Zuschuß sich um Hunderttausende vermindert, indem nämlich der Opernfreund mit seinem Billett für „Tristan“ oder „Carmen“ „Sardanapal“ bezahlt.“

Wird trotz dieser Mißstände, trotz dieser gänzlichen Unfruchtbarkeit des königlichen Opernbetriebes in künstlerischer Hinsicht, trotz der völligen Ausschließung aller Minderbemittelten die Stadt Berlin den Mut haben, ihr gutes Geld hinzugeben, ohne fundamentale Abänderungen zu verlangen? Wir fürchten, der Verfasser des Alarmartikels hat nur zu sehr recht, wenn er schließt:

„Es wird alles so kommen, wie man es oben will. Die gepiesackten Berliner werden ihre Millionen hingeben, der preußische Staat ebenfalls. Niemand wird hieraus ein Recht für sich ableiten wollen . . .

Und es ist fast unerträglich zuzuschauen, wie eine Summe von fünfzehn Millionen ausgegeben wird, die Berlin um ein bauliches Monstrum vom Geiste der Herren Ihne und Genzmer bereichern sollen. . . . Es ist unerträglich — aber man wird ruhig zuschauen.“

Nur einer wird nicht ruhig zuschauen: die Sozialdemokratie. Im Interesse des Volkes, das auf alle Fälle die Zeche zu zahlen hat, im Interesse der Kunst, die zu bombastischen Luxuszwecken degradiert, im Interesse der Kultur, die verraten werden soll, wird sie ihre Stimme erheben. Sie wird das Bürgertum zwingen, sich offen als Schleppenträgerin des Absolutismis zu demaskieren — oder zu beweisen, daß es ihr ernst ist mit den großen Worten: Volk, Kunst, Kultur.

Humor und Satire.

— **Die Probe aufs Exempel.** In einer englischen Stadt hielt jüngst ein Anhänger der „Christlichen Wissenschaft“, ein Amerikaner, einen Vortrag, in dem er die Lehren seiner Sekte mit glühender Begeisterung predigte und von der Heilung alles Leids, auch des körperlichen, durch den Glauben, durch das Gebet und die Ueberredung sprach. Alle Anhänger dieses Glaubens fühlten sich gegen jede Krankheit und jede Schwäche gefeit. Da steht plötzlich mitten im Publikum eine Dame auf und sagt: „Ich möchte gern wissen, ob es hier im Saale eine Frau gibt, die Anhängerin der christlichen Wissenschaft ist und an das glaubt, was Sie sagen!“ Alles blickt erstaunt zu ihr hin und würdevoll erhebt sich eine andere Dame und antwortet ihr: „Ich, meine Dame, bin Gläubige der christlichen Wissenschaft, und ich habe allen Segen dieses Glaubens an mir selbst erfahren.“ Damit setzt sie sich wieder, sichtlich stolz auf den Erfolg. Aber die Dame, die zuerst gesprochen, steht noch einmal auf und sagt mit liebenswürdigem Lächeln zu ihr: „Das ist mir lieb, verehrte Dame, denn hier, wo ich sitze, herrscht ein schrecklicher Zug, bei dem ich mir den Schnupfen holen werde, und da Sie ja gegen jede Erkältung gefeit sind, so möchte ich Sie bitten, Ihren Platz mit mir zu tauschen.“ Es dauerte lange, ehe das Publikum sich von den Lachkrämpfen, in die es verfiel, einigermaßen erholt hatte. . . .

Notizen.

— **Theaterchronik.** Im Schiller-Theater O. wird Shaws Komödie „Ein Teufelskerl“ am Freitag zum ersten Male in Szene gehen.

— **Sizilien in Berlin.** Neben Grasso, der im „Gastspieltheater“ echt italienische Stücke, wie Sudermanns „Stein unter Steinen“, aufführt, wird Berlin demnächst noch eine zweite sizilianische Truppe bewundern können. Sie steht unter seiner früheren Primadonna und jetzigen Konkurrentin Mimi Aguglia und will am 15. Oktober ihr Gastspiel in „nur sizilianischen Dramen“ im Neuen Theater eröffnen.

— **Die Ausstellung belgischer Kunst** im Sezessionsgebäude wird von Freitag, den 9., an wegen der zeitig eintretenden Dunkelheit bereits um 6 Uhr abends geschlossen.

— **Der Titel „Zar“.** Man hat sich so daran gewöhnt, den Titel Zar als ein besonderes Attribut für den Herrscher aller Reußen anzusehen, daß seine Annahme durch Ferdinand von Bulgarien eine gewisse Verwunderung erregt. Dennoch hat der Fürst auf diese Bezeichnung ein mindestens ebenso gutes „Anrecht“ wie der russische Herrscher, denn es ist der bulgarische Fürst Symeon gewesen, der im Anfang des zehnten Jahrhunderts sich den Titel Zar beilegte, der dann mit der bulgarischen Krone verbunden blieb. Im übrigen tritt die Bezeichnung früh in allen slawischen Sprachen auf. Zuerst gaben die Slawen den Namen den byzantinischen Kaisern und nannten deren Hauptstadt Konstantinopel Zarigrad. In der slawischen Bibel ist das griechische Wort für König immer mit Zar übersetzt, während das Wort für Kaiser „Kesar“ lautet. Die Bezeichnung Zar, die ursprünglich ebenfalls aus dem lateinischen Caesar abgeleitet ist, ist also in ihrem Wert bereits ein wenig herabgedrückt.

Disziplin und diesen Beschlüssen unterzuordnen und für ihre Durchführung Sorge zu tragen."

* * *

Im Breslauer Sozialdemokratischen Verein wurde Mittwoch abend die Diskussion zu Ende geführt. Zum Schluß gelangte zunächst mit 98 gegen 92 Stimmen eine Resolution zur Annahme, die das Verhalten der süddeutschen Genossen, die sich den Parteitagsbeschlüssen nicht fügen wollen, als undemokratisch verurteilt. Durch eine zweite Resolution, die mit 108 gegen 84 Stimmen angenommen wurde, erklärte sich die Versammlung mit dem Verhalten des Breslauer Delegierten, der für die Resolution Frohme und gegen die des Parteivorstandes gestimmt hatte, einverstanden und sprach die Erwartung aus, daß bei beiderseitigem Entgegenkommen der süd- und norddeutschen Genossen eine einheitliche Wirksamkeit der Partei bald wieder hergestellt werden wird.

Die Minderheit wollte sich mit der Resolution des Parteivorstandes schlechthin einverstanden erklären.

* * *

Eine Versammlung der Hanauer Parteigenossen nahm nach Referaten von den Genossen Hoch und Dr. Wagner folgende Resolution an: „Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Nürnberger Parteitages einverstanden. Sie erwartet aber, daß die Partei für die strenge Beachtung aller Beschlüsse des Parteitages, also auch des Beschlusses über die Budgetbewilligung, sorgt."

Der französische Gewerkschaftskongreß.

Zweiter Tag.

Marseille, 6. Oktober. (Eig. Ber.)

Die Vormittagsitzung ist mit der Fortsetzung der Verhandlung über die Zulassung bestrittener Mandate ausgefüllt. Broutchoux (Vertreter der jungen Bergarbeitergewerkschaft, die an die Föderation der Schieferarbeiter angeschlossen ist) bemängelt, daß das Konföderationskomitee die Vertreter der Bergarbeiterföderation zugelassen habe, da diese erst am 4. August in die Konföderation aufgenommen worden sei, also der statutarisch vorgeschriebenen dreimonatlichen Zugehörigkeit ermangele. Er erklärt sich als Anhänger der Einigung der Bergarbeiter, will aber den Vertretern der Föderation auf dem Kongreß nur eine beratende Stimme gewähren. Der Konföderationssekretär Luquet entgegnet, daß die Bergarbeiter schon am 15. Juni — unter einer nachher erfüllten Bedingung — zugelassen worden seien, also das Recht auf Zulassung besitzen. Seine Auffassung findet die Zustimmung fast des ganzen Kongresses. Der Wunsch, die alten Streitigkeiten zu begraben, ist entscheidend.

Am Nachmittag wird die Debatte über die Berichte des Konföderationskomitees eröffnet und die Verhandlung wird sehr lebhaft, da Renard (Textilarbeiter) die Taktik des Komitees kritisiert und verlangt, daß dieses in Zukunft die Kameraden zur Vorsicht mahnen solle. Der mißglückte Generalstreik habe die Schwäche der Organisation gezeigt. Die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung hänge vom Uebergang zum System der hohen Beiträge ab. Auch seien numerisch starke Organisationen notwendig.

Eine Reihe von Rednern verteidigt die Haltung des Komitees. Dagegen erkennt Bajat (Marseille) an, daß die Organisation unzureichend sei. Man müsse etwas vom angelsächsischen Geist annehmen. Wir müssen uns eingestehen, daß wir in den Werkstätten nicht überall Sympathien für die Konföderation gefunden haben. Wir müssen die Macht der Zahl auf unsere Seite bringen.

Sergeant (Textilarbeiter) spricht heftig gegen die Leute, die die Gewerkschaften unter Vormundschaft (der politischen Partei) bringen wollen.

Mathieu (Erdarbeiter, Paris) versichert, daß seine Kameraden heute, nach der Schlächterei, kampflustiger seien als je zuvor. Die hohen Beiträge seien nicht alles. Er glaubt nicht, daß man die Revolution der Gesellschaft mit Eßlöffeln eingeben könne.

Pelissier (Textilarbeiter, Saint-Etienne) bezeichnet die Haltung der Textilarbeiterföderation als Einschläferungstaktik. Wie wenig sie wert sei, zeige der niedrige Stand der Löhne gerade in der Textilbranche.

Thomas (Bauarbeiter) erklärt, niemand habe daran gedacht, die Arbeiter in Draveil der Truppe entgegenzuführen. Die Arbeiter selbst haben an die Föderation appelliert. Mit Sammlungen allein war angesichts der Haltung der Unternehmer nichts getan. Schließlich sei auch der Streik erfolgreich beendet worden.

Latapie (Metallarbeiter) meint, man dürfe sich nicht mit revolutionären Beschlüssen begnügen, die man hinterher nicht einhalte. Wir waren in Villeneuve-St. Georges, aber es gibt Revolutionäre, die man dort nicht gesehen hat. Wir wollen nicht, daß man unsere Kameraden auf die Schlachtbank führt.

Luquet (Sekretär der Konföderation): Wir wollen keine sentimentalen Rücksichten in der Kritik. Aber hat Renard recht mit seiner Aufforderung, daß wir zur Vorsicht mahnen sollen? Die Arbeiter organisieren sich zur Verbesserung ihrer Lage und zur Umgestaltung der Gesellschaft, nicht zur Uebung von Vorsicht. Hätten wir die Rolle der Gendarmen spielen sollen? Renard ruft uns zu, unsere Kassen zu stärken. Aber was nützen uns diese, wenn wir keine Aktion führen? (Renard protestiert: Aber wir wollen doch die Kassen für die Aktion!) Die Tendenz, die Beiträge zu erhöhen, haben auch Organisationen, die durchaus revolutionär sind. Wir sind auch nicht gegen die Vergrößerung der Mitgliederzahl. Hat die Konföderation jemandem das Tor verschlossen? Auch wir wissen, daß die Aktion erfolgreich nur dann sein kann, wenn sie die Macht der Massen hinter sich hat. (Rufe: Dann sind wir ja einverstanden!) Sie wollen das Komitee für die Arbeiterschlächterei verantwortlich machen. Die Verantwortlichkeit ist aber auf Seite der Regierung und der Bourgeoisie. Sie wissen, daß manche von uns, z. B. Griffelhues, von der Kundgebung in Draveil abgeraten haben. Hätten wir das Solidaritätsbestreben der Arbeiter desavouieren sollen? Was Verbrechen, wie die in Vigneux begangenen, möglich macht, ist die Uneinigkeit der Arbeiter und die Neigung, die zu kritisieren, die die Aktion wollen. (Stürmischer Beifall bei der Majorität.)

Renard repliziert, wiederholt von den Anhängern des Komitees unterbrochen: Ich habe vom Komitee nicht verlangt, daß es in Zukunft eine Taktik vorschreibe, sondern nur, daß es zur Vorsicht mahne und die Kameraden davor warne, in die gestellte Falle zu gehen. Es gibt solche Situationen. Latapie und Griffelhues haben das erkannt. Es ist nicht nötig, daß nützliche Leute, die ihre Pflicht in den Organisationen erfüllen, einigen Narren ausgeliefert sind.

Diese Worte entfesseln einen wilden Tumult, in dem die Erklärung Renards, daß er die von der Regierung gegen die Arbeiterschaft ausgespielten Elemente gemeint habe, fast ungehört verhallt.

Ueber den ersten, allgemeinen Teil des Vorstandsberichts wird nach Mandaten abgestimmt. Er wird mit 947 Stimmen genehmigt. Die Gegner der Taktik des Komitees geben weiße Zettel ab, im ganzen 109. Ein Schluß auf das Stärkeverhältnis zwischen der syndikalistischen und der neutralistischen Richtung läßt sich indes aus dieser Abstimmung nicht ziehen.

Es beginnt nun eine interessante Debatte über den Teil des Berichts, der die internationalen Beziehungen behandelt. Eine Reihe von Rednern treten, zumeist mit wenig günstiger Beurteilung der internationalen Gewerkschaftskonferenzen, für deren Erweiterung zu Gewerkschaftskongressen mit Ausschluß der politischen Organisationen ein. Da die Verhandlung über diesen Punkt wegen der vorgerückten Zeit abgebrochen werden muß, werden wir morgen im Zusammenhang darüber berichten.

Aus der Partei.

Adressen der deutschen Arbeitersekretariate.

(Die mit einem * bezeichneten sind Sekretariate des Bergarbeiter-Verbandes.)

Zentral-Arbeitersekretariat, Berlin SO. 16, Engeufer 15. T.-A. IV. 4631.

Aachen*, Mauerstr. 46.
Altenburg (S.-A.), Frauenfelsstr. 41.
Aschaffenburg, Stiftsgasse 10.
Augsburg, Am Katzenstadl F 152 (Augustusbad).
Bant, Peterstr. 80.
Barmen, Marienstr. 22, I. I.
Bayreuth, Kulmbacherstr. 16 I.
Berlin SO. 16, Engeufer 15 I.
Bernburg, Roschwitzerstr. 26.
Bielefeld, Turnerstr. 45.
Bochum, Wiemelhauserstr. 40b.
Borna b. Leipzig, Markt 14 II.
Brandenburg a. H., Neustädtischer Markt 2.
Braunschweig, Schloßstr. 2.
Bremen, Faulenstr. 58/60.
Bremerhaven, Am Hafen 49.
Breslau, Nikolaistraße 18/19.
Bromberg, Jakobstr. 17.
Cassel, Wolfhagerstr. 5/7 I.
Castrop*, Ph. Hermes, Carlstr. 158a.
Chemnitz, Zwickauerstraße 152, T. Nr. 3356.
Coburg, Rosengasse 1.
Cöln a. Rh., Severinstr. 199/201 I.
Cottbus, Burgstr. 29.
Crefeld, Klosterstr. 43.
Darmstadt, Bismarckstr. 19.
Dessau, Askanischestr. 107.
Dortmund, Kielstr. 5 I.
Dresden, Ritzenbergstr. 2 III.
Düsseldorf, Kasernenstr. 67a.
Duisburg, Friedrich Wilhelmstr. 76.
Elberfeld, Roberstr. 8a.
Erfurt, Magdeburgerstr. 51 II.
Essen, Grabenstr. 67.
Forst i. L., Promenade 5.
Frankfurt a. M., Stoltzestr. 17 p.
Freiburg i. Br., Moltkestr. 80.
Fürth, Hirschenstr. 24.
Gelsenkirchen, Hochstr. 1.
Gera (Reuß), Alte Schloßgasse 11 I.
Gersdorf* (Bez. Chemnitz), Rob. Frauenstein.
Gladbeck*, Kolpingstr. 8.
Görlitz, Langenstr. 81 part.
Gotha, Erfurterstr. 2 (altes Gerichtsgebäude).
Guben, Schulstr. 7.
Halle a. S., Harz 42/43.
Hamburg I, Besenbinderhof 57 II.
Hamm i. W., Ritterstr. 43.
Hanau, Mühlenstr. 2.
Hannover, Münzstr. 5.
Harburg a. Elbe, Sand 1 I.
Heidelberg, Isegrimstr. 9.
Herford, Hemelingerstr. 5.
Hildesheim, Schuhstr. 4.
Hochheide*, Prinzstr. 95.
Hof i. Bayern, Marienstr. 79.
Iserlohn, Dickenturm 20.
Jena, Schloßgasse 19.
Karlsruhe, Kurven 19.
Kattowitz (O.-S.), Rathausstr. 12.
Kiel, Fährstr. 24, part. rechts.
Königsberg i. Pr., Vorderroßgarten 50, Hof I.
Kronach, Kirchenplatz 74.
Landeshut i. Schl., Gasthof „Zur Sonne", II.
Leipzig, Zeitzerstr. 32.
Luckenwalde, Karlstr. 56.
Lübeck, Johannisstr. 46, part.
Magdeburg, Gr. Münzstr. 8 I.
Mainz, Langgasse 13, Hinterh. II.
Mannheim, F. 4, 9.
Meißen, Poststr. 13, T.-Nr. 567.
Minden i. W., Kampstr. 39.
Mülhausen i. E., Runzstr. 28.
München 1, Holzstr. 24 II.
Neumünster, Mühlenhof 2.
Neu-Ruppin, Siechenstr. 1a II.
Nordhausen, Barfüßerstr. 12.
Nürnberg, Egydienplatz 22.
Oberhausen Rhl.*, Marktstr. 5.
Offenbach a. M., Austr. 9 II.
Offenburg i. Baden, Zähringerstr. 3.
Osnabrück, Klusstr. 11.
Pforzheim, östliche Karl Friedrichstraße 37.
Posen O., Fischerei 20.
Recklinghausen*, Hernerstr. 63.
Remscheid, Kirchhofstr. 1a.
Rostock, Doberanerstr. 6.
Siegen, Heerstr. 8 II.
Solingen, Cronenbergerstr. 80.
St. Johann a. d. Saar, Gerberstraße 24.
Stettin, Beutlerstr. 8 II.
Straßburg i. E., Regenbogengasse 4.
Stuttgart, Eßlingerstr. 17/19.
Thamm b. Senftenberg*, Eisenbahnstr. 7.
Vegesack, Langenstr. 52.
Waldenburg i. Schl., Friedländerstraße 28.
Wiesbaden, Wellritzstr. 41 II.
Worms, Mainzerstr. 19.
Würzburg, Obertürstr. 11.
Wunsiedel, Koppenertor 324.
Zeitz*, Nordstr. 4.
Zwickau*, Richardstr. 15.

Zum Fall Calwer schreibt die „Rheinische Zeitung" (Köln):

„Richard Calwer, dessen wirtschaftspolitische Anschauungen bekanntlich weit abgerückt sind von jenen Anschauungen, die nicht allein von dem Interesse der Arbeiterklasse diktiert, sondern auch wissenschaftlich tief begründet sind, läßt es bei diesen Seitensprüngen nicht bewenden. Ein Beschluß des Dresdner Parteitages, der für jeden Parteigenossen von Takt eigentlich überflüssig hätte sein sollen, verbietet die Mitarbeit an gegnerischen Blättern und Zeitschriften. Dessenungeachtet bringt Genosse Calwer es über sich, seine Gedanken über den Nürnberger Parteitag bei August Scherl abzulegen. Er veröffentlicht im „Tag" einen Artikel, auf dessen Inhalt einzugehen sich erübrigt. Der „Tag" nennt sich unparteiisch, er ist aber unparteiisch in dem üblen Sinne, wie alle übrigen bürgerlichen Organe dieses Genres, deren Unparteiischkeit vor der Sozialdemokratie stets Halt macht. Mit Recht schreibt unser Brandenburger Parteiblatt zu dem neuen Calwerschen Streich: „Die Tatsache, daß ein Schriftsteller und früherer Reichstagsabgeordneter, der, wenn wir nicht irren, noch immer als Sozialdemokrat gilt, es nicht mehr unter seiner Würde hält, an dem Scherlschen Zeitungsunternehmen mitzuarbeiten, schlägt doch nicht nur der Dresdener Resolution, sondern auch allem parteigenössischen Empfinden dermaßen ins Gesicht, daß ein bloßer Hinweis darauf genügt, die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen."

Das „Sächsische Volksblatt" (Zwickau) schreibt:

„Genosse Richard Calwer, der noch bei den letzten Wahlen in Braunschweig III (Holzminden-Gandersheim) kandidierte, hat sich bedauerlicherweise dazu verleiten lassen, im Scherlschen „Tag" über den Nürnberger Parteitag zu leitartikeln, an derselben Stelle, wo sonst die Zedlitz, Erzberger und Pachnicke mit ihrer politischen Weisheit hausieren gehen. Daß sich sein Vorgehen mit der Dresdner Resolution nicht in Einklang bringen läßt, wird sich Calwer wohl selbst gesagt haben. Anscheinend will er es darauf ankommen lassen, daß ein Exempel an ihm statuiert wird. Oder ist der Artikel schon als Abschiedskarte zu betrachten, die Richard Calwer der Partei sendet?"

Die „Freie Presse" (Elberfeld) bemerkt u. a.:

„... Richard Calwer ... brachte es fertig, im Scherlschen „Tag" die Vorgänge auf dem Nürnberger Parteitage zu erörtern, in einem Blatte, in dem sich die ärgsten Scharfmacher ihr Stelldichein geben. Das ist kein grober Unfug mehr, das ist offener Verrat. Zwar betrachten wir, wie sehr viele andere Genossen, Calwer schon längst nicht mehr als Parteigenossen, aber formell ist er noch Mitglied. Und da er selbst nicht den Drang in sich verspürt, einer Partei den Rücken zu kehren, mit der er völlig zerfallen ist, so ist es unseres Erachtens endlich an der Zeit, daß man ihn gehen heißt. ..."

Kriegsfurcht und Arbeitslosigkeit.

London, 5. Oktober. Eine vom Vorstande der Unabhängigen Arbeiterpartei organisierte Versammlung fand gestern abend im Scala-Theater (Tottenham Street, London-West) statt, in der die Genossen Dr. Südekum, William Sanders, Macdonald und Lansbury sprachen. Südekum hielt seine Rede in englischer Sprache und sagte den Engländern manche bittere Wahrheit. Er zeigte, daß sowohl im schutzzöllnerischen Deutschland wie im freihändlerischen England die Arbeitslosigkeit eine beständige Erscheinung sei, da sie nicht von irgend einer Handelspolitik, sondern vom kapitalistischen System komme, und dieses System herrsche in beiden Ländern. Es gebe wohl Maßregeln, die die Arbeitslosigkeit mildern könne, aber eine Beseitigung dieses Uebels sei nur durch eine Umgestaltung des Wirtschaftslebens im sozialistischen Sinne zu erzielen. Die englischen Arbeiter sollten sich vor den Tarifreformern in Acht nehmen. Diese redeten immer vom Arbeiterwohle und vom Christentume, aber ihre Handlungen seien stets Unterdrückung und Beraubung des Volkes gewesen. Hinzu komme, daß die Einführung des Schutzzolles in England die Kriegshetzereien nur steigern würde. In Deutschland wolle niemand einen Krieg mit England. Die deutsche Sozialdemokratie würde einen derartigen Krieg nie zulassen. Anstatt gegen das Ausland Krieg zu führen, seien die Arbeiter entschlossen, gegen das Kapital zu kämpfen.

Die englischen Redner — besonders William Sanders — gaben ihrer Bewunderung vor dem deutschen Proletariat lebhaften Ausdruck. Die Arbeiterverhältnisse in Deutschland seien besser als in England, da die deutsche Sozialdemokratie den herrschenden Klassen Furcht einflöße. Die englischen Sozialisten wünschen aufs lebhafteste, mit ihren deutschen Genossen in inniger Freundschaft zu leben; die englischen Arbeiter — sowohl die sozialistisch wie die gewerkschaftlich organisierten — haben viel von den deutschen Kameraden zu lernen. Es wäre ein nie wieder gut zu machendes Verbrechen, wenn es zwischen England und Deutschland zu Feindseligkeiten kommen sollte. Trotz aller Friedensversicherungen sei Wachsamkeit nötig, da die herrschenden Klassen zu allem fähig seien.

Die Reden wurden mit vielem Beifall aufgenommen.

Es wurden hierauf zwei Resolutionen angenommen. Eine besagte, daß die Londoner Sozialisten unerschütterlich entschlossen seien, Schulter an Schulter mit ihren deutschen Genossen gegen den Krieg und gegen den Kapitalismus zu kämpfen. Die andere versprach, den Arbeitslosen beizustehen und ihre Agitation mit allen möglichen Mitteln zu unterstützen.

Südekum reiste heute nach der Provinz ab, wo er in verschiedenen Städten neun Versammlungen abhalten wird.

Aus Industrie und Handel.

Kohlenpreise.

Ein schwerer volkswirtschaftlicher Fehler des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats ist sein starres Preissystem. Obwohl unter dem Drucke der wirtschaftlichen Depression die Verkaufspreise für die Artikel der Fertigindustrie teilweise recht erheblich nachgeben mußten, hält das Syndikat an seinen hohen Preisen fest. Dagegen suchen die Verkäufer britischer Kohle den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen. Britische Kohle ist in den verschiedenen deutschen Städten erheblich billiger geworden. Es kostete nämlich im Großhandel eine Tonne im August Mark:

	1907	1908
Berlin, engl. Schmiedekohle . . .	23—25	20,50—21,50
„ Durham Gaskohle . . .	20,50—22	17—18
Altona, West Hartley Steam. grobe	18—21	16—18
„ schott. Nußk., dopp. gesiebt	19—21,40	16—17,75
Bremen, Fett Steam-Coals . . .	27,20—31,20	22,40—25,70
Lübeck	23	20

Westfälische Kohle kostet in Berlin unverändert 24 M., in Bremen bei einzelnen Sorten ebensoviel oder auch mehr als im Vorjahr und ist nur bei wenigen Sorten, und auch da nicht sehr viel billiger geworden. In Lübeck kosten westfälische Steinkohlen 22 M. gegen 24 M.; die Preisermäßigung für britische Kohle ist also viel größer. Schlesische Kohle hat in den umstrittenen Gebieten etwas mehr im Preise nachgegeben als westfälische, aber doch nicht entsprechend der Verbilligung britischer Kohle. Es ist klar, daß die günstigere Entwickelung der britischen Kohlenzufuhr durch die verschiedenartige Preisgestaltung stark beeinflußt wird.

Gelsenkirchen.

In der Aufsichtsratssitzung der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft berichtete der Vorstand über die verflossenen acht Monate des laufenden Geschäftsjahres, deren Ergebnis eine Gewinnziffer von 20 402 421,12 M. ist. Dabei ist im besonderen hervorzuheben, daß die Koksbestände, welche die Gesellschaft infolge der allgemeinen geschäftlichen Lage in Höhe von 254 027 Tonnen hat auf Lager nehmen müssen, nur mit dem sehr erheblich unter den Selbstkosten stehenden Satze von 9 M. pro Tonne = insgesamt 2 286 243 M. bewertet sind. Ueber das Programm für die nächste Zukunft wurde seitens des Vorstandes ausgeführt, daß die Gestaltung der Arbeiterfrage, namentlich in den Bergwerksrevieren, es zum unabweisbaren Bedürfnis mache, in größerem Umfange mit dem Bau von Arbeiterwohnungen vorzugehen, da man nur auf diese Weise werde ermöglichen können, die Förderungen der verschiedenen Gruben ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend zu gestalten. Ferner wurde betont, daß der bei der Vereinigung der heute in der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft verschmolzenen Werke maßgebende Gedanke, die selbst erzeugten Rohmaterialien so weit wie irgend möglich selbst zu Fertigerzeugnissen weiter zu verarbeiten, entschieden darauf hinweise, für die über den gegenwärtigen Bedarf hinaus dem Unternehmen zur Verfügung stehenden bedeutenden Koks- und Erzmengen Verwendung zu suchen; die Ausnutzung der technischen und wirtschaftlichen Vorteile, die in einer unmittelbaren Verbindung von Stahl- und Walzwerk mit den Hochöfen liegen, lasse von einer Ausdehnung des Werkes in Rote Erde absehen und weise auf die Errichtung einer neuen Anlage im Minettebezirk hin.

Bündlerische Unterstellung.

Ihrer Devise gemäß, nämlich frisch, fromm, fröhlich und frech solche Behauptungen aufzustellen, die ihr in den Kram passen, schreibt die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte" mit Bezug auf unsere Notiz in Nr. 234 des „Vorwärts" unter der Ueberschrift „Willkür in der Preisfestsetzung" u. a. folgendes:

„Dieser „willkürlichen Fleischverteuerung" durch den Zwischenhandel könnte sehr gut entgegengewirkt werden durch eine Erleichterung der Fleischzufuhr auswärts wohnender Fleischer nach den Großstädten. Die Großstadtverwaltungen aber, in denen doch die Sozialdemokraten auch meistens recht stark vertreten sind, haben aber bisher alles aufgeboten, um diese durch das Fleischbeschaugesetz begründete und ermöglichte Fleischzufuhr von außerhalb zu verhindern, weil die an sich sehr hohen Gewinnüberschüsse ihrer Schlacht- und Viehhofsanlagen dadurch etwas vermindert werden würden. Damit werden die Großstadtväter zu Mitschuldigen an einer durch die Viehpreise keineswegs bedingten Fleischverteuerung."

Es ist noch nicht lange her, da haben, wie im „Vorwärts" zu lesen war, die Sozialdemokraten in Lichtenberg eine Magistratsvorlage zu Fall gebracht, welche für auswärtige Schlächter höhere Gebühren vorsah als für einheimische Benutzer der Freibank für minderwertiges Fleisch. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurden einheitliche Gebühren festgesetzt. Im übrigen weiß auch die Korrespondenz, daß in keiner preußischen Kommune die Sozialdemokratie so stark vertreten ist, um kurzsichtige und egoistische Rathauspolitik zu verhindern. Die Kirchtumspolitik in den Kommunen ist eine Folge der von den Agrariern verteidigten Dreiklassenwahl. Was in Kommunen gesündigt wird, kommt nicht auf das Konto der Sozialdemokratie, sondern belastet die in Preußen herrschenden Junker.

Die deutsche chemische Industrie.

Ueber die Entwickelung der deutschen chemischen Industrie im Jahre 1907 äußerte sich in der in Freiburg i. B. abgehaltenen Hauptversammlung des „Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie" dessen Generalsekretär Direktor O. Wenzel-Berlin folgendermaßen: „Die chemische Industrie wurde mit Ausnahme einzelner Zweige, wie der Bleifarbenindustrie, dank der Zuverlässigkeit ihrer wirtschaftlichen Grundlagen, der weiten und vielseitigen Handelsbeziehungen und der anerkannten Unentbehrlichkeit vieler ihrer Erzeugnisse von dem Rückgange der Konjunktur weniger berührt. Freilich werden die Spuren der Schäden voraussichtlich in den Rechnungsabschlüssen des laufenden Jahres sichtbar zutage treten, wenn beim Nachlassen des gesteigerten Warenbedürfnisses auch der Einfluß der neuen Handelsverträge mit ihren vielfachen Erschwerungen des Wettbewerbes auf dem Weltmarkte sich fühlbarer zu machen beginnt.

Die Zahl der Betriebe stieg von 8505 im Jahre 1906 auf 8618 im Jahre 1907, die Zahl der Vollarbeiter von 195 000 auf 207 000, also um 6,28 Proz., die Summe der verdienten Löhne von 207 auf

230 Millionen Mark, also um 11,05 Proz. Nach den Rechnungsabschlüssen der Aktiengesellschaften in der chemischen Industrie wurde von 166 Aktiengesellschaften mit einem eingezahlten Aktienkapital von 528,6 Millionen Mark, Reservefonds von 173,6 Millionen Mark und einer Obligationen- und Hypothekenschuld von 94,6 Millionen Mark, im ganzen eine Summe von 81,7 Millionen Mark an Dividenden gezahlt. Dies ergibt im Durchschnitt 15,45 Proz., also gegen das Jahr 1906 eine Steigerung um 0,88 Proz. Unter Berücksichtigung der außer den Aktienkapitalien in den Betrieben arbeitenden Kapitalien ermäßigt sich der Durchschnittsertrag auf 10,73 Proz., das ist 0,7 Proz. mehr als im Jahre 1906. Bezeichnet man die Ertragsfähigkeit der chemischen Industrie zurzeit der letzten Hochkonjunktur im Jahre 1899 mit 100, so stellen sich die folgenden Jahre beginnend 1899 auf: 100, 91,2, 90,9, 87,8 93,8, 98,7, 104,9, 111,5, 114,3. Die erzielten Geschäftsgewinne verteilen sich auf die einzelnen Branchen sehr verschieden."

Die Eisen- und Stahlindustrie der Vereinigten Staaten.

Das zweite Quartal dieses Jahres wies wohl den tiefsten Stand der Eisen- und Stahlproduktion im Pittsburger Gebiete auf, seitdem es von jener schweren Krise heimgesucht worden ist, die in den letzten Monaten des Jahres 1907 eingesetzt hat und für deren völlige Behebung zurzeit kaum erst Anzeichen vorhanden sind. Während im ersten Halbjahr des Jahres 1907 die Roheisenproduktion der Vereinigten Staaten 13 478 044 Tonnen erreicht hatte, hat sie in den ersten zwei Quartalen des laufenden Jahres bloß 6 850 000 Tonnen betragen. Es ergibt sich also ein Rückgang der Roheisenproduktion um volle 49 Proz. Seit dem Jahre 1890 hat die amerikanische Eisenindustrie dreimal schwere Krisen zu überstehen gehabt, die aber alle nicht die verheerende Wirkung der gegenwärtigen Krise gehabt haben, wie auch aus den folgenden Daten ersichtlich ist. Nachdem die aufstrebende amerikanische Eisenindustrie im ersten Halbjahre 1891 mit 4 911 763 Tonnen ein Rekordjahr gehabt hatte, betrug die Produktion des entsprechenden Halbjahres 1893 2 561 584 Tonnen, der Rückfall betrug also 47,85 Proz. In den Halbjahren 1895 und 1896 fiel die Produktion von 5 858 750 Tonnen auf 3 646 891 Tonnen, also um 20,36 Proz. In den ersten Semestern 1903 und 1904 betrug der Rückfall 15,80 Proz.

Aus diesen Ziffern läßt sich die Bedeutung der jetzigen Krise entnehmen. Allerdings fällt ein Teil des zweiten Quartals bereits in die Zeit der Sommermonate, wo die Produktion ja stets eingeschränkt wird und die Werke Reparaturen unterzogen werden; doch übersteigt der heurige Stillstand der Werke alles bisher zu dieser Jahreszeit dagewesene. Charakteristisch ist jener künstliche Optimismus, mit dem man sich über den Ernst und die Dauer der Krise hinwegtäuschen will. Tag für Tag erscheinen lange Spalten in den Zeitungen, die, gestützt auf diese oder jene Nachricht oder auf ein Interview, den baldigen Eintritt früherer guter Zeiten vorhersagen. Doch ist der Zeitpunkt der Sommermonate auch schlecht gewählt, um auf die so heiß ersehnte Besserung hoffen zu können; erst im Spätherbst wird man Klarheit darüber gewinnen, ob die Besserung wirklich eingesetzt oder ob man nur sich selbst getäuscht hat. Anfangs glaubte man, daß sich die Lage ändern werde, sobald die Geldverhältnisse sich gebessert haben werden; nun war aber Geld in genügender Menge vorhanden, und doch blieb die Lage unverändert. Im Gegenteil, trotz der gebesserten Geldverhältnisse war die Roheisenproduktion von März bis Juni eher eingeschränkt als vergrößert worden. Nichtsdestoweniger werden in den nordamerikanischen Zeitungen Gründe gebracht, als ob die Industrie in einem Stadium des Aufschwungs begriffen wäre. So haben vor einiger Zeit fast alle Pittsburger Zeitungen die Nachricht gebracht, die Homesteader Werke der Carnegie Steel Company hätten 50 000 Arbeiter angestellt, dabei haben besagte Werke bei Vollbetrieb nicht mehr als 5000—6000 Arbeiter beschäftigt. Die Edgar Thompson- und Duquesne-Werke derselben Gesellschaft arbeiten mit kaum 40 Proz. ihrer Betriebskraft. Wenn es mit den größten Werken so steht, so kann man sich denken, wie es mit der Tätigkeit der vielen kleineren Werke bestellt ist. Es sei auf die Unverläßlichkeit der Zeitungsmeldungen um so mehr hingewiesen, als dieselben meist kritiklos in die europäische Presse übernommen werden und zu mancherlei Irrtümern Anlaß geben können. Recht bezeichnend für die wirtschaftliche Lage im ersten Semester dieses Jahres ist der Bericht der United States Steel Corporation pro 1. und 2. Quartal 1908. Die Reinerträgnisse besagter Gesellschaft waren im 2. Quartale 1908 um volle zwei Millionen Dollar höher als im 1. Quartale; sie bezifferten sich aber auch so nur auf 20 265 756 Dollar, das ist um 25 237 949 Dollar weniger, als im selben Quartal des Jahres 1907. Es wird allgemein als ein günstiges Zeichen aufgefaßt, daß das unausgesetzte Fallen der Preise, das noch vor wenigen Monaten so drückend empfunden worden, jetzt endlich zum Stillstand gekommen zu sein scheint.

Zur Frage der Arbeitslosigkeit.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Folgen der wirtschaftlichen Krise, für den Arbeiter am stärksten durch eine gesteigerte, lang anhaltende Arbeitslosigkeit fühlbar werdend, sich im kommenden Winter noch ärger zeigen werden, als das bereits im letztvergangenen Winter der Fall war. Die Sommermonate brachten in dieser Beziehung nur eine unmerkliche, bald wieder vorübergehende Besserung. Was wird der Winter bringen? So mancher Arbeiter wird, von dieser Frage gequält, sorgenvoll in die Zukunft blicken.

Als im letzten Winter die Arbeitslosigkeit in erschreckendem Umfange einsetzte, versuchten auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten in Charlottenburg, die Stadt zu einem Eingreifen zugunsten der Arbeitslosen zu veranlassen. Bereits am 16. Dezember 1907 reichten unsere Genossen folgenden Antrag bei der Stadtverordnetenversammlung ein:

„Der Magistrat wird ersucht, schleunigst Maßnahmen zur Linderung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen in Charlottenburg zu ergreifen."

Diesem Antrag ging jedoch eine bereits am 2. Dezember von unseren Genossen an den Magistrat gerichtete Anfrage voraus, durch welche der Magistrat interpelliert wurde, was er gegenüber der gestiegenen Arbeitslosigkeit zu tun gedenke. Aber der Gefragte ließ sich recht viel Zeit mit der Beantwortung. Bis zu der Sitzung am 18. Dezember 1907 war sich der Magistrat noch nicht klar, was er auf die Anfrage antworten sollte. Das Weihnachtsfest ging vorüber und erst am 8. Januar 1908, gelegentlich der Beratung des vorstehenden Antrages, erfuhr man, daß für den Magistrat eine außerordentliche Arbeitslosigkeit nicht existierte. Die damalige Beratung endete dann auch mit der Einsetzung eines Ausschusses, der seinen Bericht in der Sitzung vom 12. Februar erstattete. Da sich aber auch bis dahin die Ansicht des Magistrats über die Arbeitslosigkeit nicht geändert hatte und man vom Magistratstische aus „überzeugend" nachwies, daß keine außergewöhnliche Arbeitslosigkeit herrschte, lenkten die „Liberalen" ein. Sie drückten den Ausschußantrag durch, der die Lage auf dem Arbeitsmarkt zwar für ernst, aber nicht für kritisch erklärt. Im übrigen solle man alles Vertrauen zum Magistrat haben, der schon rechtzeitig eingreifen werde. Auch „ersuchten" die „Liberalen" den Magistrat, in „Erwägung" zu ziehen, ob sich die Verwendung städtischer Mittel zum Zwecke der Arbeitslosenversicherung empfiehlt. Alle weitergehenden Anträge und Anregungen der sozialdemokratischen Stadtverordneten wurden abgelehnt. Nun geschah für die nächste Zeit überhaupt nichts. Magistrat und „Liberale" hatten ihr soziales Gewissen völlig beruhigt. Aber unsere Genossen ließen in dieser Frage nicht nach. In der Stadtverordnetensitzung vom 17. Juni lag wieder ein Antrag der Sozialdemokraten vor, lautend: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, über die auf dem Gebiete der städtischen Arbeitslosenfürsorge eventuell zu treffenden Maßnahmen in einer gemischten Deputation mit der Stadtverordnetenversammlung zu beraten". Dieser Antrag wurde angenommen. Nun lag die Sache wieder beim Magistrat. Diesem aber fiel es anscheinend ungemein schwer, aus den „Erwägungen" heraus zu kommen. Auch eine Spezialkommission des Magistrats wußte nichts rechtes aus der Geschichte zu machen, so daß der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung am 23. September empfahl, so lange von der Zusammensetzung der gemischten Deputation abzusehen, bis der Magistrat die notwendigen Erfahrungen in dieser Frage gesammelt habe. Wie lange das noch dauern könnte, wurde nicht gesagt. Aber man hätte wohl mit einer recht langen Zeit rechnen können. Wenn sich auch die Stadt Charlottenburg — so auch in dem jetzt erschienenen letzten Bericht des Dezernenten der Armenverwaltung über eine Informationsreise nach Süddeutschland — rühmt, in bezug auf die Wohlfahrtseinrichtungen an erster Stelle zu marschieren, so riecht dieses Eigenlob sehr schlecht, wenn man allein an die Frage der Arbeitslosenversicherung denkt. Unsere Genossen lehnten dann auch die Empfehlung des Magistrats glatt ab und sie forderten die sofortige Bildung der gemischten Deputation. Die „Liberalen" waren in einer schlimmen Lage. Auf der einen Seite fällt ihnen die Opposition gegen den Magistrat ungeheuer schwer, aber auf der anderen Seite drohten die Ersatzwahlen! Eine davon findet im fünften Bezirk statt. Dort trebsten die „Liberalen" schon 1907 mit der kühnen Behauptung, daß es ohne die Sozialdemokraten im Rathaus auch ginge. In diesem zumeist von Arbeitern und kleinen Leuten bewohnten Bezirk muß sich der „Liberalismus" schon ein wenig arbeiterfreundlich zeigen. Aus diesem Grunde dürften denn auch schließlich die „Liberalen" für die sofortige Zusammensetzung der gemischten Deputation gestimmt haben.

Nun aber erwarten wir von dem Magistrat, daß derselbe die Sache nicht weiter verschleppt oder durch immer erneute „Erwägungen", „Prüfungen" und spezielle Beratungen hinzieht, sondern die Arbeiten der gemischten Deputation müssen bald beginnen. Die Folgen der Krise, die erschreckend anwachsende Arbeitslosigkeit, die dadurch äußerst gedrückte Lebenshaltung der Arbeiter lassen sich durch noch so gründliche „Erwägungen" nicht vertagen. Die Not und der Hunger schreiten fort und die von ihnen Ergriffenen bedürfen der Hilfe, der schleunigen Unterstützung.

Wir können und wollen an dieser Stelle nicht auf die einzelnen Wege der Hilfe verweisen. Das wird Sache der Verwaltung resp. der gemischten Deputation sein. Aber wenn der Magistrat immer noch nicht weiß, was er und wie er es machen soll, die Vertrauensleute der Arbeiter im Rathause, die sozialdemokratischen Stadtverordneten werden gern ihre aus der Praxis gewonnenen Erfahrungen in den Dienst der Sache stellen. Nur muß endlich einmal angefangen werden, es hat ohnedies schon sehr, sehr lange gedauert.

Gerichts-Zeitung.

Ein Mordprozeß vor dem Schöffengericht Rixdorf.

Es dürfte nicht gerade häufig sein, daß ein Strafverfahren, das mit einer Verhaftung wegen Mordversuches begonnen hat, als Anklage wegen Uebertretung mit Freisprechung endet. Am 18. Juli (eines Sonnabends) fand bei dem Restaurateur D. in Rixdorf ein geschlossenes Vereinsvergnügen statt, das bis in die Morgenstunden dauerte und wobei es schließlich etwas laut hergegangen sein soll. Der Restaurateur hörte jemand von außen an der geschlossenen Ladentür klinken und sah durch die Glasscheibe einen Polizeibeamten stehen. Um Störungen des Festes und einen Zusammenstoß zwischen den Gästen und der Polizei zu verhindern, ließ D. die Rolljalousie herunter, und die Sache war zu Ende. Dies glaubte D. wenigstens. Sonntag mittag aber erschienen plötzlich 7 Polizeibeamte und führten D. in Untersuchungshaft ab wegen Mordversuchs gegen den Polizeileutnant Schulze, der nachts vor der Tür gewesen war. D. sollte, wie erklärt wurde, beabsichtigt haben, den Schulze mittels der Rolljalousie zu ermorden, also wohl zu guillotinieren. Brrr! Das Gericht bestätigte diese merkwürdige Verhaftung, weil ein Versuch der Körperverletzung vorläge, und erst nach 6 Tagen auf energische Intervention seines Verteidigers erlangte D. seine Freiheit wieder.

Als die Anklage erhoben wurde, schrumpfte sie bereits auf „Widerstand gegen die Staatsgewalt" zusammen. D. sollte dem Polizeileutnant in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes Widerstand geleistet haben. In der Hauptverhandlung sagte Polizeileutnant Schulze aus, er hätte des Lärmes wegen in das Lokal hineingewollt, und D. hätte die Jalousie ziemlich schnell heruntergelassen. Ob seine Absicht, einzutreten, von D. verstanden worden sei, konnte der Zeuge natürlich nicht sagen. Der Amtsanwalt ließ die Anklage wegen Widerstandes fallen, beantragte aber nunmehr Bestrafung wegen Straßenpolizeikontravention, weil D. einer im Interesse der öffentlichen Ordnung ergangenen Aufforderung des auf der Straße befindlichen Polizeileutnants nicht nachgekommen wäre. Der Verteidiger Rechtsanwalt Wolfgang Heine beantragte Freisprechung und Auferlegung der Verteidigungskosten auf die Staatskasse. Er bestritt, daß der Polizeileutnant überhaupt in rechtmäßiger Dienstausübung gewesen wäre, als er in die geschlossenen Räume zur Nachtzeit eindringen wollte. Die Voraussetzungen unter denen das Gesetz dies gestattete, lägen nicht vor. Das Herunterlassen der Jalousie, die Bereitung eines sachlichen Hindernisses wäre kein Widerstand, und auch die Straßenordnung wäre nicht verletzt, weil die polizeiliche Aufforderung sich an jemand richten müßte, der auf der Straße deren Ordnung störe. Das Gericht sprach den Angeklagten frei und legte auch die Verteidigungskosten der Staatskasse auf, weil einem Angeklagten, der in der Sache wegen Mordversuchs verhaftet gewesen wäre, nicht zugemutet werden könnte, ohne Verteidiger vor Gericht zu gehen.

Der Fall ist ein lehrreiches Beispiel, wie trotz aller Proteste und Versprechungen im Parlament, trotzdem sich die öffentliche Meinung fast einstimmig gegen den Mißbrauch unnötiger und übereilter Verhaftungen ausspricht, immer von neuem völlig unberechtigte Verhaftungen vorkommen, ohne daß die an der Verhaftung Schuldigen zur Verantwortung gezogen oder auch nur mit viel Aussicht auf Erfolg zivilrechtlich belangt werden können.

Der bestrafte Kläger.

Vor dem Amtsgericht Charlottenburg wurde am Donnerstag eine Klage des Schriftstellers Leonor Goldschmidt gegen den Schriftsteller Erich Mühsam verhandelt. Mühsam hatte Goldschmidt als „Polizeispitzel" bezeichnet, behauptet aber, dazu durch allerlei Belästigungen in einem Café beim Billardspiel gereizt worden zu sein. Er betonte im übrigen, daß die Bezeichnung „Spitzel" auf den Kläger zutreffend ist. Vor Goldschmidt sei in einer anarchistischen Zeitung einmal gewarnt worden, ohne daß der so Angegriffene sich dagegen verwahrt hätte. Auch dränge dieser sich in auffälliger Weise an Personen heran, die in der anarchistischen Bewegung hervortreten. Allerdings sei anzunehmen, daß Goldschmidt weniger gegen Bezahlung als vielmehr aus Eitelkeit und der Sucht eine Rolle zu spielen, der Polizei Dienste leistet. Der Kläger selbst war bei der Verhandlung nicht anwesend, sondern nur durch einen Rechtsanwalt vertreten. Durch Vernehmung einiger Zeugen wurde festgestellt, wie Mühsam provoziert worden ist. Ihn und Genossen bezeichnete Goldschmidt als „Idiotenbande" und nannte ihn einen „Trottel", „genialen Schiefling" und „Schmorrer". Dieser Ausdrücke wegen erhob Mühsam durch seinen Rechtsanwalt Caro Widerklage. Das richterliche Urteil ging dahin, daß der Angeklagte Mühsam der Beleidigung schuldig, aber straffrei erklärt wurde, da er zu schwer gereizt worden ist, der Privatkläger Goldschmidt dagegen wegen Beleidigung zu 20 Mk. Geldstrafe oder 4 Tagen Haft verurteilt werde. Die Gerichtskosten hat der Privatkläger zu tragen.

Folgen einer falschen Information.

Das Organ der Berliner Mitgliedschaft des Bäckerverbandes „Der Bäcker" veröffentlichte vor etwa einem Jahre ein scherzhaftes Preisrätsel. Den Lesern wurde die Frage gestellt, wer wohl wisse, wie der Mann heiße, der in der Nähe des Michaelkirchplatzes wohne, Druckereibesitzer und ein über 50 Jahre alter Junggeselle sei, trotzdem aber eine große Vorliebe für die holde Weiblichkeit habe, deshalb nur junge und hübsche Wirtschafterinnen engagiere und häufig mit denselben wechsele.

Buchdruckereibesitzer Wilhelm Hartmann, ein hervorragender Führer der gelben Bäckerorganisation, erblickte in seiner eigenen Person die Lösung des Rätsels, obgleich er angiebt, daß die Andeutung bezüglich der jungen und hübschen Wirtschafterinnen auf ihn nicht zutreffe. Hartmann fühlte sich also durch das scherzhafte Preisrätsel beleidigt. Er verklagte nicht nur den Redakteur des „Bäcker", Genossen Franz Schneider, sondern auch den Redakteur Heren und den Verleger Allmann von dem in Hamburg erscheinenden Verbandsorgan des Bäckerverbandes. Dieses Blatt, die „Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung" hatte nämlich das Preisrätsel aus dem Berliner Organ übernommen. Nachdem durch Ermittelung des Berliner Polizeipräsidiums festgestellt war, daß in der Nähe des Michaelkirchplatzes außer Hartmann kein Buchdruckereibesitzer wohnt, auf den die in dem Preisrätsel enthaltenen Kennzeichen der Persönlichkeit zutreffen, hielt das Gericht Herrn Hartmann zur Erhebung der Klage gegen Schneider und Heren für legitimiert. Das Verfahren gegen den Verleger Allmann lehnte das Amtsgericht ab, weil der Verleger nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden könne, wenn der verantwortliche Redakteur verklagt werde. Auf Hartmanns Beschwerde hat die Strafkammer jedoch auch gegen Allmann die Klage für zulässig erklärt. — Die Beklagten erhoben Widerklage. Dieselbe stützt sich auf beleidigende Ausdrücke, welche Hartmann in dem von ihm redigierten gelben Gewerkschaftsblatte gegen die Beklagten gerichtet hat.

Als die Klage am Donnerstag vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelt wurde, stellte sich heraus, daß Schneider das Opfer einer falschen Information geworden ist. Ein junger Mann, der im Hartmannschen Kontor beschäftigt war, erschien nämlich eines Tages im Bureau des Bäckerverbandes, um diesen zur Veröffentlichung von Mißständen im Hartmannschen Betriebe zu veranlassen. Der junge Mann teilte mit, daß er von Hartmann eine sehr geringe Entlohnung habe und erzählte auch mancherlei über die angebliche Vorliebe Hartmanns für junge und hübsche Wirtschafterinnen. Da sich die Angaben des jungen Mannes hinsichtlich seiner Entlohnung vor dem Gewerbegericht als wahr herausstellten, so nahm Schneider an, daß auch die anderen Angaben desselben auf Wahrheit beruhen. So entstand das scherzhafte Preisrätsel.

Der junge Mann, Meier ist sein Name, wurde in dem gegenwärtigen Prozeß als Zeuge vernommen. Er konnte jedoch nichts Tatsächliches über Hartmanns vermeintliches Verlangen nach hübschen jungen Wirtschafterinnen bekunden. Ja, der Zeuge wollte zunächst sogar bestreiten, daß er Schneider überhaupt derartige Mitteilungen gemacht habe. Schließlich gab er jedoch die Möglichkeit zu. Daß er es tatsächlich gesagt hat, wurde durch einen Ohrenzeugen des Gesprächs erwiesen.

Die Widerklage stützt sich darauf, daß Hartmann in seinem Blatte die Beklagten der Feigheit beschuldigt und sie elende Verleumder, sowie skrupellose Verleumder erster Klasse genannt hat. — Hartmann wandte dagegen ein, die Beklagten hätten schon vordem dieselben Bezeichnungen auf ihn angewandt. — Der Vorsitzende des Gerichts drückte seine Verwunderung darüber aus, daß Hartmann, wenn er als skrupelloser Verleumder bezeichnet worden sei, seine Gegner nicht gerichtlich zur Verantwortung gezogen habe, während er doch so empfindlich sei, daß er klage wegen des Preisrätsels, durch das er gar nicht in seiner Ehre gekränkt, sondern nur wegen seines Geschmacks hinsichtlich der Wirtschafterinnen geulkt werde.

Die schöffengerichtliche Lösung des Preisrätsels war diese: Die Beklagten Schneider und Heren, sowie der Widerbeklagte Hartmann werden jeder zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. Allmann wird freigesprochen, weil er nachgewiesen hat, daß er an der Herstellung der fraglichen Zeitungsnummer nicht beteiligt war.

Kann Nichtimpfung wiederholt bestraft werden?

Nach § 14 Absatz 2 des Impfgesetzes vom 8. April 1874 werden Eltern, deren Kinder ohne gesetzlichen Grund und trotz erfolgter amtlicher Aufforderung der Impfung entzogen geblieben sind, mit Geldstrafe oder mit Haft bestraft. Können Eltern, wenn sie bereits einmal auf Grund dieser Vorschrift bestraft, nochmals bestraft werden, wenn sie trotz abermals erfolgter amtlicher Aufforderung die Impfung unterlassen? Diese Frage ist u. E. zu verneinen, weil der Gesetzgeber nicht die Nichtbefolgung der amtlichen Aufforderung, sondern das Unterlassen der Impfung bestraft. Die Nichtimpfung ist also eine fortdauernde Handlung. Eine nochmalige Bestrafung verstößt gegen den Grundsatz ne bis in idem (eine strafbare Handlung darf nicht zweimal bestraft werden). In der Rechtsprechung herrscht eine einheitliche Auffassung über diese Frage nicht. Das Oberlandesgericht in Celle hat jüngst (am 11. September 1908) in der Strafsache gegen den Naturheilkundigen Albert Seebach in Pirna aus den eben von uns dargelegten Gründen auf Unzulässigkeit einer zweiten Strafverfolgung erkannt. Das Oberlandesgericht Dresden stellte sich, wiewohl das Celler Urteil ihm vorgetragen wurde, am Mittwoch jedoch auf einen entgegengesetzten Standpunkt und bestätigte die Verurteilung eines zum zweiten Male wegen Nichtimpfenlassens trotz amtlicher Aufforderung angeklagten Baumeisters Dabisch in Chemnitz.

Schutz vor Schutzleuten.

Wegen je eines Vergehens der Freiheitsberaubung, der Nötigung und des Amtsmißbrauchs saß dieser Tage auf der Anklagebank des Landgerichts München I der ehemalige Schutzmann Ludwig Bickel aus Augsburg. Der 28jährige Mensch wurde vor 3 Jahren in München — und bekanntlich wird ja München, nach dem Ausspruch des ehemaligen Ministers v. Feilitzsch, von der ganzen Welt um seine Schutzmannschaft beneidet — als Schutzmann verpflichtet. Welch infamer Mensch hier in der Uniform eines „Schutz"mannes jahrelang einherging, möge aus nachfolgendem Verhandlungsbericht ersehen werden. Bickel hatte in der Nacht zum 28. Juli im 1. Bezirk Patrouillendienst. Am Maximiliansplatz wurde eine 25jährige Buchhalterin gegen ¾11 Uhr von einem Herrn angesprochen und von ihm zu einer Tasse Kaffee eingeladen. Das Mädchen ließ den Herrn stehen und ging des Weges weiter. Der Schutzmann verfolgte die Buchhalterin und stellte sie zur Rede. Nachdem sie die gewünschte Aufklärung gegeben, meinte der Schutzmann: Wenn er Ihnen 5 M. gegeben hätte, wären Sie schon mitgegangen. Der Schutzmann ging neben der Buchhalterin her, vor der Polizeidirektion zog er sein Notizbuch heraus und meinte zu dem Mädchen: Wenn ich wüßte, daß Sie wegen Gewerbsunzucht noch nicht vorbestraft sind, würde ich Sie laufen lassen. Der unter der Toreinfahrt stehende Polizeiposten sah, wie sein Kollege auf der Straße die Personalien des Mädchens notierte. In der Meinung, es handle sich um einen Sistierten gab er seinem Kollegen den Rat, um Aufsehen zu vermeiden, die Angelegenheit innerhalb des Gebäudes zu ordnen. Die Buchhalterin beteuerte auch diesem Polizisten gegenüber ihre Unschuld, nachdem sie auch ihm Aufklärung über den Sachverhalt gegeben hatte. Schutzmann Bickel führte die Buchhalterin in den ersten Stock,

begab sich hier in das Jourbureau und befahl die Buchhalterin, außen zu warten. Im Bureau wurde ihm vom Polizeifunktionär der Aufschluß gegeben, daß nicht nur die Personalien der „Arrestantin" richtig, sondern daß diese bisher in sittlicher Beziehung zu keinerlei Beanstandung Anlaß gegeben habe. Statt nun das Mädchen wieder freizugeben, sagte der Schutzmann, er müsse sie noch dem Polizeikommissar vorführen. Der Schutzmann führte das Mädchen über eine Treppe in einen finsteren Gang, drückte sie hier in eine Ecke und stellte an sie unsittliche Zumutungen. Die Buchhalterin fing nun zu weinen an und lehnte diese Zumutung ab mit der Motivierung, daß sie vor kurzem eine schwere Unterleibsoperation durchgemacht habe. Nachdem aber der Musterschutzmann weiterhin zudringlich wurde, sie umarmte und küßte und das Mädchen der Meinung war, daß es keinen Ausweg mehr gebe, gab es den Widerstand auf und gab sich dann dem Schutzmann hin.

Der Schutzmann wurde, nachdem von einem Rechtsanwalt Anzeige erstattet war, aus dem Dienst entlassen.

In der unter Ausschluß der Oeffentlichkeit durchgeführten Verhandlung war der Musterschutzmann geständig. Er gab zu, daß für ihn kein Anlaß gegeben war, die Buchhalterin festzunehmen. Er habe den Entschluß gefaßt, das Mädchen mit auf die Polizeidirektion zu nehmen. Auf die Frage, warum er zu diesem Zwecke das Mädchen gerade auf die Polizeidirektion geführt habe, antwortete der Schutzmann, weil in der Polizeidirektion die Gelegenheit dazu günstig war! Der Staatsanwalt beantragte gegen den sauberen Schutzmann ein Jahr Gefängnis. Das Gericht verurteilte ihn wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt, je eines Vergehens der Nötigung und Freiheitsberaubung — — zu sechs Monaten Gefängnis.

Die außerordentlich geringfügige Strafe und das Unterlassen einer Anklage wegen Notzucht gegen den Sicherheits- und Sittenmann lassen einen Rückschluß darauf zu, wie gering auch in München die Freiheit und Ehre einer Arbeiterin geschützt wird. Der Mann hat Zuchthausstrafe verdient; es lag u. E. nicht der geringste Grund vor das Verdiente dem ehemaligen Schutzmann vorzuenthalten.

Schadenersatzanspruch wegen mangelhafter Aufsicht in einer Kinderbewahranstalt und -Arbeitsschule.

Als in der Kinderarbeitsschule und Kleinkinderbewahranstalt in Bautzen, einer Stiftung, eines Tages mehrere Kinder beim Holzspalten beschäftigt waren, wurde einem gewissen Schulz durch die Unvorsichtigkeit eines anderen, ihm im Holzspalten Gesellschaft leistenden Knaben eine Hand schwer verletzt. Der Verunglückte mußte zwei Glieder eines Fingers einbüßen und blieb ihm außerdem nach erfolgter Heilung der Hand ein Finger steif. Er richtete infolgedessen Schadenersatzansprüche an die Stiftung bezw. die Stadtgemeinde Bautzen, die sich darauf stützten, daß die Beaufsichtigung der Arbeiten nicht umfangreich genug gewesen sei. Die Klage war anfangs nur gegen die Stiftung gerichtet, was beklagtischerseits bemängelt wurde, da die Stiftung unter der Verwaltung der Stadt stehe.

Nachdem erst das Landgericht Bautzen die Klage abgewiesen hatte, erkannte das Oberlandesgericht Dresden auf die Berufung des Klägers auf Verurteilung beider Beklagten. Es nimmt an, daß sowohl die Stiftung, als auch die Stadtgemeinde für die Verwaltung verantwortlich sei. Der gesetzliche Vertreter der Stadtgemeinde hätte eine bessere Ueberwachung und Einteilung der Arbeiten eintreten lassen müssen und habe diesen Mangel an Sorgfalt die Stadtgemeinde zu vertreten.

Gegen das Urteil des Oberlandesgerichts Dresden hatten die Beklagten Revision beim Reichsgericht eingelegt. Der III. Zivilsenat erkannte jedoch auf Zurückweisung der Revision.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung für das Hilfspersonal des Gastwirtsgewerbes fand in der Nacht vom Dienstag zu Mittwoch statt. Ueber das Thema: „Welche Lehren ziehen wir aus den zurzeit herrschenden wirtschaftlichen Verhältnissen?" referierte Verbandsangestellter Hegewald. Redner zeichnete in markanter Weise die jämmerlichen Zustände in diesem Berufe, die einen Tiefstand aufweisen, wie kaum in einem anderen Gewerbe. Der Kost- und Logiszwang in Verbindung mit einer unmenschlich ausgedehnten Arbeitszeit stehe in schreiendem Gegensatz zu den kulturellen Errungenschaften der modernen Arbeiterorganisationen. Ein großes Uebel sei es, daß die meisten diesen Beruf nur als Uebergangsstadium ansehen, deshalb auch das rechte Interesse an der Bessergestaltung der Verhältnisse fehle. Auch käme immer wieder vom Lande neuer Zufluß an Leuten, die als willkommene Ausbeutungsobjekte von dem Unternehmertum mit offenen Armen aufgenommen würden. Auch der Berufsdünkel spielt leider noch eine große Rolle bei den gelernten Arbeitern, besonders bei den Kellnern, jedoch sei mancher von diesen stolzen Kollegen oft genug froh, wenn er in schlechten Zeiten die Stelle eines Hausknechtes erhalte. In solchen Fällen übernähmen sie Arbeiten, die ein bessergestellter Hausdiener ablehne. Im Sommer, wenn die Arbeitskräfte rar sind, seien die Herren Unternehmer freundlich und versprächen das Blaue vom Himmel, um so rigoroser und brutaler zeigten sie sich jedoch im Winter. Die Lage der Hausdiener in den Hotels sei besonders miserabel. Unter der Treppe schlafend, müßten sie die ganze Nacht sprungbereit sein und würden von den ankommenden Gästen oft zehn- bis zwanzigmal in einer Nacht aus dem Schlaf gerissen. Von einer Nachtruhe könne dabei keine Rede sein. Kost- und Logiszwang müßten abgeschafft werden, das sei der Hemmschuh jeglichen kulturellen Fortschrittes, ebenso müsse die 24stündige Ruhezeit gesetzlich auf das Hilfspersonal des Gastwirtsgewerbes ausgedehnt werden. In der nachfolgenden Diskussion wurden einige Firmen, Kempinski, „Kaiserkeller", besonders aber „Rheingold" einer scharfen Kritik unterzogen. So legten bei „Rheingold" 15 Mann des Küchen-Hilfspersonals zu Ostern infolge des brüsken Verhaltens der Direktion ihren bescheidenen Forderungen gegenüber die Arbeit nieder. Für diese 15 Mann wurden sofort Arbeitswillige in Gestalt von 8 Soldaten, nach den bisherigen Ermittelungen vom 2. Garde- (Infanterie-) Regiment, herbeigeschafft. So greift der Militarismus, der von den Steuern des Volkes erhalten wird, zugunsten des Privatkapitalismus in die wirtschaftlichen Kämpfe ein. In einem anderen Falle wandte sich ein bei „Rheingold" beschäftigter Angestellter vertrauensvoll an die Redaktion des „Deutschen Blattes", um auf die in diesem glänzenden Unternehmen herrschenden Mißstände hinzuweisen. Die Redaktion unterbreitete das erhaltene Material ebenso vertrauensvoll Herrn Aschinger, Besitzer des Weinhauses „Rheingold". Bald darauf erhielt der betreffende Angestellte den Laufpaß.

In seinem ernsten Schlußwort ermahnte der Vorsitzende die Anwesenden, fest zur Organisation zu stehen und die Werbetätigkeit zu erhöhen, damit das Unternehmertum in dem Verband bald einen Machtfaktor erkennt.

Die Stukkateure beschäftigten sich in einer öffentlichen Versammlung, die am Montagabend im Gewerkschaftshause stattfand, mit der Erörterung der Lage im Beruf und der Agitation für die Berufsorganisation. Der Referent Krebs bemerkte eingangs seines Vortrages, daß er aus den Reihen der Unorganisierten öfter die Frage vernommen habe: „Was hat die Organisation jetzt für einen Zweck, wo doch so schlechte Zeit herrscht, und der Verband nichts unternehmen kann?" Daß die Zeit sehr ungünstig ist, weiß jeder Berufsgenosse. Die Arbeitslosigkeit hat schwere Wunden geschlagen. Der Arbeitsnachweis und die Arbeitslosenmarken zeigen, welchen Umfang die Arbeitslosigkeit angenommen hat. Die Stukkateure wünschen, daß die Stadtverwaltung die vorliegenden Projekte fördert, wodurch ihnen viele Arbeitsgelegenheit geboten werden könnte, was gerade zur gegenwärtigen Zeit nottut, mehr als jemals. Im Jahre 1907 hat jedes Mitglied 9,5 Wochen im Durchschnitt gefeiert, im Jahre 1908 sogar 10,8 Wochen. Von denjenigen, welche sich im Arbeitsnachweis meldeten, erhielten durchschnittlich 49,8 Proz. im Jahre 1905 Arbeit, 39,6 Proz. im Jahre 1906 und 26,3 Proz. im Jahre 1907. Im Jahre 1908 sank der Durchschnitt auf 13,5 Proz. Im September besuchten durchschnittlich 71 Stukkateure täglich den Nachweis, als arbeitslos galten 181 pro Tag im September. — Gerade in den schlechten Zeiten ist es nun die Pflicht aller Berufsgenossen, sich zusammenzufinden. Kann der Verband in schlechten Zeiten keine Verbesserung der Lage durchsetzen, so gilt es doch um so mehr, Verschlechterungen, die leicht zahlreich einreißen, entgegenzutreten und durch feste Vereinigung abzuwehren. Der Verband hat die Arbeitszeit von 10 auf 8½ Stunden verkürzt, er hat Mindestlöhne und Mindestpreise für Akkordarbeit festgesetzt. Durch die Organisation und ihren Einfluß sind bei vielen Firmen Vorteile errungen worden, die leider oft gerade den Unorganisierten zugute kommen, die für den Verband nicht zu gewinnen sind. Das Ansehen der Arbeiter den Unternehmern gegenüber wird durch den Verband gehoben. In schlechten Zeiten gerade muß der Mut der Arbeiter gestärkt, ihre Hoffnung belebt werden. Im Verbande muß jeder die Vertretung seiner wirtschaftlichen Interessen sehen. Gerade gegenwärtig gilt es in vielen Fällen, einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen entgegenzuwirken. Der Redner erwähnte unter anderem die Firma Thiele, wo nicht nach dem Tarif gearbeitet wird und wo die Arbeiter von der Organisation nichts wissen wollen. Ueberall sollte korrekte Berechnung nach dem Tarif verlangt werden. Die Ueberstunden sollten in einer Zeit, in der viele arbeitslos herumlaufen, gänzlich aufhören oder nur als besondere Ausnahme gelten. Bei der Firma Koswau u. Knauer werden regelmäßig Ueberstunden gemacht, was sehr zu tadeln sei. Die Verkürzung der Arbeitszeit resp. die Verweigerung der Ueberstunden ist ein Mittel, welches die Organisation in Anspruch nehmen muß, um in schlechten Zeiten die Verhältnisse zu regeln. Dazu gehört auch die Einrichtung des Arbeitsnachweises, um den sich die Berufsgenossen mehr als bisher kümmern müßten. Die Umfrage nach Arbeit bringt viele Schäden; jeder Arbeitslose wende sich an den Arbeitsnachweis. Zu wünschen sei, daß eine Erwerbslosenunterstützung durch den Verband eingeführt werde. Zahlreiche Gesuche werden an die Organisation um Unterstützung, besonders in Form von Darlehen, gerichtet. Es muß offen festgestellt werden, daß der Verband dergleichen Gesuche nicht berücksichtigen kann. Eine Ausnahme könnte sofort die Regel herbeiführen und die Mittel des Verbandes erschöpfen. Der Verband zählt jetzt 821 vollberechtigte Mitglieder. Wollten sie alle die Kasse in Anspruch nehmen, so könnte jeder nur 19,40 M. bekommen und die Kasse wäre leer. — Der Redner faßte seine Ausführungen dahin zusammen, daß nur durch den dauernden Zusammenhalt aller Berufsgenossen, auch während einer niedergehenden Geschäftsperiode, der Verband dem einzelnen Arbeiter einen kräftigen Rückhalt gewähren kann. Regelmäßige Beisteuern an Mitteln sind notwendig, soll der Verband nach Ablauf des Tarifvertrages in geeigneter Weise für wirtschaftliche Verbesserungen eintreten. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, die unorganisierten Kollegen zu veranlassen, die Mitgliedschaft im Verbande zu erwerben, um den Unternehmern gegenüber das Ansehen der Arbeiter zu heben und die notwendigen Mittel zur Erreichung der Verbandszwecke zu gewinnen. (Beifall.)

Eine lange Diskussion folgte dem Vortrage, in der vielfach die Verhältnisse im Arbeitsnachweis kritisiert wurden; man klagte auch, daß von Vorarbeitern und Leuten in dirigierenden Stellungen in den Betrieben auf diejenigen, die schon lange außer Arbeit stehen, nicht die zu erwartende Rücksicht genommen werde. Das Verhalten vieler Mitarbeiter sei nicht kollegialisch zu nennen; oft bestehen Zweifel, welche Bezahlung der einzelne erhalte. Die Zustände bei vielen einzelnen Firmen wurden näher beleuchtet und viel Unzufriedenheit gab sich kund. Mit den Ausführungen des Referenten waren die Redner im allgemeinen einverstanden.

Vermischtes.

Folgenschwere Explosion.

Eine entsetzliche Katastrophe hat sich nach einer telegraphischen Meldung aus New York gestern in Richford im Staate Vermont ereignet. Bei einer Explosion in einem Getreideelevator wurden dreizehn Personen, darunter zwei Frauen, getötet.

Giftige Gase.

Im „Niskaschacht" bei Kattowitz benutzten zwei Bergleute einen verbotenen Ausfahrtsschacht. Sie wurden durch giftige Gase überrascht und betäubt; beide stürzten in den Schacht hinab und waren sofort tot.

Vom Hauptmann von Köpenick.

Vor einigen Wochen trat in einem Lokal in Hamburg der Schuhmacher Voigt auf; es hatte sich ein nach Tausenden zählendes Publikum eingefunden, so daß der Wirt auf seine Kosten gekommen sein dürfte. Andere hamburgische Wirte rissen sich um diese „Attraktion", und Voigt schloß mit einem Wirt einen Kontrakt ab, den er nicht hielt. Er zog es vor, bei einem anderen Wirt in Hamburg zu erscheinen. Der geschädigte Wirt, der alle Vorbereitungen zu einem großartigen Empfang des „berühmten" Zeitgenossen getroffen und einen Wagen nach dem Bahnhof geschickt hatte, reichte bei dem Amtsgericht Hamburg eine Entschädigungsklage gegen Voigt ein. Da dieser zum Termine nicht erschienen war, wurde gegen ihn ein Versäumnisurteil erlassen.

Das tägliche Eisenbahnunglück.

Nach einer amtlichen Meldung überfuhr gestern vormittag um 5 Uhr 25 Minuten Schnellzug 10 das auf Halt stehende Ausfahrtssignal auf Bahnhof Großbeittingen und fuhr in eine das Gleis kreuzende Rangierabteilung. Der Heizer der Rangierlokomotive wurde getötet, der Lokomotivführer schwer verletzt; Lokomotivführer und Heizer des Schnellzuges sowie zwei Postbeamte wurden leicht verletzt. Reisende wurden nicht verletzt.

Unter Erdmassen begraben.

In der Nähe von Castres in Frankreich sind infolge Erdrutschungen drei Erdarbeiter verschüttet und getötet worden; mehrere andere erlitten Verletzungen.

Die „Nationalspende".

Nach der Katastrophe, die den Ballon des Grafen Zeppelin vernichtete, regte sich bei unseren Patrioten das „nationale Gefühl" so stark, daß schleunigst der Verpflichtung des Reiches vorgegriffen und eine Sammlung für eine „Nationalspende" aufgemacht wurde. Mit welchen Mitteln man in einigen Bezirken die Geldsammlungen betrieben hat, zeigt folgendes Zirkular, das die „Bergarbeiter-Zeitung" veröffentlicht.

„Herrn Betriebsführer Toßberg, Schacht I/III.

Ich habe mich bereit erklärt, Sammellisten für die „Graf Zeppelin-Spende", die nach dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung in der Stadt Wattenscheid eingeleitet wird, auf unseren Schachtanlagen aufzulegen. Ich bitte Sie, die beifolgende Liste auf Ihrer Schachtanlage in geeigneter Weise zur Einzeichnung eines Betrages aufzulegen und die etwa gezeichneten Beträge einzusammeln. Die Liste muß nebst den eingezeichneten Beträgen spätestens am 17. September im Laufe des Vormittags an mich eingereicht werden.

Der Bürgermeister der Stadt Wattenscheid schreibt in seinem Anschreiben wie folgt:

„Da es sich um eine hochbedeutsame nationale Angelegenheit handelt, dürfen wir wohl die Bitte anfügen, sich derselben besonders annehmen und dafür eintreten zu wollen, daß möglichst eine allgemeine Teilnahme an der Sammlung zustande kommt. Jede, auch die kleinste Gabe wird dankend angenommen. Das Ergebnis der einzelnen Sammellisten soll demnächst veröffentlicht werden. Althoff."

Es gehört schon ein großer Mut dazu, den Bergarbeitern derartige Abgaben abzuverlangen, wo die Spendensammler die Löhne derartig herunterdrücken, daß es den Bergarbeitern schwarz vor den Augen wird.

Eingegangene Druckschriften.

K. Muenzer. „Abenteuer der Seele". Geh. 3,50 M., geb. 4,50 M. Verlag: Vita, Berlin-Charlottenburg.

H. Bahr. Stimmen des Blutes. Novellen. Geh. 2 M., geb. 3 M. — **M. Burckhard.** Die Insel der Seligen. Roman. Geh. 4 M., geb. 5 M. — **M. Berndt.** Go. Roman. Geh. 4 M., geb. 5 M. — **J. V. Jensen.** Die neue Welt. Essays. Geh. 4 M., geb. 5 M. — **B. Shaw.** Essays. Geh. 5 M., geb. 6 M. — Verlag: S. Fischer, Berlin, Bülowstr. 90.

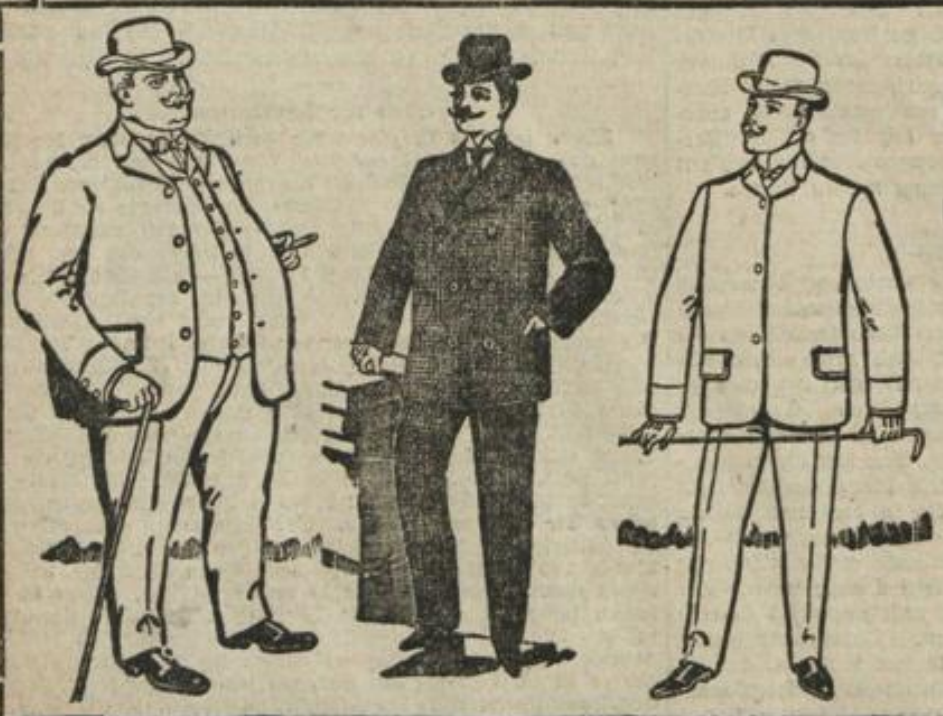
Das Ideal der Freiheit. Von Dr. Naumann. 50 Pf. Buchverlag der „Hilfe", Berlin-Schöneberg.

Maler-Kalender 1909. Herausgegeben vom Vorstande des Verbandes der Maler, Lackierer usw. 231 Seiten. Verlag: A. Tobler, Hamburg 22.

„Narrenspiegel", vorgehalten von C. A. Loosli. Verlegt von der Unionsdruckerei, Verlag in Bern. Preis brosch. 3 Fr., geb. 4 Fr.

Weshalb bedarf es einer Neueinteilung der Reichstagswahlkreise? Von M. Deutsch. 65 Pf. Verlag: C. Georgi in Bonn.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft rege, Preise für Ochsen-, Kalb- und Schweinefleisch anziehend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft genügend, Preise befriedigend. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft befriedigend, Preise genügend. Fische: Zufuhr genügend, Geschäft matt, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Geschäft sehr still, Zufuhr reichlich, Preise wenig verändert.



Julius Lindenbaum

Ecke Frankfstr. **Große Frankfurter Str. 141.** Ecke Frankfstr.

Größtes u. leistungsfähigstes Spezialhaus des Ostens, Nordostens u. Südostens für feine Herren- u. Knaben-Moden.

Billigste Preise. — Gediegenste Verarbeitung.
Garantie für guten Sitz. — Modernste Fassons.
Für jede Körperform passend am Lager.

Herren-Sakkoanzüge.			Gesellschaftsanzüge.		
M. 14.50	M. 19.50	M. 27.50	M. 28.50	M. 36.–	M. 44.–
M. 35.–	M. 42.–	M. 51.–	M. 51.–	M. 62.–	M. 71.–

Anfertigung nach Maß unter Leitung erstklassiger Zuschneider.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Aushängung der Wählerlisten — doch kein „grober Unfug"!

Bei den Landtagswahlen von 1908 hatten in Berlin einige Gastwirte, in deren Lokalen unsere Genossen ihre Wahlbureaus eingerichtet hatten, Listen der Wähler mit Angabe der Abstimmung in die Schaufenster gehängt. Jeder der vorbeiging, konnte sich aus diesen Aushängen darüber informieren, wie es in dem betreffenden Bezirk zurzeit um die Wahlaussichten der Parteien stand. Aber jeder konnte allerdings auch daraus ersehen, ob die einzelnen Wähler „rot" oder „blau" gewählt hatten. Manchem unserer Gegner war das ein schweres Aergernis, besonders denen, die als Geschäftsleute bisher die Arbeitergroschen gern eingestrichen hatten und nun fürchteten, daß sie in dieser angenehmen Beschäftigung gestört werden könnten. Sie liefen spornstreichs zum allmächtigen Schutzmann und forderten, daß den roten Gastwirten sofort aufgegeben werde, die gefährlichen Listen aus den Schaufenstern herauszunehmen. Für die Gastwirte hatte die Sache dann noch ein kleines Nachspiel: es blühte ihnen ein Strafmandat wegen „groben Unfugs", und als sie die Schöffengerichte um Entscheidung ersuchten, wurden sie „schuldig" befunden und verurteilt. Daß es noch kein „grober Unfug" sein kann, wenn ein Geschäftsmann um seines Geldbeutels willen sich durch solche Aushänge von Abstimmungslisten gekränkt und belästigt fühlt, das hatten die Richter erster Instanz nicht begriffen.

Begriffen haben es aber die Richter zweiter Instanz, die in zweien dieser Fälle über die gegen die Urteile eingelegte Berufung zu entscheiden hatten. Der Schankwirt Paschen (Wiener Straße) und die Schankwirtin Lange (Reichenberger Straße) standen dieser Tage vor der Strafkammer und forderten Aufhebung der erstinstanzlichen Urteile. Rechtsanwalt Theodor Liebknecht, der beide Angeklagte verteidigte, machte geltend, daß nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts nur dann „grober Unfug" als vorliegend zu erachten sei, wenn durch eine grob ungebührliche Handlung das Publikum in seiner unbestimmten Allgemeinheit belästigt werde oder der äußere Bestand der öffentlichen Ordnung bedroht sei. Beides treffe nicht zu, wenn — wie vor der Strafkammer durch die Zeugenaussagen aufs neue erwiesen worden sei — einzelne Geschäftsleute an den Aushängen Anstoß nehmen, weil sie für sich Boykottierung fürchten. Bei Frau Lange komme übrigens noch in Betracht, daß sie selber von der Aushängung der Listen gar keine Kenntnis hatte. Da das Gericht trotz der Einfachheit der Sache mit dem Urteil nicht sogleich fertig werden konnte, so wurde die Verkündung auf einen späteren Tag verschoben und hierfür ein besonderer Termin angesetzt. Am Donnerstag fand die Urteilsverkündung statt. In beiden Fällen wurden die Schöffengerichtsurteile, die von den Verurteilten angefochten worden waren, aufgehoben. Nicht nur Frau Lange, die von den Aushängen nichts gewußt hatte, sondern auch Herr Paschen wurde glatt freigesprochen, unter Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse. Das Gericht hatte sich auf den vom Verteidiger eingenommenen Standpunkt gestellt, der nicht nur dem Wortlaut des Gesetzes, sondern auch den Regeln der Logik entspricht. Vor den Fenstern der fraglichen Lokale seien zwar einzelne Passanten stehen geblieben, um die Aushänge mit ihren roten und blauen Vermerken zu lesen. Es seien aber keine Ansammlungen entstanden, durch die etwa das Publikum in seiner unbestimmten Allgemeinheit belästigt und der äußere Bestand der öffentlichen Ordnung gefährdet worden wäre. Die Belästigung, die von einzelnen empfunden worden sei, weil sie für sich eine Boykottierung fürchteten, erfülle nicht das Kriterium des „groben Unfugs".

So hatte diesmal das Universalmittel, das sonst im Paragraphen vom „groben Unfug" gefunden zu werden pflegt, seine Wirkung versagt.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Das Lokal „Ostbahnhof-Restaurant", Küstriner Platz, steht uns zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung.

In **Pankow** hat das „Gewerkschaftshaus", Kaiser-Friedrich-Straße 12, den Inhaber gewechselt, jetziger Besitzer Albert Rößler; in **Rauen** wird das Lokal von Kumke („Schützenhaus") unter der Firma „Volksgarten", Chausseestraße 55, weitergeführt. Beide Lokale stehen uns nach wie vor zur Verfügung.

In **Alt-Glienicke** ist das Verkehrslokal jetzt: J. Knochen, „Terrassengarten", Rudower Straße 54.

Die Lokalkommission.

Erster Wahlkreis. Sonntag, den 11. Oktober, abends 6 Uhr, findet in der „Lebensquelle", Kommandantenstraße 20, eine Versammlung mit Frauen statt. Vortrag des Genossen Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn über „Jugenderziehung". Nachdem: Geselliges Beisammensein und Tanz. Eintritt mit Garderobe und Tanz 20 Pf.

Der Vorstand.

Johannisthal. Sonntag, den 11. Oktober, nachmittags 3 Uhr pünktlich, bei A. Gobin, Roonstr. 2: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag. Referent: Genosse Küter-Schöneberg. Diskussion. Bericht der Gemeindevertreter. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. Parteigenossen, welche ihre Wohnung gewechselt haben, mögen dies dem Kassierer Pirsich, Roonstr. 7, anzeigen.

Der Vorstand.

Britz-Buckow. Sonntag, den 11. Oktober, nachmittags 3 Uhr, findet im Buschkrug, Rudower Straße 51, eine öffentliche Volksversammlung statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen F. Zubeil über: „Die Kriegshetze und die damit verbundene weitere Belastung des arbeitenden Volkes durch neue Steuern". Diskussion. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Alt-Glienicke. Sonnabend, den 10. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Lokal des Herrn Knochen, Rudower Straße 54, eine Wahlvereinsversammlung statt, die sich mit der Berichterstattung vom Parteitag und von der Generalversammlung Groß-Berlin beschäftigt. Die Frauen, die in der Volksversammlung ihren Eintritt zur Organisation erklärt haben, können in der Versammlung ihre Mitgliedsbücher beim Kassierer in Empfang nehmen.

Der Vorstand.

Hohen-Schönhausen. Heute abend 8 Uhr Zusammenkunft der Genossen und Genossinnen des Gutsbezirks im Lokal des Genossen Scheich, Berliner Straße 91. Tagesordnung: Die plötzlich ausgeschriebene Schuldeputationswahl.

Der Vorstand.

Schildow-Blankenfelde (Bezirk Nieder-Schönhausen). Am Sonntag, den 11. Oktober, nachmittags 3 Uhr, findet in Mönchsmühle im Lokale des Herrn Florian Knappe die Wahlvereinsversammlung statt. Treffpunkt der Schönhauser Genossen Punkt ½2 Uhr bei Bratvogel, Nordend.

Der Vorstand.

Bernau. Heute abend 7½ Uhr findet von Kunze, Bürgermeisterstraße, aus eine Handzettelverbreitung statt.

Berliner Nachrichten.

Die Speisung bedürftiger Schulkinder

beschäftigt im Augenblick auch eine vom Magistrat eingesetzte Kommission. Gestern hat eine Sitzung dieser Kommission stattgefunden, die Beratungen sind aber noch zu keinem endgültigen Ergebnis gelangt. Bei früheren Gelegenheiten ist von uns darauf hingewiesen worden, daß der Leiter des Armenwesens, der Stadtrat Münsterberg, darauf dringt, daß ihm die Angelegenheit übertragen werde, da sie zu seinem Ressort gehöre; derselbe Mann, der sich nicht im geringsten rührte, als alle Welt von der großen Notlage unter der arbeitenden Berliner Bevölkerung und deren Kinder unterrichtet war. Wir müssen auch heute wieder gegen die Absicht Protest erheben, die Frage der Schülerspeisung zu einer Angelegenheit der Armenverwaltung zu machen. Die Schulspeisung ist eine Angelegenheit der Schule und darf von der Leitung der Schule nicht getrennt werden.

Vom Wannsee.

Auf dem im Sonnenlicht blauschwarz schimmernden Spiegel des Wannsees bilden die weißen Segel der Boote mit den bald grell aufleuchtenden, bald schwarz verschwimmenden Flügeln der kreisenden Möven ein malerisches Durcheinander. Die sandigen Abhänge am Ufer glänzen dazwischen hell auf, und in mächtigen braungrünen Beständen hat sich zwischen See und Forst ein Wald von Schilf emporgereckt. Das größte unserer heimischen Gräser braucht Zeit zur Vollendung. Das weit zurückgetretene Wasser, das auf feuchtem Sandboden Schneckenschalen und grüne Algen zurückgelassen hat, gestattet uns, einige Schilfstengel zu erreichen. Von Strecke zu Strecke durch Knoten gestützt, wie sie alle Gräser auszeichnen, erreichen die sonst hohlen Halme eine imposante Höhe und Festigkeit. Von jedem Knoten geht nach oben eine der Länge nach aufgeschlitzte Röhre aus, die Blattscheide, die den Halm fest umschließt und oben plötzlich in ein weit abstehendes Blatt ausläuft. Faßt man das Blatt, so kann man es, weil die Blattscheide nachgibt, weit um den Halm herumdrehen. Das Blatt hat also gewissermaßen keinen bestimmten Befestigungspunkt am Halm, sondern einen veränderlichen, und diese Eigenschaft kommt dem Schilfe sehr zu statten, wenn der Wind es zerzausen will. Er würde die bei aller Höhe doch dünnen Pflanzen bald umlegen, wenn er die Blätter fassen könnte. Aber diese weichen stärkeren Windstößen infolge der Beweglichkeit der Blattscheiden aus, indem sie sich in die Windrichtung einstellen. So rauscht der Wind unschädlich hindurch, nimmt aber dabei die reif gewordenen kleinen Samen aus den großen, braunen Rispen und führt sie weit umher. Dann fährt er mürrisch durch die Kiefern, denen er nur dürre Aestchen entreißen kann, und hält sich schadlos an Sträuchern und Laubbäumen, die nun trotz der manchmal noch warm aufleuchtenden Sonne ihr letztes hergeben müssen. Nur an den Enden der schwanken Zweige sieht man oft noch lange einzelne Blätter wie Windfähnlein sich halten. Sie sind von allen immer die jüngsten, daher am zähesten. Erst der erste Frost wirft sie nieder.

Aus den Gärten der Villen streckt allerhand Gesträuch bunte Beeren und andere Früchte durch die Eisengitter. Weiße Schneebeeren, die die Kinder gern unter der Sohle zerknallen lassen, Heckenkirschen und rote Pfaffenhütchen, einer Bischofsmütze ähnlich, die aufgeplatzt schön orange gefärbte Samen ihren Liebhabern unter den Vögeln wie auf dem Präsentierteller darbieten. In den Alleen fällt raschelnd ab und zu ein stacheliges Gehäuse aus den hohen Kastanien und glänzende Früchte rollen aus den zerschellenden Hüllen in das dürre Laub. So hat sich abermals ein Kreislauf des Lebens geschlossen, und das ewige Spiel rüstet zu neuem Beginn.

Wenn Arbeiter Samariterdienste tun.

Bei dem Hochbahnunglück wurde den Verunglückten die erste Hilfe von Privatpersonen geleistet. Es verstand sich von selber, daß die Augenzeugen dieses entsetzlichen Vorganges nicht warteten, bis die Unfallstationen und die Feuerwehr alarmiert wurden, sondern sofort zusprangen und helfend eingriffen. Wir haben berichtet, in wie tatkräftiger Weise das Personal der Gesellschaft für Kühlhallen sich der Verunglückten annahm. Wir erfahren aber jetzt, daß auch Bauarbeiter, die auf dem benachbarten Postneubau in der Luckenwalder Straße beschäftigt waren, sich an den ersten Rettungsarbeiten beteiligt haben. Als der Polier ihnen zurief, ein Wagen der Hochbahn sei abgestürzt, ließen sie ihre Arbeit im Stich, kletterten über den Zaun, der sie von der Unfallstelle trennte, und machten sich daran, die jammernden Verunglückten aus ihrer furchtbaren Lage zu befreien. Noch ehe die Mannschaften der Feuerwehr bezw. das Personal der Unfallstationen eintrafen, hatten die Bauarbeiter zusammen mit den Arbeitern der Kühlhallen bereits eine Anzahl Verwundete und Tote aus den Trümmern des Wagens herausgeholt. Auch nachher leisteten sie noch Hilfe, nicht achtend der Gefahr, die von dem zweiten, halb über den Viadukt hinaushängenden Wagen ihnen drohte. Als sie schließlich die Unfallstelle verließen, um auf dem Bau ihre Arbeit wieder aufzunehmen, sah man an ihnen die Spuren der Beteiligung an den Rettungsarbeiten. Ihre Kleidung war mit Blut bedeckt, aus den Gesichtern sprach tiefe Erschütterung und Erschöpfung. Unter dem Eindruck des Furchtbaren, das sie erlebt hatten, wurde es manchem schwer, die Arbeit fortzusetzen. Aber dem Kommando des Poliers mußte Folge geleistet werden.

Die Arbeiter haben hinterher nicht viel Aufhebens von dieser ihrer Samariterhilfe gemacht, die ihnen als selbstverständlich galt; darum war hierüber bisher nichts an die Oeffentlichkeit gelangt. Welchen Anteil sie an den Rettungsarbeiten gehabt haben, das ist auch uns erst nachträglich mitgeteilt worden und zwar aus einem bestimmten Grunde, der auch uns veranlaßt, jetzt noch auf die Angelegenheit zurückzukommen. Man hat nämlich den Arbeitern in der folgenden Woche bei der Lohnzahlung **den Lohn für die zwei Stunden nach dem Unfall, in denen ihre Arbeit geruht hatte, einbehalten.** Das war, vom Standpunkt des Geschäftsmannes betrachtet, gewiß „ganz in der Ordnung". Doch von rein menschlichem Standpunkt aus betrachtet, ist das eine Schäbigkeit ohne gleichen. Die Unternehmerfirma, in deren Betrieb aus solchem Anlaß eine Lohnkürzung über die Arbeiter verhängt worden ist, heißt Boswau u. Knauer. In dem Kreise der für ihre Samariterhilfe mit Lohnkürzung bestraften Arbeiter ist die Frage aufgeworfen worden, ob nicht die Hochbahngesellschaft es für angemessen halten wird, der Firma Boswau u. Knauer nachträglich den Geldbetrag zur Verfügung zu stellen, der aufgewendet werden müßte, wenn den Arbeitern die zwei Stunden mitbezahlt würden. Man sieht hier, wie schwer es Arbeitern gemacht wird, ihren Mitmenschen in der Not beizustehen. Wir sind indes überzeugt, daß trotz dieser Erfahrungen keiner der Arbeiter, die da Samariterhilfe geleistet hatten und dafür eine Lohnkürzung ernteten, bei einem ähnlichen furchtbaren Unglück sich auch nur einen Augenblick besinnen wird, wiederum seine Pflicht zu tun und Hilflosen zu helfen.

Die städtische Fleischvernichtungs- und Verwertungsanstalt in Rüdnitz bei Bernau hat sich günstig entwickelt. Seit dem 1. Juni d. J. wird dort ohne Störung gearbeitet. Die Menge der dort verarbeiteten Kadaver, darunter Hunde, Pferde, Rinder usw., aber auch Hirsche, Bären, Löwen und anderes Wild, ist erstaunlich groß. Alle werden automatisch zu Knochenmehl, daß als Futter und Dünger verwendet wird, und Fett zur Seifenfabrikation verarbeitet. Außerdem wird noch Leim gewonnen und werden die Häute gesalzen. Und das alles ohne die geringste Geruchbelästigung. Nichts verrät von außen, daß dort Tausende von Kadavern vernichtet werden. Sie kommen in festverschlossenen eisernen Waggons mit der Eisenbahn in die Anstalt. Nachdem sie enthäutet sind, kommen Fleisch, Knochen usw. in große, von der Firma Rudolf u. Hartmann gelieferte Apparate von je 50 Zentner täglichem Fassungsvermögen. 50 Zentner Fleisch liefern dann 15 Zentner Fleischmehl, und zwar der allerfeinsten Qualität. Die Verarbeitung erfolgt in dauernd geschlossenen Apparaten, der jetzt 8 in Betrieb sind, so daß täglich 400 Zentner verarbeitet werden können. Seuchenkrankes Vieh wird besonders behandelt. Es wird zerteilt und kommt z. B. ein Bulle oder ein Pferd sofort im ganzen in einen Apparat. Die Arbeiter werden durch besondere Vorkehrungen gegen Ansteckung geschützt. Die Wände der Anstalt sind mit weißen, glasierten Steinen bekleidet, der Fußboden ist mit Fliesen bedeckt, der Hof vollständig aus Zement-Macadam hergestellt, jeder Teil der Anstalt, deren Baukosten sich auf 1½ Millionen Mark belaufen, ist mit Leichtigkeit unter Wasser zu setzen, abzuwaschen und zu reinigen. Zum Einstellen von zum Töten bestimmten seuchenkranken oder seuchenverdächtigen Tieren ist ein besonderer Stall mit Futterboden usw. vorhanden. Ferner befindet sich auf dem Grundstück, das nur durch seinen weithin sichtbaren Riesenschornstein, der allein über 10 000 M. Kosten verursachte, seine Bestimmung andeutet, ein Kesselhaus, ein Stall für die Anstaltspferde und mehrere Schuppen, in denen sich auch eine Schlosserwerkstatt befindet.

Die eigentliche Anstalt ist mit einer hohen Mauer umgeben. Die Beamtenwohnhäuser mit ihren hohen roten Ziegeldächern beherrschen die Straße nach dem Vorwerk Albertshof. Ein Anschlußgleis verbindet dieses und die Anstalt mit der Stettiner Bahn. Ueber die Fabrikation ist noch zu sagen, daß mit überhitztem Dampf die Kadaver förmlich geröstet werden. Das Mehl fällt aus den großen Kesseln in eine im Fußboden liegende Transportschnecke, wird von dieser mit einem Elevator auf den Dachboden befördert und nach Durchgang durch ein Mahl- und Siebwerk auf dem Boden aufgestapelt. Eine Verbindung zwischen den Räumen, wo seuchenkranke Tiere ankommen bezw. wo die Kadaver abgeledert werden, und den Fabrikationsräumen besteht nicht. Die Arbeiter in den ersteren Räumen kommen mit den übrigen nicht zusammen. Sie haben vollständig getrennte Aufenthalts-, Wasch- und Baderäume usw. An Raum ist nirgends gespart worden, so daß eine Erweiterung schnell und mit geringen Kosten ausgeführt werden kann.

Ueber die Behandlung und den Betrieb in den Anstalten des Pastors Bodelschwingh sind uns in letzter Zeit verschiedene Klagen zugegangen. In einem Falle handelt es sich um einen 60jährigen Mann, der auf Zureden eines Predigerkandidaten, sowie des Oberinspektors von Station „Gnadental" aus dem Hospital in der Fröbelstraße im Dezember 1907 nach dorthin übergesiedelt und bis jetzt daselbst verblieben war. Es wurde ihm bei der Uebersiedelung gesagt, daß es draußen sehr gut eingerichtet und den Insassen Gelegenheit geboten sei, auch ein paar Groschen von dem Verdienst zurücklegen zu können.

In den Anstalten sollen nun junge Leute aus dem „Grauen Hause" in Hamburg ein etwas forsches Regiment führen und den alten Leuten nicht in der Weise entgegentreten, wie es sich nun einmal für junge, 20jährige Männer alten Personen gegenüber geziemt. Der betreffende Greis hat infolge dieser Behandlung gekündigt und ist wieder nach der Fröbelstraße zurückgekehrt.

Ferner sollen daselbst, nach den uns mitgeteilten Angaben, eigentümliche Gepflogenheiten herrschen bezüglich der Entlohnung der Insassen. Es wird gesagt, die Anstalt bekäme für die auf die Güter entsandten Arbeitskräfte 2,50 bis 3 M. pro Tag von den Landwirten, an die betreffenden Arbeiter würden aber nur 50 Pf. Tagelohn ausgezahlt. In einem heliographierten Briefe, der uns vorlag, heißt es unter anderem in bezug auf diejenigen, die aus irgendeinem Grunde die Anstalt verlassen haben:

„Unsere Vorschriften für die Wiederaufnahme von Abgängern haben wir bedeutend verschärft. Sechs Wochen umsonst arbeiten, ein Vierteljahr ohne Urlaub, Verpflichtung auf ein halbes Jahr."

Besonders geklagt wird über einen Herrn Weller, 1. Hausvater, jetzt in „Hoffnungstal".

Einem Manne sollen, als er nach 3½ Monaten die Anstalt verließ, 40 Pf. für Briefporto abgezogen worden sein, obgleich er weder Briefe empfangen, noch solche abgeschickt hat. Ein Maurer, der fünf Monate fleißig gearbeitet hatte, soll Sonnabends seinen Abgang angezeigt und am anderen Tage, Sonntags, Besuch von Verwandten oder Bekannten erhalten haben. Diese brachten dem Mann einen Schnaps mit, was in der Anstalt verboten ist. Die Sache kam heraus und dem Manne sollen bei seinem Abgange 53 M., die er verdient und zu bekommen hatte, einbehalten sein. Das Geld soll der Anstaltskasse zugefallen sein. Echt christlich, Herr Pfarrer Bodelschwingh!

Zum Gordon-Bennett-Rennen der Lüfte.

Wie wir bereits kurz berichtet haben, ist für den 10.—12. Oktober ein internationales Ballonwettfliegen geplant. Als Startplatz ist Schmargendorf bestimmt. Die Stadt Berlin hat zu diesem Zwecke beschlossen, das zum Füllen der Ballons notwendige Gas zur Verfügung zu stellen. Die Füllanlage auf dem Startplatz in Schmargendorf ist jetzt auch in der tiefer gelegenen Talmulde fertiggestellt und ermöglicht es, mit dem Anschluß in der Ballonhalle des Berliner Vereins für Luftschiffahrt 24 Ballons gleichzeitig für den Aufstieg fertig zu machen. Die unmittelbar vor der Ballonhalle gelegenen Füllplätze werden bereits für die Dichtigkeitsprüfungen der eingelieferten Ballonhüllen benutzt, die gerade auf ihre Zuverlässigkeit nach dieser Richtung hin einer gründlichen Revision unterzogen werden.

Von den für das Gordon Bennett-Rennen der Lüfte gemeldeten Ballons ist die Zahl der abgenommenen Bewerber jetzt auch kompletter. Bisher sind eingeliefert die drei deutschen Ballons „Berlin", „Busley" und „Düsseldorf", ferner die drei spanischen Ballons „Valencia", „Castilla" und „Montannés". Von den Schweizer Bewerbern ist der Ballon „Helvetia" abgenommen. Die

Amerikaner haben gleichfalls erst einen Ballon eingeliefert, den alten „Conqueror", während die beiden anderen Vertreter neu in Paris gebaut wurden und sich wahrscheinlich unter den noch auf dem Schlesischen Bahnhof und bei der Zollrevision lagernden zehn Pariser Kollis befanden, die Laufe des gestrigen Vormittags zur Ablieferung gelangte, ebenso wie das englische Ballonmaterial.

Bis auf Italien und Belgien wären demnach bereits alle Länder in Berlin vertreten, und da von diesen die Ankunft des Ballonmaterials inzwischen avisiert worden ist, steht zu erwarten, daß am Starttage alle 23 Bewerber in die Lüfte steigen werden.

Die Eisenbahnverwaltung hat für den an den Tagen der Ballonaufstiege zu erwartenden Massenverkehr die umfangreichsten Maßnahmen getroffen. Es wird damit gerechnet, daß Hunderttausende von Zuschauern mit der Stadtbahn befördert werden müssen und dementsprechend sind auch die Vorbereitungen, zu denen sich die Betriebsverwaltung veranlaßt gesehen hat. Auf den beiden Stationen Halensee und Schmargendorf, zwischen denen das Aufstieggelände liegt, sind im ganzen vier mächtige Ersatzbrücken errichtet worden. Es sind große stabile Holzbrücken, über die die Menschenmengen direkt vom Bahnsteig nach dem freien Felde bezw. nach der nächstbelegenen Straße geleitet werden. — Der Ort Schmargendorf wird aus Anlaß des Bennett-Rennens der Lüfte festliches Gepräge erhalten. Die Anwohner sind aufgefordert worden, die Häuser auszuschmücken, und die öffentlichen Gebäude werden Flaggenschmuck anlegen.

Zuschriften aus unserem Leserkreise bemängeln, daß für Zuschauerplätze 2—18 M. erhoben würden, ein Preis, den nur sehr bemittelte Leute zahlen können, obwohl die Stadt Berlin aus allgemeinen Mitteln eine Beihilfe geleistet habe.

Recht gedankenlos wird die „Kreuz-Zeitung" redigiert. Sie läßt sich in ihrer gestrigen Abendausgabe folgendes Kuckucksei ins Nest legen:

„Die Redakteure des „Vorwärts" sind, wie der Augenschein lehrt, verpflichtet, aus jeder Mitteilung, die sie bringen, sozialdemokratischen Honig zu saugen, d. h. sie zu irgend welcher Hetzerei auszunutzen. Daß bei dieser Tätigkeit allmählich eine gewisse geistige Verblödung eintreten muß, ist begreiflich. Heute regt der „Vorwärts" sich an einer Stelle mit Recht darüber auf, daß eine geizige Frau in Bayern ihrem Dienstpersonal verdorbene und ekelerregende Speisen vorgesetzt habe, wofür sie gebührendermaßen einen Monat Gefängnis und 200 M. Geldstrafe erhielt, und in derselben Nummer macht er der Leitung der hiesigen Kochkunstausstellung den Vorwurf, daß sie die ausgestellten Speisen beseitigen lasse, sobald die ersten Spuren der Zerstörung sich an ihnen zeigten, während Zehntausende kaum ein Stück trockenes Brot hätten. Vielleicht kommt die Leitung der Ausstellung den Redakteuren des „Vorwärts" entgegen und setzt ihnen die verdorbenen Speisen einmal als Kostproben vor; wenn die Herren dann noch den Mut haben, sie den genannten „Zehntausenden" als Nahrung zu empfehlen, schreiben sie vielleicht einen Artikel gegen sich selbst in demselben saftigen Stile, mit dem sie den Vorfall in Bayern behandelt haben."

Wer unsere Zeilen über die Vergeudung von großen Mitteln für Leckerbissen für die besitzende Klasse gelesen hat, wird sicher nicht herausgefunden haben, daß wir gewünscht hätten, verdorbene Lebensmittel sollen den vielen Hungernden überlassen werden. Wir haben nur den Widersinn unserer heutigen Zustände durch Feststellung einer bestimmten Tatsache charakterisiert. Das versteht natürlich jeder einfache Mann; bei einem „Kreuz-Zeitungs"-Redakteur darf man solches Verständnis nicht voraussetzen, das geht über seinen Horizont.

Beide Hände abgequetscht wurden gestern früh einem bei der Buchbinderfirma Helmert u. Co., Prinzenstr. 46, beschäftigten jungen Mädchen. Die noch sehr jugendliche Arbeiterin war am Prägstock beschäftigt; sie wurde dem Urbankrankenhause zugeführt.

Ein Rettungswerk im Dunkeln vollführte vorgestern abend ein Schiffer, der mit seiner Zille im Spandauer Schiffahrtskanal in der Nähe der Schleuse am Nordufer ankerte. Gegen 7 Uhr vernahmen Passanten vom Wasser her einen lauten Aufschrei. Der Schiffer machte sofort seinen Handkahn los und fuhr der Gegend zu, aus welcher die Hilferufe ertönten. Es gelang ihm auch den Verunglückten, einen Knaben, noch rechtzeitig aus den Fluten zu ziehen. Der Gerettete war der Sohn eines Schiffseigners, der sich allein auf einer Zille befunden hatte, während die Eltern nach Berlin gefahren waren, um einige Besorgungen zu machen. Den Bemühungen des Schiffers und einiger Straßenpassanten gelang es, den bereits besinnungslos gewordenen Knaben in das Leben zurückzurufen, doch mußte der Verunglückte nach dem Rudolf Virchow-Krankenhause überführt werden.

Interessante Pfahlbautenspuren aus altgermanischer Zeit sind an dem sogenannten Schwarzen Pfuhl, einem kleinen Waldsee in dem königlichen Forst bei Biesenthal, entdeckt worden. Bei Ausbaggerungsarbeiten wurde ein versteinerter Pfahl freigelegt und außerdem ein Einbaum, der ebenfalls aus der altgermanischen Zeit herstammen dürfte, aufgefunden. Es ist dies bereits das dritte derartige Fahrzeug, welches in jener Gegend ausgegraben worden ist. Der im Schwarzen Pfuhl aufgefundene Einbaum hat eine Länge von sechs Metern und ist vorzüglich erhalten. Der Kahn wird dem Märkischen Museum überwiesen werden, welches auch den aus dem See gezogenen versteinerten Pfahl erhalten soll.

Unfall auf der elektrischen Vollbahn. Auf der elektrischen Vollbahn Potsdamer Bahnhof—Groß-Lichterfelde-Ost, auf der, wie erinnerlich, vor etwa einem Jahre ein Zug auf der Brücke über den Landwehrkanal entgleiste, ist gestern mittag um 12½ Uhr bei der Einfahrt auf den Potsdamer Ring- und Vorortbahnhof ein Leerzug entgleist und auf den Prellbock aufgefahren. Bei dem Versuch, den Zug durch eine Dampflokomotive abzuschleppen, entstand Kurzschluß, so daß der Verkehr nach Lichterfelde-Ost gestört ist. Der Vorfall wird auf Versagen der Bremse zurückgeführt. Verletzt ist niemand.

Ein Hoteldieb ist dieser Tage festgenommen worden, der eine recht bewegte Vergangenheit hinter sich zu haben scheint. Der Verhaftete ist erst neunzehn Jahre alt und ist als ein gewisser Bruno Meyer festgestellt worden, dessen Vater ehemals Rittergutsbesitzer im Posenschen war. Der junge Mann war einmal eine Zeitlang Expedient in einem hiesigen großen Hotel, verließ aber diese Stellung, nachdem er mit dem Direktor Krach gehabt hatte. Jetzt wurde er Buchhalter in einer großen Restauration Unter den Linden. Dort stahl er 3000 Mark und entfloh mit der Beute nach Paris. In Paris lebte er unter dem Namen Baron Robert de Stolnicki als Grandseigneur. In seinem Auftreten sehr gewandt und des Französischen, Englischen und Deutschen durchaus mächtig, fand er Eingang in die besten Kreise. Ein Deputierter, den er auf dem Boulevard St. Germain kennen lernte, und mehrere Konsule fremder Mächte verehrten ihm ihre Photographie mit Widmung und Namensunterschrift. Auf welchen Wegen er seinen Lebensunterhalt erwarb, ist noch nicht bekannt, ohne Zweifel aber waren sie nicht sauber. Was Meyer veranlaßte, von Paris nach Brüssel und dann nach Antwerpen überzusiedeln, weiß man noch nicht. Während er in Brüssel noch flott gelebt hatte, ging es ihm in Antwerpen nicht gut. Aller Mittel bar, stellte er sich selbst der Behörde und wurde nach Berlin zurückgebracht. Für den Diebstahl erhielt er sechs Monate Gefängnis. Nachdem er sie in Tegel verbüßt hatte, nahm er den Namen eines hiesigen Freundes von ihm an, in dessen Familie er gut Bescheid wußte und dessen Militärpapiere er sich irgendwie verschafft hatte. Mit 60 M. Arbeitsverdienst aus der Strafanstalt entlassen, trieb er sich seit Juni in Berlin umher. Wovon Meyer lebte, ist noch nicht ermittelt. Er hatte in der Schillingstraße ein Zimmer gemietet. Dort wurden auch einige Schmucksachen eines bestohlenen Kammerherrn v. S. gefunden. Wertvolle Perlenketten hat Meyer in einem Karton als gewöhnlichen Brief an den Juwelier David Regener in der Rue des Capucines zu Paris gesandt. Von diesem erwartete er in den nächsten Tagen Geld für den Schmuck. Die Pariser Behörde ist aber jetzt sofort ersucht worden, die Perlen zu beschlagnahmen und für den Bestohlenen sicher zu stellen. Wegen anderer Wertsachen unterhandelte Meyer mit einem Juwelier in Posen. Nachdem dieser jedoch den Kauf abgelehnt hatte, versetzte er sie auf den Namen einer Frau Police, die er in Posen kennen lernte, bei dem dortigen Pfandhause. Hier werden sie wohl noch gefunden werden, so daß voraussichtlich die ganze Beute wieder herangeschafft werden kann. Ob Meyer auch in Paris, wo er als Baron Stolnicki zuletzt Rue Madame 28 wohnte, Hotel- oder andere Diebstähle verübt hat, ist noch Gegenstand der Untersuchung.

Eine Schlafstellenschwindlerin treibt im Südosten ihr Unwesen. Unter der Maske einer Kassiererin im Zirkus Busch mietete sich am 1. Oktober ein etwa 18—19jähriges Mädchen bei der Witwe Schrot, Oranienstr. 19, eine Schlafstelle. Ein anderes bei derselben Wirtin wohnendes Mädchen machte sich am Montag auf die Suche nach Arbeit; auch die Wirtin ging auf Arbeit. Diese Zeit nahm die Zugezogene wahr, um der Abwesenden die gesamten Ersparnisse in Höhe von 300 M., sowie Wäsche, Garderobe, Uhr usw. zu stehlen und sich auf Nimmerwiedersehen zu entfernen.

Es ist möglich, daß die raffinierte Spitzbübin auch anderweitig auftaucht. Schlafstellenvermieterinnen mögen deshalb auf der Hut sein.

Feuerwehrnachrichten. Die Feuerwehr hatte gestern in der Müllerstraße 151 zu tun. Dort brannten in einer Werkstatt eine Menge fertiger Möbel. Der 16. Zug mußte tüchtig Wasser geben, um die Flammen auf die Werkstelle zu beschränken. Nachts um 2 Uhr brannte in der Rügener Straße ein Möbelmagazin von beträchtlichem Umfange. In der Rüdersdorfer Straße 40 mußte gestern früh um 5 Uhr der 7. Zug einen Kellerbrand löschen. Grober Unfug lag einer Feuermeldung aus der Simeonstraße zugrunde. Zweimal wurde die Feuerwehr nach der Chausseestraße gerufen. Einmal nach Yorkstraße und dann nach der Ecke der Invalidenstraße, wo ein Mann von der elektrischen Straßenbahn überfahren worden war. Der Schwerverletzte wurde nach einem Krankenhause gebracht.

Ferner hatte die Wehr in der Weißenburger Straße 20 zu tun, wo Teer usw. auf dem Hofe brannte. Auf freiem Felde an der Bödicker Straße brannte Müll und in der Werneuchener Straße 12 in einem Keller Säcke u. a. Weitere Feueralarme liefen vom Ostbahnhof, Luisenufer 43 u. a. Stellen ein. Um Mitternacht waren in der Spenerstraße 13 Lumpen u. a. in Brand geraten.

Die Schöneberger Feuerwehr rückte nach der Eisenacher Straße 46 zum Feuer aus. Dort war auf einem Hängeboden durch Unvorsichtigkeit Feuer ausgekommen. Hausrat usw. verbrannte dabei.

Vorort-Nachrichten.

Direkter Fernverkehr der Berliner Vororte.

Im Fernverkehr der Vororte von Berlin wird am 1. November eine wichtige Neuerung eingeführt. Sie ermöglicht eine direkte Abfertigung von Personen und Gepäck zwischen Berliner Vorortstationen und allen Fernstationen des Staatsbahnbereichs, die im Verkehr mit Berlin stehen. Es werden dabei die Berliner Preistafeln benutzt, die die Fahrpreise nach Berlin enthalten. Von den Vorortstationen werden sämtliche größeren in den neuen Verkehr einbezogen, die nicht mehr als 20 Kilometer von Berlin entfernt sind. Vorläufig sind dies folgende Vorortstationen: Adlershof, Alt-Glienicke, Köpenick, Friedenau, Friedrichshagen, Groß-Lichterfelde-Ost, Groß-Lichterfelde-West, Grünau, Hermsdorf i. d. M., Hoppegarten, Karlshorst, Marienfelde, Nieder-Schöneweide-Johannisthal, Nikolassee, Schlachtensee, Steglitz, Südende, Tegel, Wannsee, Zehlendorf, Wannseebahnhof und Zehlendorf-Beerenstraße. Der neue Verkehr wird als Staatsbahnverkehr behandelt. Die von und nach Berliner Vorortstationen schon bestehenden Tarifsätze des Fernverkehrs bleiben bis auf weiteres neben den Sätzen des neuen Verfahrens in Kraft.

Charlottenburg.

In der am 5. Oktober stattgehabten Sitzung der Delegierten zur Charlottenburger Gewerkschaftskommission, in welcher auch die Vorstände resp. Bezirksleiter der einzelnen Gewerkschaften anwesend waren, wurde zunächst der Bericht über die Kassenverhältnisse im 3. Quartal 1908 vom Genossen Ahrens gegeben. Der Kassenbericht wurde für richtig anerkannt. Sodann hörten die Versammelten einen Vortrag des Herrn Loewen über die Bedeutung der „freien Fortbildungskurse für Arbeiter", welche von der sozialwissenschaftlichen Abteilung der Wildenschaft der Königlichen Technischen Hochschule zu Berlin veranstalten werden. Die Anmeldung zu den Kursen kann erfolgen am 28., 29., 30. und 31. Oktober cr., abends 8½—9½ Uhr in der III. Gemeindeschule, Schloßstr. 2. Die Hoffnung des Referenten, daß die Gewerkschaften in der bisher gewohnten Weise die Kurse eifrig propagieren mögen, fand in der nachfolgenden Diskussion lauten Widerhall. Ein nun folgendes Referat des Genossen Flemming über die Behandlung der Maifeier und Jugendorganisation auf dem Parteitage in Nürnberg sollte hauptsächlich darauf hinweisen, welche Arbeiten die Gewerkschaften in bezug auf die dort angenommenen Resolutionen, Hand in Hand mit der Partei zu tun haben. — In der Diskussion, an welcher sich die Genossen Ahrens, Kley, Schiller, Emil Lehmann und Haak beteiligten, nahm den größten Raum die Besprechung der Maifeier ein. Neue Momente wurden nicht zutage gefördert. Zum Schluß wies Genosse Flemming auf die kommenden Berliner Gewerbegerichtswahlen hin und fordert zur regen Beteiligung auf. Dieses betrifft gerade die Genossen, welche hier in Charlottenburg wohnen, aber in Berlin beschäftigt sind. — Nicht vertreten waren die Bäcker, Putzer und Schuhmacher.

Die Wohnung des Kassierers, Genossen Wilhelm Ahrens, befindet sich jetzt Haselerstraße 10b.

Schöneberg.

Der Bau der Untergrundbahn geht nunmehr seinen Gang. Die Ausführungen sind der Firma Siemens u. Halske mit einem Kostenanschlage von 10 200 000 M. übertragen. Gleichzeitig mit dem Bau werden auch die Anschüttungen des Stadtparkes gefördert und die Vorarbeiten zu dem Bau des neuen Rathauses in Angriff genommen. Mit der Unternehmerin hat die Stadt einen Bauvertrag abgeschlossen, um gegebenenfalls ihre Rechte wahren zu können. In dem Vertrage ist vorgesehen, daß die Ueberwachung und Aufsicht der Arbeiten seitens der städtischen Amtsstelle erfolgt. Die Firma bewirkt die Bauausführung und Lieferung der Bahnanlage einschließlich der Gebäude und Einrichtungen des Betriebs-Bahnhofes sowie der Betriebswerkstätten nebst Gleisen. Dasselbe gilt für die gesamte Betriebsausrüstung und für die elektrische Ausrüstung der Bahn und ihrer Nebengebäude, sowie für die Betriebsmittel.

Bei Vergebung von Arbeiten und Lieferungen an Dritte sind nach Möglichkeit Unternehmer und Arbeiter aus Schöneberg zu berücksichtigen.

Die Bauten und die Ausstattung soll solide und geschmackvoll sein. Die gesamte Bahnanlage und ihre Ausrüstung muß den jeweilig bewährtesten Errungenschaften der Technik entsprechen.

Die Unternehmerin ist verpflichtet, die Bahnanlage nebst Betriebsausrüstung innerhalb zweier Jahre betriebsfähig herzustellen, so daß der Betrieb sofort eröffnet werden kann. Der Termin wäre dann am 1. Oktober 1910.

Höhere Gewalt, ferner nicht rechtzeitige Ueberweisung der Bau- und Werkplätze, auch die nicht rechtzeitige Fertigstellung der mit der Bahnanlage im Zusammenhang stehenden Anlagen, welche nicht von der Firma auszuführen sind, berechtigen diese zur entsprechenden Verlängerung der oben gedachten Bauzeit. Weitere Rechte kann die Unternehmerin aus der nicht rechtzeitigen Ueberweisung oder Ausführung durch die Stadt nicht herleiten. Aussperrungen oder Streiks berechtigen mithin nicht zur Verlängerung der Bauzeit.

Die Trace der Untergrundbahn soll vom Rollendorfplatz durch die Motzstraße, Viktoria-Luisen-Platz, Münchener Straße, Speherer Straße, Bayrischer Platz, Innsbrucker Straße, Hauptstraße bis zur Kreuzung der Ringbahn eventuell Ebersbahnhof führen. Die nordöstliche Fortsetzung vom Rollendorfplatz soll im Zuge der Motz-, Genthiner, Königin-Augusta- und Viktoriastraße über den Kemperplatz und durch den Tiergarten nach der Behrenstraße geleitet werden.

Die Schöneberger Grundeigentümer sind, soweit sie interessiert und in Frage kommen, als Anlieger zur Deckung der Kosten für die Herstellung und Unterhaltung der Untergrundbahn in einer nach dem Gesetze zulässigen Weise heranzuziehen.

Treptow.

Auf dem Brandplatze in der Karpfenteichstraße hatte die Ortsfeuerwehr bis gestern morgen zu tun. Bei den Ablöschungsarbeiten sind leider auch mehrere Feuerwehrleute an Rauchvergiftung erkrankt.

Ober-Schöneweide.

Aus der Gemeindevertretersitzung. Die Kirchengemeinde verlangt von der Gemeindevertretung die Summe von 2500 M. für die Ausschmückung der Straßen anläßlich der Einweihung der neuerbauten evangelischen Kirche. Genosse Grunow trat dieser Forderung entgegen und führte aus, daß die Gemeinde sich ohnehin in einer äußerst schlechten finanziellen Lage befände, welche äußerste Sparsamkeit erheische. Wolle die Kirchengemeinde hier glänzen, dann solle sie auch die Kosten übernehmen, aber nicht neun Zehntel der hiesigen Bevölkerung, welche davon nichts wissen will, damit belästigen. Als völlig verwerflich müsse er die Handlungsweise der Kirchengemeinde — welche doch die Toleranz in Erbpacht zu haben glaubt — bezeichnen, insofern sie den Gemeindebeamten und Lehrern gegenüber Terrorismus ausübt. Es sind denselben namentliche Listen überreicht zur Zeichnung eines Beitrages für die Kosten der Einweihung. Erfreulicherweise haben viele einen dicken Strich hinter ihren Namen gemacht.

Die bürgerlichen Vertreter hüllten sich in tiefes Schweigen. Gegen vier Stimmen wurden die 2500 M. bewilligt.

Steglitz.

Nach dem Genuß von Gänsefleisch ist in Steglitz die Familie eines Bäckermeisters aus der Schloßstraße erkrankt. Kurz nach der Mahlzeit zeigten sich bei der ganzen Familie und auch bei dem Gesellen, der von der Gans gegessen hatte, Krankheitserscheinungen. Ein hinzugezogener Arzt stellte fest, daß es sich um Fleischvergiftungen, die durch den Genuß des Gänsefleisches hervorgerufen worden waren, handelte. Durch sofort vorgenommene Maßnahmen vermochte er die Patienten außer Lebensgefahr zu bringen.

Erkner.

Mit einer Schußwunde in der Schläfe tot aufgefunden wurde gestern der Eisenbahnarbeiter Richard Reft. Der Tote war im Bahndienst auf dem Bahnhofe Erkner beschäftigt. Liebeskummer soll das Motiv des Selbstmordes sein.

Köpenick.

In einer Regentonne ertrunken ist gestern nachmittag das dreijährige Töchterchen des Glasschleifers Staraski. St. hat in der Kolonie Neu-Köpenick ein kleines Grundstück erworben, auf dem er sich öfter mit seiner Familie aufhält. Beim Spielen im Garten stürzte das Mädchen in eine bis zur Hälfte mit Wasser angefüllte Regentonne, die in die Erde eingegraben ist. Erst als Frau St. ihr Kind vermißte, entdeckte sie den Unfall. Nur noch als Leiche konnte sie das Mädchen aus der Wassertonne herausholen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 2. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Die halbe Milliarde. — Maurenbrecher und das Budget. Von K. Kautsky — Zur Reform der Strafprozeßordnung. Von Hugo Heinemann. (Fortsetzung.) — Die sächsische Wahlrechtsreform im Sumpfe. Von Herm. Fleißner. — Kinderausbeutung und Volksschule in Baden. Von G. A. Lehmann. — Literarische Rundschau: Georg Gärtner, Die Nürnberger Arbeiterbewegung 1868 bis 1908. Von ad. br. Wilhelm Hoboff, Die Bedeutung der Marxschen Kapitalkritik. Von J. Karski. Albert Kohn, Unsere Wohnungsenquete im Jahre 1907. Von ew. Professor Dr. Karl Rathgen, Staat und Kultur der Japaner. Von G. Eckstein. — Notizen: Organisationsfragen. Von L. Radloff. Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in Finnland. — Zeitschriftenschau. Von Oda Olberg. — Bibliographie des Sozialismus.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom **„Wahren Jacob"** wird in den nächsten Tagen die 21. Nummer des 25. Jahrganges erscheinen. Aus dem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Herr v. Münchhausen und 500 Millionen neue Steuern" und „Verfassungsleben" sowie die weiteren Illustrationen „Bülows neuestes Kostüm", „Der erste Erfolg der Friedenskongresse", „Der Leuchtturm" (mit Gedicht), „Frankreich in Marokko", „Worauf es ankommt", „Die Konkurrenz der Friedliebenden", „Serenissimus", „Der Eisenbahner", „Aus der Woche" des Wahren Jacob", „Aus Schorschls Skizzenbuch", „Am Himmelstor" und „Die Friedensaktionen und die Berliner Polizei". Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Der Wüstenkönig", „Eulenburg", „Der Orgelmann", „Der Chemnitzer Prozeß", „Der Prügelminister", „Leuteschinder" von Alfred Scholz, „Deutsche Turner", „Deutscher Familiensinn", „De Wohlschdandsvermehrung", „Justitia", „Nikolaus", „Philisterlied", „Die Berliner Interparlamentarische Konferenz" und außer zahlreichen kleineren satirischen Beiträgen noch die Skizzen „Ferdinand XVII. als Mäcen" von Anna Julie Wolff. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Die Zensur. Theodizee in einem Akt von Frank Wedekind. 71 Seiten — **Oaha.** Schauspiel von Frank Wedekind. 196 Seiten. Verlag: B. Cassirer Berlin W. 35.

Berliner Wegweiser 1908/09. Offizielles Fahrplanbuch mit Pharus-Plan. 25 Pf. Pharus-Verlag, Berlin SW. 68.

Der Materialismus in der Medizin von Dr. F. Kleinschrod. 75 Pf. Verlag: Lebenskunst, Berlin S. 59.

Der Fall Porty von W. A. Hamm. Verlag der Gesellschaft für Druck und Verlag in Viersen.

Systematisches Verzeichnis der laufenden Zeitschriften Juli 1908 der Kgl. Bibliothek zu Berlin. — **Jahresbericht** der Kgl. Bibliothek zu Berlin für das Jahr 1907/08. Selbstverlag, Berlin W. 64.

Hernach. Aus dem Nachlaß von W. Busch. Verlag Lothar Joachim in München.

Das dem Meere entrungene Land. Von M. J. Bruße. 60 Seiten. Verlag: B. L. und R. Bruße in Rotterdam.

Vererbung, Gedächtnis und transzendentale Erinnerungen. Vom Standpunkt des Physikers. Von Dr. G. Eichhorn. Verlag: J. Hoffmann in Stuttgart. Preis 2,50 M.

Protokoll des Verbandstages der Bureauangestellten 1908. 75 Pf. Verlag: C. Giebel, Berlin NO. 43.

Reclam, Universal-Bibliothek. Nr. 5021, 5022. **E. Bely.** Mensie. Roman. Geb. 80 Pf. — 5023. **M. Lothar.** Bernus im Grünen. Ein Fastnachtsscherz in einem Aufzug. — 5024, 5025. **Emile Zola.** Herrn Chabres Kur und andere Novellen. Geb. 80 Pf. — 5026. **William Shakespeare.** Das Wintermärchen. Schauspiel in fünf Aufzügen. — 5027—5029. **Marcus Tullius Cicero.** Gespräche in Tuskulum. — 5030. **Gertrud Franke-Schieveldein.** Der Damenfeind. Ein Menschenkenner. Zwei Novellen. — Verlag: Ph. Reclam in Leipzig.

Geschäftsbericht der Konsum- und Produktivgenossenschaft „Befreiung" zu Elberfeld. 58 Seiten. Druck von Mollenbuhr u. Co. in Elberfeld.

Strandes Spezialkarte von Potsdam, Werder, Lehnin. 75 Pf. Selbstverlag, Berlin SW. 13.

Die Lehre Christi. Dargestellt für Kinder von Leo Tolstoi. Herausgegeben von Dr. E. H. Schmitt. 2 M. Verlag: E. Pierson, Dresden.

Die Mondanzünder. Eine phantastische Erzählung von F. Kringel. 20 Pf. R. Sattlers Verlag, Leipzig.

Das Kreuz im Venn. Roman von C. Viebig. 6,75 M. Verlag E. Fleischel u. Co., Berlin W. 35.

Protokoll über die Verhandlungen der 7. Delegiertenversammlung des Deutschen Photographengehilfenverbandes 1908. Selbstverlag.

Hungarians Rex von Joseph Graf Mailáth. 1,50 M. Verlag: O. Walter, Berlin W. 30.

Von der **„Kommunalen Praxis“**, Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, liegen die Nummern 39 und 40 vor.

Mit Nummer 40 hat ein neues Quartal begonnen.

Preis pro Quartal 3 M. Abonnements nehmen alle Buchhandlungen, Postanstalten und Briefträger entgegen.

Von **„In Freien Stunden“**, Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., liegen die Hefte 38 und 39 vor.

Diese Romanbibliothek erscheint wöchentlich zum Preise von 10 Pf. und bringt interessante und spannende Romane, Erzählungen, Novellen usw. Jeder Kolporteur liefert die Zeitschrift.

Nord und Süd. Heft 10. Deutsche Monatsschrift. Selbstverlag, Berlin W. 35.

Der Monismus Nr. 27. Herausg.: Dr. H. Roerber. Jährl. 12 Hefte. Einzelh. 30 Pf. Verlag Berlin W. 57.

„Hyperion“. Zweimonatsschrift. Herausg.: F. Blei und C. Sternheim. Einzelpreis 10 M. Verlag: H. v. Weber in München.

Das Blaubuch. Wochenschrift. Herausgegeben von H. Algenstein und H. Kienzl. Concordia, Deutsche Verlagsanstalt, H. Ehbock in Berlin W. 30.

Aus Natur und Geisteswelt. Band 212. **Verbrechen und Aberglaube.** Von Dr. A. Hellwig. — Band 213. **Psychologie des Kindes.** Von Prof. R. Gaupp. — **Die Konsumgenossenschaft.** Von Prof. Dr. F. Staudinger. Geh. 1 M., geb. 1,25 M. Verlag: B. G. Teubner in Leipzig.

Süddeutsche Monatshefte. Heft 10. Herausgegeben von P. R. Cohmann, Selbstverlag in München.

Reclams Universum. Illustrierte Wochenschrift. 25. Jahrgang. Heft 1. 30 Pf. Verlag Ph. Reclam in Leipzig.

Das Christentum und die manistische Religion von M. Werner. 2 M. Verlag: C. Curtius, Berlin W. 35.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

M. N. 100. 1. Die Eltern. 2. Leider ja. 3. Ein solches Anrecht stand der Versicherten überhaupt noch nicht zu. 4. Ihrer Frau steht ein Recht auf die Police nur dann zu, wenn ausdrücklich von den Eltern erklärt ist, daß die Versicherungsforderung ihr geschenkt sei oder dergleichen. — **Buchhalter 23.** Da im Lehrvertrag eine Zeit nicht ausdrücklich vereinbart ist, so würde, wenn die Ausbildung des Lehrlings dies erfordert, der Lehrherr die Arbeitszeit, so wie Sie darlegen, festsetzen können. Angebracht wäre es, wenn Sie gegen den Lehrherrn bei dem Gewerbegericht auf Anerkennung, daß in der Regel der Sohn nur bis 7 Uhr abends und Sonntags überhaupt nicht zu beschäftigen ist, auf Grund Ihrer mündlichen Abmachung klagen würden. — **G. S. 36.** Zur kirchlichen Trauung ist der Wiedereintritt zur Kirche nicht erforderlich. — **A. 300.** Sind die Eltern unterstützungsbedürftig, so sind die Kinder zum Unterhalt der Eltern verpflichtet, jedoch kommt hierbei der § 603 B. G.-B. in Betracht. Danach sind die Kinder nicht verpflichtet, Unterstützung zu gewähren, wenn sie bei Berücksichtigung ihrer sonstigen Verpflichtungen (also vor allen Dingen der Verpflichtungen ihrer Frau und Kindern gegenüber) außerstande wären, ohne Gefährdung ihres standesmäßigen Unterhalts die Unterstützung zu leisten. — **Metz 1908.** Waren die Zigarren zum eigenen Gebrauch entnommen, so liegt Verjährung vor. Solche liegt jedoch nicht vor, wenn die Waren zum Weiterverkauf, für den Gewerbebetrieb geliefert waren. — **H. S.** Lungenschwindsucht. — **Steglitz P. 17.** Eine Anfrage von Ihnen liegt nicht vor; wiederholen Sie dieselbe. — **O. 24.** Die Parteischüler werden aus solchen Genossen gewählt, welche von der Organisation vorgeschlagen sind. — **N. Sch. 84.** Ihr Bruder kann bei der Gefängnisverwaltung Schadenersatz beantragen, leider liegt der von Ihnen geschilderte Fall aber so, daß wenig Aussicht auf Erfolg vorhanden ist. — **B. H.** An der Nordbahn. Nein, im Königsberger Hochverratsprozeß im Jahre 1904 waren insgesamt neun Personen angeklagt: Nowagrotzki, Braun, Kugel, Klein, Treptau, Mertins, Kögit, Ehrenpfort und Pätzel. Freigesprochen wurden Braun, Kögit und Ehrenpfort, verurteilt wurden Nowagrotzki zu zwei Monaten, zwei Wochen Gefängnis, Treptau zu zwei Monaten, Kugel, Mertins und Pätzel zu je drei Monaten und Klein zu acht Wochen Gefängnis. — **F. M. 19.** Beantragen Sie bei dem Amtsgericht unter Darlegung des Sachverhalts die Ihnen zustehenden Auslagen zur Festsetzung zu bringen. Auf Grund des Beschlusses, der dann ergeht, können Sie gegen den Kläger Zwangsvollstreckungsmaßregeln vornehmen. Die Zeugin, der das Zeugengeld nicht ausgezahlt ist, kann den Kläger und deren Anwalt auf Zahlung verklagen. — **T. L.** Auch Nichtakademiker sind zugelassen. — **E. 1865.** 1. Der Ehemann ist nicht verpflichtet, für den Unterhalt der Ehefrau, die sich ohne seine Einwilligung und ohne triftigen Grund der Ehewohnung fernhält, Sorge zu tragen. 2. Die Frist zur Berufung gegen ein vom Landgericht gefälltes Zivilgerichtsurteil beträgt einen Monat. Die Frist beginnt mit der Zustellung an den Anwalt. 3. Nein. 4. Ohne Kenntnis des Wortlautes des Urteils nicht zu beantworten. 5. Ja. 6. Die von Ihnen angegebenen Gegenstände werden voraussichtlich als unpfändbar erachtet werden. Das Gesetz zählt nicht auf, was unpfändbar ist, sondern erklärt die „unentbehrlichen“ Gegenstände für unpfändbar. — **Moabit 655.** Das hängt davon ab, welche Gründe etwa in dem Kassationsbeschluß geltend gemacht werden. Ein berechtigter Grund zur Ungültigkeitserklärung liegt nicht vor.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 9. Oktober.
Anfang 7½ Uhr.

Königl. Opernhaus. Samson und Dalila.
Königl. Schauspielhaus. Die Jäger.
Deutsches. König Lear.
Kammerspiele. Teraloxa. Kimiko. (Anfang 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Das Fräulein in Schwarz.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Wilhelm Tell.
Anfang 8 Uhr.
Neues kgl. Opern-Theater. Jägerblut.
Lessing. Der Raub der Sabinerinnen.
Berliner. Erotik. Vorher: Ein Erinnerungsfest.
Neues. Wahrheit.
Kleines. 2×2=5.
Komische Oper. Tiefland.
Residenz. Das Glück der andern. Der selige Octave.
Hebbel. Der Liebhaber.
Westen. Ein Walzertraum.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Ein Teufelskerl.
Schiller Charlottenburg. Das Opferlamm.
Thalia. Das Mitternachtsmädchen.
Lustspielhaus. Die blaue Maus.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Trianon. Die Liebe wacht.
Lortzing. Zaza.
Bernhard Rose. Herr Paragraph.
Luisen. Flachsmann als Erzieher.
Apollo. Ein Sonntagmorgen in Rußland. Vera Violetta. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter — tadellos.
Gebrüder Herrnfeld. Die beiden Bindelhands.
Passage. Spezialitäten.
Kasino. Familie August Knoche. Spezialitäten.
Bürgerl. Schauspielhaus. Der grüne Zweig.
Gustav Behrens. Feine Sache! Ausgezeichnet! Spezialitäten.
Folies-Caprice. Die Brautschau. Die lustige Witwe.
Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Der Montblanc.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62. Im großen Auditorium um 8 Uhr: Prof. Dr. P. Schwahn: Die Welt der Fixsterne und Nebelflecke.

Neues Theater.

Morgen und folgende Tage:
Wahrheit.
Voranzeige! Gastspiel der sizilianischen Tragödin
Mimi Aguglia.
Donnerstag, 15. bis Sonntag, den 18. Okt.: Malia (Die Häßliche).
Montag, 19. Oktober: Peccatrice (Die Sünderin).

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Sonnabend: 2 mal 2 = 5.
Sonntag: 2 mal 2 = 5.
Montag: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.

Allabendlich 8 Uhr:
Ein Walzertraum.
Sonntag nachm. 3½ Uhr, zu halben Preisen: **Die lustige Witwe.**

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Freitag, den, 9. Oktober, Anf. 8 Uhr:
Wilhelm Tell.
Schauspiel in 5 Aufz. v. Fr. v. Schiller.
Sonnabend nachm. 4 Uhr Kindervorstellung: Hänsel und Gretel.

Bernhard Rose Theater

Gr. Frankfurter Str. 132.
Zum erstenmal:
Herr Paragraph.
Schauspiel in 3 Akten v. P. Albers.
Anfang 8 Uhr. Wochentagspreise.

Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Ein Teufelskerl.
Historische Komödie in 3 Akten von Bernard Shaw.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Der Familientag.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der rote Leutnant.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Familientag.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Das Opferlamm.
Schwank in 3 Aufzügen von Oskar Walther und Leo Stein.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Julius Cäsar.
Sonntag, nachm. 3 Uhr,
Götz von Berlichingen.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Julius Cäsar.

Zirkus Schumann.

Heute Freitag, den 9. Oktober cr., abends präzise 7½ Uhr: Riesen-Programm und eine wirklich sensationelle Novität!
? Butterflies ?
Ferner: Dir. A. Schumann mit seinen 12 Rekruten. Das boxende Kängurub. Clown Armando mit seinen dress. Affen. 36 Original-Marokkaner. **Rowland-Truppe.** 8 Personen, Damen und Herren. Auftreten der Schulreiterin Frl. **Dora Schumann. 9 Roebers-Reinald,** genannt die fliegenden Menschen. — Sonntag: 2 Galavorstellungen.

Brauerei-Ausstellung

der Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei in Berlin
10. bis 18. Oktober
Institut für Gärungsgewerbe N., Seestr.
Brauerei-Maschinen-Ausstellung
Internationale Gersten- u. Hopfen-Ausstellung
Wissenschaftliche Ausstellung
Ausstellung und Verkauf
von Arbeitspferden
Vorführung der Pferde täglich 1 Uhr
Geöffnet 9-5 Uhr — Eintritt 3 Mark
Straßenbahnlinien: № 22.24.25.26.28.29.31.39.42.68.

Kochkunst-Ausstellung

Neue Welt, Hasenheide 108/114.
Heute Freitag:
Internationale Meisterkonkurrenz für Köche
2000 Mark Barpreise.
Täglich: **Militärkonzert.**
Geöffnet von 9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.
Eintrittspreis 1 Mark.

Berliner Eis-Palast

Lutherstraße 22/24. — **Ständige Eisbahn.**
Täglich bis 1. Mai 1909 von morgens 10 Uhr bis nachts 12 Uhr geöffnet. — Täglich von 12 Uhr ab: **Großes Konzert.** Abends 9 Uhr u. 10 Uhr: Reigen, Quadrillen. **Allabendlich 9½ Uhr: Zum erstenmal in Berlin:** Kunstlaufen v. Frl. **Nadja Franck,** preisgekr. Meisterläuferin der Welt, und dem schwedischen Meisterläufer **Broor Meyer.**

Grand-Hotel-Festsäle

Am Alexanderplatz. — Dr. Jehmlich.
Sonntag, den 11. Oktober 08:
Große Eröffnungs-Vorstellung der
Wilh. Wolffs Hamburger Sänger.
Diese Vorstellungen finden jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag statt.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Der Montblanc.
Invalidenstr. 57/63.
Im großen Auditorium 8 Uhr: Dr. P. Schwahn: Die Welt der Fixsterne und Nebelflecke.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

Hebbel-Theater.
Königgrätzer Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Heute und folgende Tage:
Der Liebhaber.

Neues Operetten-Theater,
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Reichshallen-Theater

Täglich:
Stettiner Sänger
Meysel, Brilion, Seidel, Horst, Schröter, Ebersberger, Bühligen, Otto Schrader u. R. Schrader.
Anf. wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Garten und Restaurant: Militär-Konzert.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Flachsmann als Erzieher.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Max und Moritz. Abends 8 Uhr: Flachsmann als Erzieher.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Ausgewiesen. Abends: Freiheit.
Montag: Freiheit

Fl. 1.50 u. 2.00
Kraft-Rotwein
Käuflich in Apotheken, Drogen- u. Kolonial-Geschäften.
In Apotheken, Drogen- u. Delikatessen-Geschäften, steht unt. ständiger Kontrolle d. chem. Laborator. Dr. C. Bischoff.

Die letzten 3 Tage der Hagenbeck-Schau.

Heute Freitag, abends 8 Uhr: **Gr. Clown- und Komiker-Abend** zum Benefiz des hier so beliebt gewordenen
Clown Polly Dassi.
An diesem Abend wird vom Clown Polly eine **Riesen-Torte, ff. Qual., 2 Meter** Durchmesser, welche von der **Konditorei Gumpert,** Königstr. 22/24, geliefert und im Schaufenster obendaselbst ausgestellt ist, verteilt. — Wer nach des Tages Müh' und Lasten sich gründlich auslachen will, der besuche heute die **Hagenbeck-Schau.**

XIV. Saison!
Zirkus Busch.

Freitag, den 9. Oktober 1908, abends präzise 7½ Uhr:
Gala-Abend. Um 9 Uhr ca.:
Mr. Houdini
mit seinem (ges. gesch.) Kannentrick.
Gebr. Saxons.
Mlle. Mariska Recsey!
Herr Karl Reinsch, Schulreiter.
Mathilde Renz, Schulreiterin.
Herrn Ernst Schumanns Reudressur.
Um 9¾ ca.:
Barbarossa!!
Gr. Original-Ausstattungs-Pant. des Zirkus Busch in 6 Bildern.

Residenz-Theater.

— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
Das Glück der andern.
George Carlier: Richard Alexander.
Hierauf: **„Der selige Oktave.“**
Morgen und folgende Tage: **Das Glück des andern.** Hierauf: **Der selige Oktave.**
Sonntag 3 Uhr zu über die Hälfte ermäßigten Preisen: **Haben Sie nichts zu verzollen?**

Berliner Theater.

Abends 7½ Uhr zum erstenmal:
Erotik. Vorh.: Ein Erinnerungsfest.
Morgen: Erotik. Ein Erinnerungsfest.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr
Lene Land
Paul Schneider-Duncker
und das großartige Oktober-Programm
14 neue Variété-Spezialitäten.

Passage-Panoptikum.

Volkstage!
Jedermann ein Kind frei.
Jedes Kind erhält ein Geschenk.
Der Riese Pisjakoff
d. größte Mensch aller Zeiten.
Der Mann mit dem eisernen Schlund.
Lahovary, der Fürst der Fesselsprenger usw. usw.
Alles ohne Extra-Entree.

Walhalla-Variété-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr.
Das neue gr. Oktober-Progr.
Im Tunnel: Regimentskapelle rc.
Theaterbesucher hab. freien Eintritt.

Metropol-Theater

Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter—tadellos!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.

Winter Garten

Neues Programm
Anne Dancrey
Schwestern Merkel, Kontorsionist. **Tortola Valencia,** spanische Tänzerin. **De Onzo Brothers,** Flaschenspringer. **Die zwölf Tiller Girls,** engl. Gesangs- und Tanzgruppe. **Phillisparis,** Diabolospieler. **Die drei Merrills,** komische Radfahrer. **Agoust Familie,** Jongleure. **Clifto Berzac,** komischer Dressurakt. **Emma Francis,** Exzentrik-Tänzerin mit ihren zwei Araberjungen. **Fuller's Serpentintänzerin.**
Biograph.

Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 48.
Größter und vornehmster Theatersaal Moabits.
Sonntag, den 11. Oktober 1908:
Wenn man im Dunkeln küßt.
Schwank in 3 Akten von Malachow und Elsner.
Anf. d. Vorst. 7, Kassenöffnung 6 Uhr.
Konzert 6½ Uhr.
Vorverkauf v. 10—1 Uhr i. Theater-Restaurant.
Nach der Vorstellung: **Ball.**
Montag: Soiree d. **Lustigen Sänger.**

Bürgerliches Schauspielhaus

Kastanien-Allee 7—9.
Zum erstenmal:
Der grüne Zweig.
Schausp. in 3 Akt. von Felix Philippi.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Maria Stuart.** 8 Uhr: **Der Hüttenbesitzer.**

Brunnen-Theater

Badstraße 58. Direktion: Willy Voigt.
Freitag, den 9. Oktober 1908:
Die Gebieterin von St. Tropez.
Schauspiel in 5 Akten von D. Schrutz.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Apollo Theater

9,20: Das vollständig neue **Spezialitäten-Programm.**
Unter anderem:
Ein Sonntag-Morgen in Rußland.
Russisches Ballett.

Rixdorfer Theater

Bergstr. 147
Sonntag, den 11. Oktober 1908:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.
Anfang 7½ Uhr.
Montag, den 12. Oktober: 1. Volksvorstellung zu halben Preisen: **Hofgunst.** Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Das Oktober-Programm.
Glänzender Erfolg! Jubelnder Beifall!
Familie August Knoche.
August Knoche: Dir. Hans Berg.
Sonntag 4 Uhr: Reezengasse 8a.

Parodie-Theater

Dresdener Straße 97.
Heute:
Cavalleria-Rustikana und die urkomische Burleske **„Berlin steht Kopp“.**
Anfang Sonnt. 8, wochent. 8½ Uhr.

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bhf. Börse.
Größtes Spezialitäten-Theater Berlins
3000 Personen fassend! 3000!
Das wunderbare Oktober-Programm!
12 Attraktionen 12
Unter anderem:
Antonie Gates.
Billettverkauf von 11 Uhr vorm. ab. Preise der Plätze 2, 1,50, 1, 75, 50 Pf. Vorzugskarten, halbe Preise, überall gratis zu haben.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Gill. Brunnenstr. 16.
Auf vielfachen Wunsch:
Die Blinde von Paris.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren- und Vorzugskarten gültig!
Sonnabend, 10. Okt.: Gr. Extra-Vorstellung z. 1. Male: Kranke Herzen.

Gänse! 7/1* **Gänse!**
Gänsefleisch ohne Keulen a Pfund **40** Pf.
Gänsefleisch mit Keulen a Pfund **70** Pf.
Gänseklein, Gänselebern u. Gänseliesen, Gänsekeulen, frisch und gepökelt.
Räucherkeulen, Stück 80 Pf. sowie **sämtliche Gänse-Artikel** täglich frisch und in großer Auswahl empfiehlt
Hermann Leißner, Berlin C.
Klosterstraße 95, Eckhaus Kaiser-Wilhelm-Straße 11.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands

Filiale Berlin.

Heute, Freitag, den 9. Oktober 1908, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause (großer Saal), Engelufer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zur Fensterfrage. 2. Verschiedenes. 193/8

Da die Fensterfrage in diesem Jahre für uns von einschneidender Bedeutung sein wird, ist es Pflicht aller Kollegen zu erscheinen.

Der Vorstand.

Gebrüder Herrnfeld-Theater. Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr. 57 Kommandantenstr. 57

Die beiden Bindelbands!!!

Komödie in 2 Akten von Anton und Donat Herrnfeld.

Vorher:

Künstlerteil. u. a.: Madame D'Ormays Ballettenseusen-Sextett. Reisers Original-Bauern-Ensemble. Saratoff, Russen-Trio. Lona Hansen, Vortrags-Meisterin.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6. Direktion Wilhelm Reimer.

Sonntag, Montag und Donnerstag:

Hoffmanns Nordd. Sänger und **Tanz.**

Auserwähltes Programm. Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

Jeden Dienstag: **Theater-Abend.**

Folies-Caprice

Durchschlagender Erfolg!

Die lästige Witwe.

Die Brautschau. — Bunter Teil. Vorverkauf von 11—2 Uhr a. d. Theaterkasse. Anf. 8 Uhr.

Königstadt-Kasino. Holzmarktstr. 72.

Täglich: Gr. Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Um 8 Uhr: Neuheit: Mausi sei süß, Schwank v. Otto Richter. Franz Sobanski, Cilly Illing, Nante Pohlmann, Eva Wagner, Anita und Stefan Komaromy, Operduettisten, D'Alettas, Jongleur-Akt. Um 10 Uhr: Liebesleid und Freud, Volksstück mit Gesang in 2 Bildern.

Gustav Behrens-Theater, Goltzstr. 9.

Die kleinen Mädchen von Berlin.

Große Ausstattungsoperette. Arletto und Esra, die stärkste Dame und ihr Partner. Joan Nega, Charaktergemälde. Klara Wegner, Soubrette. **Duskes Vitograph.** **10 Spezialitäten 10.** Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

---

46 eigene Dampfer.

D.D.Ges. „Nordsee"

Von frischen Fängen empfehlen wir:

		p. Pfund
ff. Kabeljau	im Anschnitt	32 Pf.
„ Seelachs	im Anschnitt	32 „
„ Großer Schellfisch		35 „
„ Mittl. Helg.	do.	30 „
„ Portions-	do.	25 „
„ Bratschellfisch		20 „
„ Bratflundern		30 „
„ Goldbarsch (sehr fein, wie Zander)		25 „
„ mittelg. Rotzungen		25 „
„ große Rotzungen		50 „
„ Seehecht	im Anschnitt	50 „
„ Heilbutt	im Anschnitt	80 „

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft **„Nordsee".** Hauptfiliale BERLIN C., Bahnhof Börse. — Tel. III, 8804.

Verkaufsstellen: Prinzenstraße 94. Schlesisch. Bahnhof, Bog. 8/9. Invalidenstraße 131. Große Frankfurter Str. 65. Potsdamer Str. 112a. Wilsnacker Str. 57. Wilmersdorfer Str. 111. Spandau, Breitestr. 54.

Eigene Eisenb.-Kühlwaggons.

Hühner, Enten, Tauben, fg. Gänse empfiehlt reell und billigst Wegner, Berlin SO., Mariannenstr. 34.

Tischler-Verein E. H. No. 89.

Sonnabend, den 10. Oktober, abends 8½ Uhr, **Melchiorstraße 15:**

General-Versammlung.

Bericht vom dritten Quartal 1908. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Sonnabend, den 17. Oktober, in „Sanssouci", Kottbuser Straße 6: **37. Stiftungsfest.** Konzert, Auftreten des Berliner Volkskabaretts und Ball. Billetts à 30 Pf. 199/7 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Montag, den 12. Oktober, abends 6¼ Uhr, (gleich nach Feierabend): 91/12

Acht große Mitglieder-Versammlungen

für sämtliche Branchen und Bezirke

in folgenden Lokalen:

Habels Brauerei, Bergmannstr. 5—7.
Möhring, Admiralstr. 18c.
Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 4.
Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21.
Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee 151/52
Boeker, Weberstr. 17.
Obiglo, Schwedter Straße 23.
Raabe, Kolberger Straße 23.

Tagesordnung:
1. Der Arbeitsnachweis und die Arbeitsvermittelung.
2. Verbandsangelegenheiten.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend notwendig.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler

Ortsverwaltung Berlin.

Die nächsten

Branchen-Versammlungen

finden an nachfolgenden Tagen statt:

Geschirrbranche: Mittwoch, den 14. Oktober 1908.
Treibriemenbranche: Montag, den 12. Oktober 1908.
Taschen-, Koffer- und Galanteriebranche: Donnerstag, den 15. Oktober 1908.
Militärbranche: Sonnabend, den 10. Oktober 1908.
Linoleumleger und Teppichnäher: Donnerstag, 15. Oktober.
Wagenbranche: Donnerstag, den 15. Oktober 1908.
Eisenmöbel- u. Lederstuhlpolsterer: Donnerstag, 15. Oktober.
Sektion Charlottenburg: Montag, den 12. Oktober 1908.

Zahlreichen Besuch dieser Branchenversammlungen erwartet

157/18 **Die Ortsverwaltung.**

Sonnabend, den 31. Oktober 1908 in **Louis Kellers Festsälen** (Inhaber: Freyer), Koppenstr. 29:

Feier des 19. Stiftungsfestes.

Kunst-Abend.

Mitwirkende: **Margherita Simonetti,** Koloratur-Sängerin. Fräulein Rossi, Violin-Virtuosin aus Rom. **Margarete Walkotte.** Herr **Otto Wiemer,** Dialektdichtungs-Rezitator. **Männergesangverein „Borax"** (M. d. A.-S.-B.). — Am Flügel: Herr **Bernhard Nitsche.**

Rauchen nicht gestattet. — Während der Aufführungen werden Getränke nicht serviert.

Nach Beendigung des Programms **Tanz.** Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennige nach.

Eintritt 50 Pf. **Programm frei.** **Anfang 8½ Uhr.**

Billetts sind im Bureau und bei den Werkstattvertrauensleuten erhältlich.

Zahlreiches Erscheinen erwartet 157/19 **Das Komitee.**

Allen Parteigenossen, Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung daß ich im Hause

Schönleinstr. 34 ein **Zigarrengeschäft**

eröffnet habe. Um gütigen Zuspruch bittet **Fritz Schwemke.**

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein gewerblicher Arbeiter

zu Berlin.

Sonnabend, den 10. Oktober 1908, abends 8½ Uhr:

General-Versammlung

in den **Industrie-Festsälen,** Beuthstr. 20.

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht pro 3. Quartal 1908.
2. Antrag des Vorstandes.
3. Verschiedenes.

Nach der Versammlung: **Geselliges Beisammensein.** Gäste, auch Damen, willkommen.

Recht regen Besuch erwartet

Der Vorstand.

J. A.: **Friedr. Freudenreich,** 291/10 S. 59, Wizmannstr. 30 II.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau 21005

Marie Taschow

sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Herrn Pastor für die trostreichen Worte, so auch dem Herrn Chef der Firma „Deutsche Warte", den lieben Kollegen und Kolleginnen und dem Deutschen Buchbinderverband meinen tiefgefühlten Dank.

Der trauernde Ehegatte Otto Taschow.

Danksagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben guten Frau und Mutter

Berta Müller 21025

sagen wir allen unseren Freunden unseren herzlichsten Dank.

Julius Müller und Tochter.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbniskasse der Lederzurichter

Berlins (E. H. Nr. 50).

General-Versammlung

am Sonntag, den 18. Oktober cr., vormittags 10 Uhr, **im Gewerkschaftshause,** Engelufer 15.

Tages-Ordnung:
1. Rechnungslegung vom 3. Quartal 1908. 2. Wahl der Revisoren. 3. Geschäftliches. 20915

Der Vorstand.

J. A.: Gustav Busse.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt 3, 1239. **Verwaltungsstelle Berlin.** Charlottenstraße 3. **Hauptbureau:** Hof III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 11. Oktober 1908, vormittags 10 Uhr:

Versammlung

aller im Deutschen Metallarbeiter-Verband, Verband der Kupferschmiede und Zentralverband der Schmiede organisierten Rohrleger und Helfer Berlins u. Umg.

in **Kellers Neuer Philharmonie,** Köpenicker Straße 96.

Tages-Ordnung:
1. **Die gegenwärtige Situation im Rohrlegergewerbe nach dem Streik.** Referent: **Kollege Handke.**
2. **Diskussion.**

Kollegen! Die Arbeitgeber haben an uns folgendes Schreiben gesandt:

„Da die außertarifliche Beschäftigung der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für die Dauer nicht angängig ist, ersuchen wir um definitive Erklärung bis zum 15. cr., ob Sie gewillt sind, sich dem am 3. September d. J. geschlossenen Lohntarif für das Rohrlegergewerbe anzuschließen?"

Da nun die Antwort auf dieses Schreiben einen Beschluß der organisierten Kollegen erfordert, so erwarten wir, daß unsere Mitglieder zur Stelle sind.

Diejenigen Rohrleger und Helfer, welche an dem Streik beteiligt waren, machen wir auf diese Versammlung ganz besonders aufmerksam, da die betreffenden Kollegen eine Legitimation als Beweis, daß sie gestreikt haben, in dieser Versammlung erhalten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.
Verband der Kupferschmiede, Filiale Berlin.
Verband der Schmiede, Zahlstelle Berlin.

Sonntag, den 11. Oktober 1908, nachmittags 4½ Uhr:

Große Versammlung

aller in der Schraubenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

im **Luisenstädtischen Kasino,** Oranienstraße 180.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Störmer über: „Die Revolutionierung der Gehirne". 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 123/4

Nach der Versammlung:

Gemütliches Beisammensein.

Entree mit Tanz 15 Pf.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Bolero

ist nach dem Urteil aller Sachverständigen die

feinste 2 Pf.-Zigarette.

Garantiert Handarbeit!

Unserem lieben Kollegen

Albert Nautius nebst Frau

die herzlichste Gratulation zur Silber-Hochzeit!

Die Kollegen und Kolleginnen d. Lahmeier-Werke. Zähler-Abt.

Unserm Bezirksführer

Paul Schostag

und seiner jungen **Frau** zum heutigen Tage ein donnerndes Hoch!!!

Die Genossen des 175. Wahlbezirks.

Sozialdemokrat. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.

Stralauer Viertel. Bezirk Nr. 353b.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maler

Paul Greif,

Litauer Str. 25, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Hedwigs-Kirchhofes in Wilhelmsberg aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

220/17 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Max Röhsa

am 3. d. M. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 10. Oktober, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Boxhagen-Rummelsburg aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

123/5 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Hiermit diene den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Selterkutscher

August Haberer

am 7. d. Mts. im Alter von 41 Jahren an Herzschwäche gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 10. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des zweiten neuen Schöneberger Friedhofes aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

71/11 **Die Verwaltung II.**

Invaliden-Unterstützungskasse d. Steindrucker u. Lithographen.

Die Beerdigung des am 7. Oktober verstorbenen Lithographen

Paul Böhland

findet statt am Sonnabend, den 10. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Gethsemane-Gemeinde in Nieder-Schönhausen aus.

20996 **Das Komitee.**

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein liebe Frau

Ida Lorenz

im 41. Lebensjahre nach schwerem Leiden verstorben ist. 20956

Der trauernde Gatte Gustav Lorenz.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes

Heinrich Glaser

sage ich allen Freunden und Bekannten hiermit meinen herzlichsten Dank.

20945 **Alwine Glaser.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank.

Witwe Anna Kuhl 46132 **und Pflegesohn Fritz Dartsch.**

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frauen und der Sozialismus.

Die Genossinnen in Rixdorf hatten sich am Mittwochabend in Hoppes Festsälen versammelt. Genossin Klara Zetkin hielt einen Vortrag über das Thema „Die Frauen und der Sozialismus". Sie führte ungefähr folgendes aus: Die Frauen sind in Wirklichkeit die Haushaltungsvorstände, nicht die Männer, die immer als solche gelten. Die Frau muß verwalten, was der Mann verdient. Die Wichtigkeit einer ganzen Reihe politischer Fragen wird der Frau dadurch geradezu aufgedrängt.

Rücksichtslos treibt der Staat seine Steuern ein und er zieht die indirekten Steuern den direkten vor, weil die besitzende Klasse sich gegen hohe direkte Steuern sträubt. Getreide, Fleisch, überhaupt alle Lebensmittel werden schwer besteuert. Und daran sollte die Frau nicht das höchste Interesse haben, sie, die am meisten darunter leiden muß? Sie sollte sich nicht fragen dürfen: wozu werden die erhobenen Gelder verwendet? Eine Arbeiterfamilie von fünf Köpfen muß bei sehr bescheidener Lebenshaltung mehr als 100 Mark an indirekten Steuern pro Jahr bezahlen. Bei der großen Zahl gewerblich tätiger Frauen, darunter vieler Familienmütter, ist die Sozialpolitik für die Proletarierin eine Frage von größter Wichtigkeit. Wir haben keinen Mutterschutz und unzulänglich ist der Wöchnerinnenschutz. Die Statistik der Krankenkassen zeigt, wie an den Frauen gesündigt wird, indem sie als Mütter der Not und dem Elend preisgegeben werden. Unsere Gelehrten fordern, daß die schwangere Frau schöne Eindrücke aufnehmen soll, um das werdende Kind vorteilhaft zu beeinflussen, aber davon kann bei der Proletarierin, deren körperliche Ernährung sogar leidet, keine Rede sein. Man hat neuerdings viel um den Säuglingsschutz sich bemüht, weil die Kindersterblichkeit erschreckend groß wurde. Das ist freilich nur eine halbe Hilfe, denn der Säuglingsschutz müßte zum Mutterschutz ausgebaut werden, um wirksam zu sein. Und wenn man sieht, welchen Umfang die Kinderarbeit mit ihrem schrecklichen Elend angenommen hat, dann möchte man lieber wünschen, daß diese Kinder schon im ersten Lebensjahre gestorben wären. Durch die Schutzgesetze wird nur ein kleiner Teil der Kinder — und oft nur auf dem Papier — vor gewissenloser Ausbeutung bewahrt. Die Rednerin erinnert an die Heimarbeiterausstellung und erzählt, wie die armen Kinder in verschiedenen Gegenden Deutschlands ausgebeutet werden. Solche Zustände fordern die Frauen als Mütter heraus, nicht untätig zuzuschauen, sondern zum Schutze ihrer Kinder die bestehenden Verhältnisse mit aller Energie zu bekämpfen. Die arbeitende Klasse muß auch eine gute Volksschule fordern. Was der Staat für Bildungszwecke ausgibt, ist winzig klein im Verhältnis zu den Ausgaben für Militärzwecke. Das Militär ist eine Schutzeinrichtung für die besitzende Klasse, und die Proletariermütter müssen ihre Söhne dazu hergeben und sollen dulden, daß die jungen Soldaten Mißhandlungen ausgesetzt sind. Um alle diese Dinge sich zu kümmern, haben die Frauen ebenso Ursache wie die Männer. Das Recht aber, in den politischen Angelegenheiten mitzureden und mitzuhandeln, müssen sie sich erkämpfen. Das Vereinsrecht ist nur ein Zipfelchen der Rechte, die die Frau zu beanspruchen hat. Es ist ein überwundener Standpunkt, zu glauben, die Politik stehe den Frauen nicht an. Sogar das Zentrum tritt der Frage näher und ist aus gewissen Gründen einem Frauenwahlrecht nicht abgeneigt. Es rechnet mit dem Dogmenglauben und der Willenslosigkeit der Frauen, um sie für die Zwecke des Zentrums dienstbar zu machen. Noch schläft die Frau, aber sie muß erwachen und für den Sozialismus gewonnen werden. Von den aufgeklärten Frauen muß jede zur Agitatorin werden; sie dürfen sich nicht auf die Männer verlassen, denn da gibt es leider noch so viele unter den Genossen, die der Frage der Erweckung der Frau nicht die gebührende Wichtigkeit beimessen. Die Frauen müssen den Männern zeigen, daß sie auch ohne die männliche Hilfe den Weg finden können, der sie aus der Knechtschaft herausführt. Die Frau ist wertvoll für die politische Bewegung, denn sie kommt mit einem tiefen Empfinden, und was viel wert ist, mit nüchternem Sinn, mit klarem Kopf, frei von den Schäden des Alkoholgenusses. Die Frau bringt ihr Gefühlsleben mit, sowie eine größere Energie und Lust und Liebe zum schnellen Handeln. Die politisch denkende Hausfrau wird ein Faktor sein, mit dem die Politik zu rechnen hat. Durch die Konsumgenossenschaftsbewegung kann die Hausfrau eine große Macht ausüben, wenn sie nur erst die Bedeutung dieses Faktors richtig begriffen hat. Das Familienleben wird umgestaltet, die Erziehung der Kinder eine andere werden, wenn die Frau neben dem Mann politisch reif geworden ist. Heute ist die Frau noch oft der Hemmschuh für die Betätigung des Mannes in Partei und Gewerkschaft. Größere politische Rechte müssen die Frauen gewinnen, um mitzuarbeiten an dem Werk des Sozialismus, der dem arbeitenden Volke, den Männern, den Frauen und Kindern Erlösung bringt und sie befreit von dem Druck, den die herrschende Klasse ausübt. (Reicher Beifall.)

Eine Diskussion fand nicht statt. Unter „Vereinsangelegenheiten" wurden für die Wahl einer Genossin in den Vorstand Vorschläge gemacht. In Vorschlag kamen die Genossinnen Schulte und Jeetze. Die erstere erhielt 65, die letztere 91 Stimmen.

Eine Schweizer Dienstbotenenquete.

Die christlich-soziale Partei der Stadt Zürich hat eine Dienstbotenenquete veranstaltet, um grundlegendes Material für einen Ausbau des gesetzlichen Dienstbotenschutzes zu gewinnen.

Die Zahl der brauchbar beantworteten Fragebogen betrug 427. Von diesen 427 Mädchen standen 73 im Alter von 17—22 Jahren; 121 waren 23—27, 142: 28—37, 48: 38—57 und je eine: 58, 61 und 75 Jahre alt. Der Art des Dienstes nach waren 271 „Mädchen für alles", 83 Köchinnen, 62 Zimmermädchen und neun Kindermädchen. Die Frage nach der Zahl und Dauer der innegehabten Stellen ergab, daß die 343 Mädchen, die die Frage beantworteten, zusammen 1380 frühere Stellen gehabt hatten, so daß also i. D. auf jedes Mädchen rund 4 frühere Dienste kamen. Dabei betrug die durchschnittliche Dauer der früheren Stellen bei den Mädchen von 17—22 Jahren: 1,26 Jahre, bei den ältesten Mädchen von 48—75 Jahren 3,15 Jahre, im Gesamtdurchschnitt also zirka 2 Jahre. In der gegenwärtigen Stelle waren die jüngsten Mädchen durchschnittlich 1,05 Jahre, die ältesten 12,78 Jahre tätig. Die Durchschnittsdauer der innegehabten Stellen ist demnach ziemlich lang, jedenfalls bedeutend länger als in unseren Großstädten, ebenso wie auch das Durchschnittsalter der Dienenden ein ziemlich hohes ist.

Von besonderer Bedeutung ist die Frage nach der Arbeitszeit. Es wurde hier nach dem Beginn der Arbeit am Morgen und nach dem Ende am Abend gefragt und die Zwischenzeit als Arbeitszeit angenommen. Tatsächlich dürfte aber mit dieser Annahme etwas zu hoch gegriffen sein; nicht allein, daß von dieser Zeit ja die Mahlzeiten abgehen — der Arbeitstag der meisten Dienstmädchen hat auch viele Pausen und ist lange nicht so intensiv wie etwa der einer Fabrikarbeiterin. Aber auch unter Berücksichtigung dieser Umstände bleibt immer noch eine außerordentlich lange Dienstzeit übrig, wenn wir hören, daß der so gewonnene Durchschnitt im Sommer 15, im Winter 14,6 Stunden beträgt. Die kürzeste der angegebenen Arbeitszeiten war dabei 9½, die längste 18 Stunden. Auf die Frage, ob und wie oft das Mädchen noch nach 11 Uhr aufbleiben müsse, haben 136 keine Antwort gegeben; 167 antworteten: nie, die übrigen: selten, bei Besuch, oft, sehr oft. Insgesamt mußten 76 Mädchen zusammen 260 mal im Monat länger als bis 11 Uhr Dienst tun. Die Frage, ob Unterbrechung der Nachtruhe vorkomme, wurde von 162 Mädchen gar nicht beantwortet, von 247 mit nein, von 18 mit selten.

Außerordentliche Verschiedenheiten förderte die Frage nach dem Lohne zutage. 26 verschiedene Sätze wurden angegeben. Dabei war das Minimum 15 Frank, das Maximum 60 Frank pro Monat. Es erhielten:

Monatslohn	Mädchen	Monatslohn	Mädchen
15 Fr.	1	35—39 Fr.	136
20—24 „	9	40—44 „	94
25—29 „	36	45—50 „	37
30—34 „	111	54—60 „	3

Der größte Teil der Mädchen erhält also zwischen 30 und 40 Fr. (24—32 M.) Monatslohn. Nur 46 Mädchen erhalten weniger als 30 und 40 mehr als 40 Fr. Gehalt. Wenn es sich bei der Erhebung nicht etwa um ausgewählt gute Stellen handelt, so müssen diese Lohnverhältnisse im Vergleich mit deutschen als recht günstige bezeichnet werden. Dabei finden wir aber auch hier die bekannte Erscheinung, daß die anstrengendste Arbeit am schlechtesten bezahlt wird. Der Durchschnittslohn der „Mädchen für alles" beträgt 33,31 Fr., der der Zimmermädchen 35,29 Fr., der der Kindermädchen 36,67 Fr. und der Köchinnen 40,39 Fr. Zu dem Lohn treten noch ziemlich große Geschenke und Trinkgelder, deren Durchschnittswert jährlich auf 47 Fr. angegeben wurde.

Die Frage nach der Güte der Nahrung, deren Beantwortung mit etwas Mißtrauen aufgenommen werden muß, wurde von 49 Mädchen gar nicht beantwortet, 334 hatten nichts auszusetzen, 19 schrieben: gut, sehr gut, 5: ja (?), 20: schlecht, ungenügend usw.

Sonntäglichen Ausgang hatten: jeden Sonntag 262 Mädchen, jeden zweiten Sonntag 119, zwei bis dreimal im Monat 12, einmal 4 Mädchen und nie 7 Mädchen. Die Zeit des Ausganges schwankt zwischen 3½ und 5½ Stunden. Seltener wird natürlich freie Zeit am Werktag gewährt. 106 Mädchen bekamen nie Freistunden, 54 monatlich einmal, 69 zweimal, 35 dreimal, 71 viermal und 1 3—3⅔ Stunden, 11 beantworteten die Frage mit genügend, 28 mit selten, 5 mit unbestimmt, während 3 keine Antwort gaben.

Der Schlafraum wird von 387 Mädchen als gesund, von 6 als ungesund bezeichnet, während 34 verschiedene Ausstände zu machen hatten. Ferien bekamen im ganzen 380 Mädchen, davon allerdings 40 nur ausnahmsweise. Bei den 235, die nähere Angaben machten, betrug das Minimum in 2 Fällen je 2 und 4 Tage, das Maximum in 3 Fällen: 60, 70 und 75 Tage, der Durchschnitt aller 18,2 Tage.

Ziemlich schlecht sind die Krankenkassenverhältnisse, indem 233 Mädchen überhaupt bei keiner Kasse versichert waren; 150 waren Mitglieder einer Kasse, wobei die Herrschaft nur in 55 Fällen den ganzen, in einem Falle den halben Betrag bezahlte. 9 Mädchen geben an, daß in Krankheitsfällen die Herrschaft die Kurkosten zahlt.

Die Bearbeiter der Enquete schlagen eine Erweiterung des Dienstbotenschutzes in dem Sinne einer besseren Wohnungsfürsorge, der Einführung der obligatorischen Krankenversicherung und endlich der Einsetzung von Schiedsgerichten bei Differenzen im Arbeitsverhältnis vor. — Wenn auch die Schweiz kein Dorado für Dienstmädchen ist, so scheinen die Verhältnisse im Vergleich zu deutschen doch noch günstig zu liegen und einen mehr patriarchalischen Charakter zu tragen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein der Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Sonntag, den 11. Oktober, mit Jugendabteilung: Besichtigung der Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg. Treffpunkt ¾3 Uhr vor der Ausstellung, Fraunhoferstr. 12—13, dicht an der Hochbahnstation Charlottenburg-Knie. Nachher gemütliches Beisammensein im Charlottenburger Volkshaus, Rosinenstr. 8.

Passage-Kaufhaus

Friedrich-Strasse 110-111-112 BERLIN Oranienburgerstr. 54-55-56-56a

Vereinigung erstklassiger Spezialgeschäfte

Die Gruppen 10, 12 u. 13 im Erdgeschoss

Kurzwaren · Besätze · Schürzen · Trikotagen
Passementerien · Strumpf- und Wollwaren

errichtet durch die

Handelszentrale deutscher Kaufhäuser in Berlin und Chemnitz

einer Vereinigung von 250 Spezial-Geschäften in allen grösseren Städten Deutschlands, gewähren vermöge ihres zentralisierten Einkaufs

die höchste Leistungsfähigkeit.

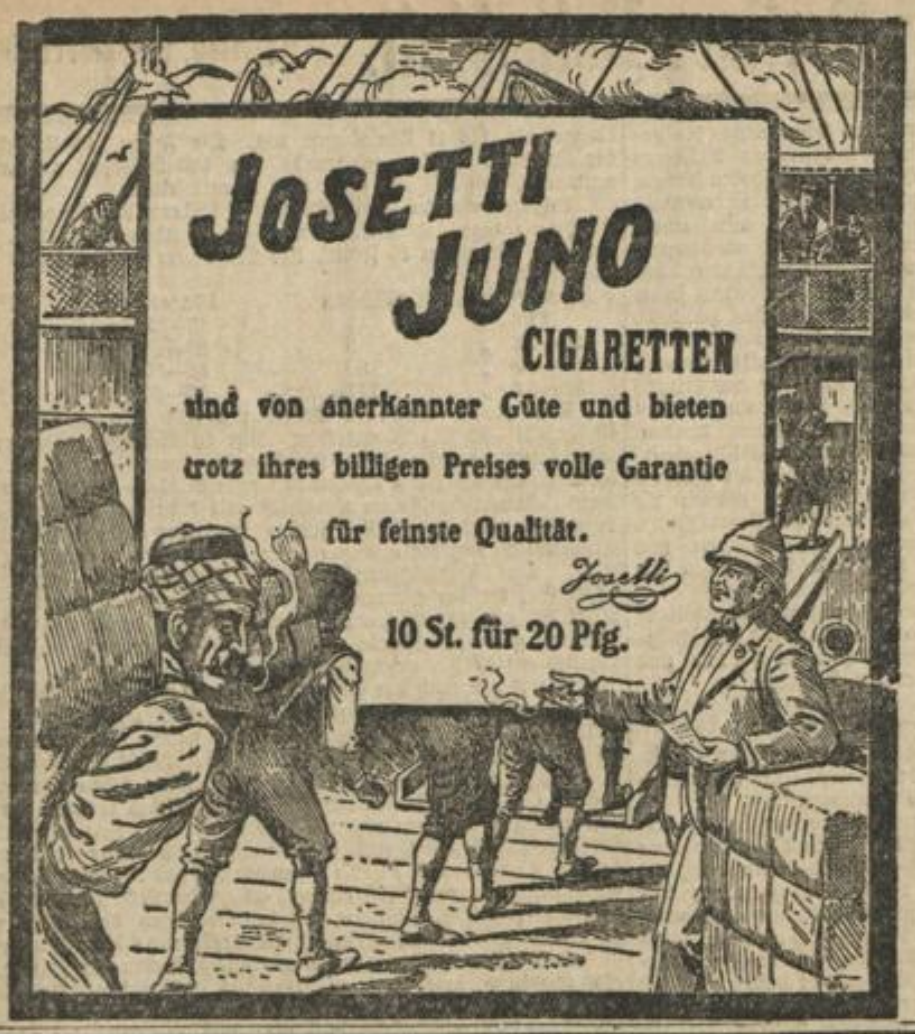
Bei aussergewöhnlich billigen Preisen werden best bewährte Qualitäten in einer Auswahl, wie man sie nur in grössten Spezial-Geschäften findet, zum Verkauf gestellt.

Schneiderinnen und Putzmacherinnen

bieten wir beim Einkauf der genannten Artikel für Schneiderei u. Putzzwecke besondere Vorteile.

Eigene Marken in Strickgarnen hervorragender Qualität. Spezialität: Schweisswolle.

In der Passage nachm. von 4 bis 8 Promenaden-Konzert.



„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein"
Mitglied des Arbeiter Radfahrer-Bundes „Solidarität".

Touren
zum Sonntag, den 11. Oktober:

1. Abt. 8 Uhr: Nedlitz. 1 Uhr: Nowawes (Singer). Start: Billowstraße 58.
2. Abt. 7 Uhr: Rüdersdorf (Möller). 1 Uhr: Friedrichshagen (Konrad). Start: Fontane-Promenade 15.
3. Abt. 7 Uhr: Velten (Paris). 1½ Uhr: Saatwinkel. Start: Mariannenplatz.
4. Abt. 8 Uhr: Potsdam (Viktoriagarten). 1½ Uhr: Wilmersdorf (Luisenpark). Start: Küstriner Platz.
5. Abt. 6 Uhr: Streifzüge nach Fürstenwalde. 1 Uhr: Müggelheim. Start: Elysium.
6. Abt. 1 Uhr: Hohenschöpping. Start: Oderberger Straße 28.
7. Abt. 1½ Uhr: Ziel wird am Start, Grenzstr. 21, bekannt gegeben.
8. Abt. 2 Uhr: Tempelhof. Start: Huttenstraße 10.
10. Abt. 1 Uhr: Friedrichshagen. Weberstraße 17. 18/11

Gesundheit ist Reichtum!
Bade Berlin-Ost im
„Bad Frankfurt"
Große Frankfurter Str. 136.
Medizinische Bäder aller Art
in werktäglich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.
2 Wannenbäder mit je 2 Handtüchern 75 Pf. (40 Minuten Badezeit.)
Lieferant sämtlicher Krankenkassen.
466L

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Billigste Bezugsquelle für
Hygienische Bedarfs-Artikel
Drogerie Zaremba,
Berlin N., Weinbergsweg 1.
Ein Versuch
führt zu dauernder Kundschaft.

Begründet 1873 **Hut-Salinger** Begründet 1873
Engros Spezialhaus für Neuheiten Export
in Filzhüten, weich und steif, Zylinderhüten, Chap. claques usw
Einzelverkauf
zu sehr billigen u. streng festen Preisen.
Neue Königstr. 48, 1 Treppe, am Alexanderplatz.
Reparaturen werden sauber und billig ausgeführt.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Achtung! Zigarrenhändler! Achtung!
Die bestsortierte und billigste **Einkaufsquelle**
in **Zigaretten, Zigarren** und **Tabaken**
sämtlicher eingeführter Fabrikate ist
Max Ziegenhals, BERLIN NO. 18, Keibelstr. 20, ::: dicht am Alexanderplatz. :::
Telefon: Amt VII. 3047.

Vorsichtig
Schutz-Marke.
wollen Sie sein beim Einkauf von Veilchen-Seifenpulver **„Goldperle"** mit den hübschen Beilagen in jedem Paket. Achten Sie genau auf den Namen **„Goldperle"** und die Schutzmarke **Kaminfeger.**
Fabrikant: **Karl Gentner, Göppingen.**

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst): Borhagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247.*

Monatsanzüge und Winterpaletots, Joppen von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Nos. Mulackstraße 14

Federbetten. Stand 11,00, große 16,00. Wäsche, Steppdecken, Tischdecken, spottbillig. Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. 1214R*

Gardinen, Portieren, Teppiche, Wanduhren, Taschenuhren, Schmucksachen, verfallene Pfänder verkauft spottbillig Pfandleihhaus Küstrinerplatz 7. 1215R*

Installateure und Händler kaufen Bronzegaskronen, Hängeampeln, Gasbeleuchtungs-Gegenstände, Hängegasbrenner allerbilligst Großhandlung Alte Jakobstraße 125. Geschäftsleuten Engrosrabatt. 1004R*

Monatsgarderobenhaus Andreasstraße 54. Elegante Monatsanzüge, Winterpaletots, einzelne Beinkleider, wenig getragen, für jede Figur passend, sowie elegante neue Herren- und Knabengarderobe zu sehr billigen Preisen. Bitte beachten: nur Andreasstraße 54, zweites Haus von der Markthalle. 1212R*

Märkische Wanderfahrten. Ein- bis dreitägige Ausflüge in die Mark. Mit 10 Karten 1,50 Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstr. 50/51. 2993R*

Schulmappen, direkt Fabrik, auch einzeln. Spezialität: Rindleder, Richard Heller, Schönhauser Allee 177c.

Riesenposten Teppiche, Sofa- und Salongröße, 4,35, 6,75, 10, 800 Mark. Eine Partie mit kleinen Webfehlern spottbillig. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 1155R*

Pfandleihhaus. Prinzenstraße 86. Staunendbillige Jackenanzüge! Gehrockanzüge! Spottbilligster Bettenverkauf! Brautbetten! Großartige Aussteuerwäsche! Wunderbare Gardinen! Steppdecken! Plüschtischdecken! Teppichauswahl! Goldene Damenuhren! Herrenuhren! Freischwinger! Schmucksachen. Bis neun geöffnet. *

Bronzegaskrone. Hängelicht, dreiflammig, mit kompletten Grätzinbrennern, Glas, Glühstrümpfen 20 Mark. Zugampel, Grätzinlicht, 12 Mark komplett. Alte Jakobstraße 125. 1083R*

Nähmaschinen. Zahle hohe Vergütung. Fabriklager aller Frister-Rossmann-Systeme; kleinste Abzahlung. Hruda, Rosenthalerstraße 19. Postkarte genügt. 2025b*

Warenverkauf! Im Pfandleihhaus, Hermannplatz 6. Bequemste Fahrverbindung Großberlins! Jedermanns Einkaufsvorteil! Staunendbilligste Jackenanzüge! Gehrockanzüge! Riesenauswahl Winterpaletots! Sommerpaletots! Herrenhosen! Enormbilliger Bettenverkauf! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Wäscheverkauf! Brautgeschenke! Taschenuhren! Kettenauswahl! Ringeauswahl! Wanduhren! Steppdecken! Plüschtischdecken! Nähmaschinen! „Allererste Billigkeit!" Anerkannt: Hermannplatz 6. „Sonntags geöffnet."

Glossen zu Hoes Gutzots und Sigismund Lacroix' „Die wahre Gestalt des Christentums", von August Bebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 50 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Nähmaschinen. Zahle allerhöchste Vergütung, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte. Brausers Nähmaschinen-Geschäft, Frankfurter Allee 101. *

Bekanntmachung. Humboldtleihhaus Brunnenstraße 58, Eckhaus Strasunderstraße. Spottbilligster Verkauf verfallener Pfänder. Elegante Winterpaletots, Gehrockanzüge, Jackenanzüge, riesengroßer Bettenverkauf, Aussteuerwäsche, wunderbare Gardinenauswahl, Steppdecken, Plüschtischdecken, Teppichauswahl, goldene Taschenuhren, Wanduhren, Schmucksachen. Geöffnet ganzen Tag, auch Sonntags. 1274R*

Bücher des deutschen Hauses. Eine Sammlung guter Erzählungen, Geschichten, Novellen usw. Gut ausgestattet, zirka 300 Seiten umfassend, zum Teil illustriert und gebunden. 75 Pfennige pro Band. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Teppiche (Farbenfehler), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tüllbettdecken, Uebergardinen, Sofastoffreste spottbillig Fabrikniederlage Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1925b*

Pfandleihhaus Schönhauser Allee 110. Spottbilliger Verkauf verfallener Pfänder, Herrengarderobe, Gardinen, Aussteuerwäsche, Schmucksachen, Betten, Teppiche, Uhren. *

Drehrollen, Hausmangeln, Waschmaschinen, Wringmaschinen, Berlinea Drehrollen-Fabrik, Waßmannstraße neunundzwanzig. 1268R*

„Vorwärts"-leser erhalten auf meine bekannt billigen Preise fünf Prozent Extrarabatt. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 1251R*

Steppdecken, seidenglänzend, volle Größe 5 Mark, Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 1252R*

Gardinen. Stores, Reisemuster, für halben Wert. Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 1253R*

Gerstenkornhandtücher. Dutzend 2,95, Stubenhandtücher 3,75, Bettbezug nebst zwei Kopfkissen 4,25, Bettlaken 1,20, Damenhemden, gestickte Passe 1,25, Herrenhemden 1,30, Normalwäsche, Herrenhemden sowie elegante Reisemuster spottbillig. Wäschefabrik Salomonsky, Dircksenstraße 21, Alexanderplatz. 185/6

Geschäftsverkäufe.

Wer sein Geschäft oder Grundstück schnell diskret an zahlungsfähigen Käufer verkaufen will, verlange unseren kostenlosen Besuch. Gornikiewicz u. Co., Oranienstraße 149. Fernsprecher 4, 11 611. 1296R*

Parteilokal, kleines, langjährig bestehend, 1400 Mark Miete, bald verkäuflich. Näheres Boissenerstraße 1, Eckladen. 2081b*

Schankgeschäft, 1400,00 Miete, Spottpreis, ½ Lagerbier, ½ Weißbier, ½ Malzbier sofort. Ertragen Restauration Neanderstraße 5, Zimmermann. 2096b

Restauration mit elektrischem Klavier für 2000,00 mit Bestand zu verkaufen, Miete 100,00. Näheres Zawadzki, Bastianstraße 1. †93

Milchgeschäft, alles, gutgehend, Vorkost, wegen Krankheit der Frau verkauft sofort Ackerstraße 99. 110 Liter, Miete 68,50, existenzsicher. †64

Möbel.

Möbel, neu und gebraucht, billig. Höfer, Admiralstraße 25. 1243R*

Kastanien-Allee 100. Möbelkeller. Seiten günstige Gelegenheitskäufe. Nußbaum Kleiderschrank 30,00. Muschelbettstelle mit gutem Federboden 45,00. Trumeauspiegel 49,00. Taschensofa 35,00. Bunte Küchen 54,00. Komplette Einrichtungen für Brautleute spottbillig. Besichtigung lohnend. Kein Kaufzwang. 1265R*

Auf Teilzahlung. Möbeleinrichtung, Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark. Verstehen gewesene Möbel spottbillig. „Berolina", Kastanienallee 49. 2075b*

Möbel, fast neu, zu verkaufen bei Mattern, Forsterstraße 57 IV. †18

Nußbaumschrank, Vertiko, neugestochene Füllung, Eichen-Billard billig zu verkaufen Templinerstraße 16, Restaurant. †112

Für Möbelkäufer sehr wichtig! Bitte alles lesen! Hauptsächlich für Verlobte! Fast kein Möbelhändler oder Fabrikant ist imstande, diesen Monat billiger zu verkaufen, als ich! Warum? Ich bin gezwungen dazu, weil ich mehrere Lagerräume räumen muß! Jetzt ist noch Zeit, eine Einrichtung oder einzelnes Möbelstück sehr preiswert zu erwerben! Zum Beispiel: Komplette Wohnungs-Einrichtung mit moderner Küche, früher 370, jetzt 250 Mark! Bessere 325, 400, 440, 500, 530, 620 bis 1500 Mark! Speisezimmer mit Lederstühlen 530, bessere 600, 675 bis 1200. Herrenzimmer, Salons, Schlafzimmer, Ankleideschränke, Säulentrumeaus, Bettstellen, Büfette, Schreibtische, Umbaue, riesige Kleiderschränke, Vertikos, Garnituren, Plüschsofas! Moderne Küchen 68 bis 150 Mark! Geöffnet 8—½9 Uhr. Sonntags 8—2. Freier Transport, auch weite Vororte. Aufbewahrung frei. Hasemanns Speicherei, Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor. Reellen Leuten, welche pünktlich zahlen, gewähre auch Zahlungs-Erleichterung. Nur monatliche oder vierteljährliche Zahlungen! Keine Wochenraten. 2007b*

Möbel staunend billig. In meiner seit 1880 bestehenden Möbelfabrik, Gneisenaustraße 15, am Halleschen Tore, bietet sich augenblicklich Gelegenheit, infolge Raummangels, Möbel zu noch nie dagewesenen billigen Preisen zu kaufen, und sollten Brautleute, Pensionate usw. nicht versäumen, ihre Möbel schon jetzt zu kaufen, da auch unter anderem 20 zurückgesetzte und wenige gebrauchte Einrichtungen am Lager stehen. Besichtigung ohne Kaufzwang. Teilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ich liefere schon Wirtschaften zu 140,—, 190,—, 250,—, 300,—, 400,— Mark, eleganteres bis 10 000 Mark. Nußbaumbüfette 90,—, Panelsofa mit Säulen 85,—. Muschelbettstelle mit Patentmatratze 65,—, Waschtoilette mit Marmor 23,—, Muschelvertiko, Muschelschränke 27,—, Säulentrumeau 29,—, elegante Schreibtische mit Aufsatz 35,—, Taschendiwan 42,—, Bettstelle mit Sprungfedermatratze 23,—, große Garderobenschränke 35,—, Ruhebettstellen 21,—, Sofa 32,—, modern gestrichene Küchen 68,—. Augenblicklich am Lager befindliche Herrenzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, gebrauchter Altmahagoni-Empiresalon spottbillig. Gekaufte Möbel werden bis zur Lieferung kostenlos aufbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert. Sonntags bis 2 Uhr geöffnet. Bitte genau auf Hausnummer 15 achten. 1088R*

Mahagoni-Trumeau, englische Betten, Muschelbetten, bunte Küche, Verbindungstisch, Plüschsofa, Chaiselongue sehr billig Frankfurterallee 129, Lazarus. 1287R*

Möbel, große Auswahl, Gelegenheitskäufe: Kleiderschränke 19,00, Waschtoiletten 11,00, Küchenschränke 18,00, Stubeneinrichtung 61,50, Mahagonimöbel stets am Lager, Büfetts, Schreibtische 32,00, Wohnungseinrichtung 158,00. Kastanien-Allee 56, Möbelspeicher. 1211R*

Billige Möbel aus Versteigerungen Auflösungen, Schränke, Vertikos, Taschensofas 45,—, Büfette, Schreibtische 35,—, Bücherschränke 58,—, Vierzugtische 68,—, Lederstühle 12,—, Trumeaus 30,—, Bettstellen, Tische, Garnituren, bunte Küchen 55,—, enorm große Auswahl kompletter Wirtschaften jeder Stilart, billiger als überall. Alles Gelegenheitskäufe. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55. 1270R*

Fahrräder.

Fahrräder, Grammophone, Teilzahlungen, ohne Aufschlag, Lothringerstraße 40. 674R*

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a. 2554R*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Kunststopferei von Frau Kolosky, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts". [*

Teilnehmer an einem englischen Zirkel (monatlich 4 Mark) werden gesucht. Privatstunden für Anfänger und Fortgeschrittene werden erteilt. G. Swienty, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. 1003R*

Wer Stoff hat! Fertige Herren-Anzüge 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtenbergerstraße 9. 7/2*

Herrmann Schlesinger am Wedding! Die überall seit 16 Jahren als reell und leistungsfähig bekannte Firma: Herrmann Schlesinger, Turmstraße 58, errichtet im Norden: Reinickendorferstraße 48, ein Herren- und Knabenkonfektionsgeschäft. Eröffnung 10. Oktober. 1250R*

Abendkurse zur Ausbildung von Technikern und Werkmeistern für Elektrotechnik und Maschinenbau. Prospekte frei. Technische Akademie Berlin 45, Markgrafenstraße 100. *

Wochenmarkt! Jeden Sonnabend nachmittag von 4 bis 9 Uhr Abendmarkt im Kreideweißschen Garten, Tempelhof. Fischer. 1291R*

Platina, Gold, Silber, Gebisse, Rehrgold, Tressen, sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände kauft Goldschmelze, Köpenickerstr. 29. Telephon IV, 6958. 6/15*

Sängergesellschaft für auswärts, klein, hat Konzession, billig. H. K., Postamt 27. 2097b

Vermietungen.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer, sofort, Waldemarstraße 33, vorn IV, Zahl.

Schlafstellen.

Schlafstelle (Herrn) Thomas, Bergmannstraße 9 II. 2090b

Mietsgesuche.

Junger Mann sucht zum 1. November einfach möbliertes Zimmer Wedding, Seestraße, in ruhigem Hause. Offerten mit Preis an die Spedition, Nazarethkirchstraße 49. †69

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung (Tour Lohmühlenstraße) Wienerstraße 1—6. 6/20*

Künstliche Blumenkränzerin, Riederin auf bessere Sachen verlangt Schindelhauer, Alte Jakobstraße 156/57.

Redakteurgesuch.

Wir suchen für unser Blatt **drei tüchtige Redakteure.** Bewerber wollen sich bis **15. Oktober** an unterzeichneten Verlag unter der Aufschrift: „Redakteurgesuch" wenden.

Verlag des Volksblattes,
Halle a. S.
29/8*

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.